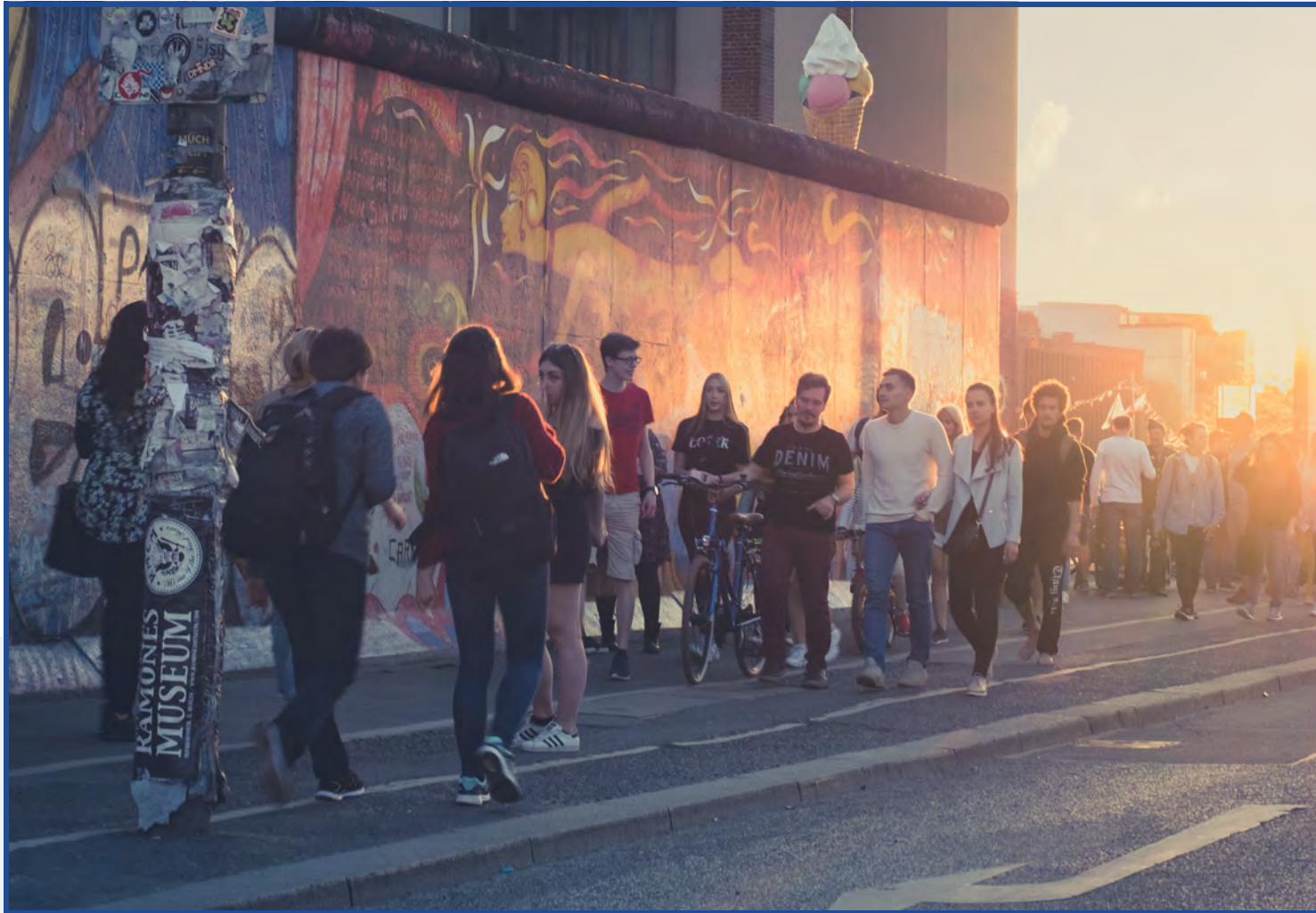


Rainer Faus, Simon Storks



Im vereinten Deutschland geboren – in den Einstellungen gespalten?

OBS-Studie zur ersten Nachwendegeneration

OBS-Arbeitsheft 96
ISSN-Print: 1863-6934
ISSN-Online: 2365-2314

Herausgeber:

Otto Brenner Stiftung
Jupp Legrand
Wilhelm-Leuschner-Straße 79
D-60329 Frankfurt am Main
Tel.: 069-6693-2810
Fax: 069-6693-2786
E-Mail: info@otto-brenner-stiftung.de
www.otto-brenner-stiftung.de

Autoren:

Rainer Faus
pollytix strategic research gmbh
Dolziger Straße 7
10247 Berlin
Tel.: 030-6098-56520

Simon Storks

pollytix strategic research gmbh
Dolziger Straße 7
10247 Berlin
Tel.: 030-6098-56524

Redaktion:

Lilian Emonds (OBS)

Satz und Gestaltung:

think and act –
Agentur für strategische Kommunikation

Titelbild:

[hanohiki/shutterstock.com](https://www.shutterstock.com)

Druck:

mww.druck und so ... GmbH, Mainz-Kastel

Redaktionsschluss:

16. November 2018

Hinweis zu den Nutzungsbedingungen:

Dieses Arbeitsheft darf nur für nichtkommerzielle Zwecke im Bereich der wissenschaftlichen Forschung und Beratung und ausschließlich in der von der Otto Brenner Stiftung veröffentlichten Fassung – vollständig und unverändert – von Dritten weitergegeben sowie öffentlich zugänglich gemacht werden.

In den Arbeitsheften werden die Ergebnisse der Forschungsförderung der Otto Brenner Stiftung dokumentiert und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Für die Inhalte sind die Autorinnen und Autoren verantwortlich.

Bestellungen:

Über die Internetseite der Otto Brenner Stiftung können weitere Exemplare dieses OBS-Arbeitsheftes kostenlos bezogen werden – solange der Vorrat reicht. Es besteht dort aber auch die Möglichkeit, sowohl aktuelle als auch bereits vergriffene OBS-Arbeitshefte kostenlos herunterzuladen. Mehr Infos: www.otto-brenner-stiftung.de

Vorwort

„Jetzt sind wir in einer Situation, in der wieder zusammenwächst, was zusammengehört.“ Als 1989 die innerdeutsche Grenze in Berlin geöffnet wurde, kommentierte Alt-Kanzler Willy Brandt mit diesen Worten den Fall der Berliner Mauer und formulierte damit zugleich die Hoffnung vieler Deutscher auf eine gemeinsame Zukunft. Wie aber ist es um diese Hoffnung drei Jahrzehnte nach dem Mauerfall bestellt? Ist nach dem historischen Ereignis der Einheit zweier Staaten auch eine Generation der Einheit herangewachsen? Unterscheiden sich junge Ost- und Westdeutsche in ihrer Perspektive? Und wenn ja: in welchen Punkten und warum? Das 30-jährige Jubiläum des Mauerfalls ist eine gute Gelegenheit, diesen Fragen nachzugehen.

Schon zum 25-jährigen Jubiläum der deutschen Einheit hat die Otto Brenner Stiftung 2015 eine Studie veröffentlicht, die Gemeinsamkeiten und Unterschiede von Jugendlichen in Ost- und Westdeutschland beleuchtete – dabei legte der Autor Jochen Roose einen besonderen Fokus auf das zivilgesellschaftliche Engagement der Jugend. Im Fazit stellten wir heraus, dass es die besondere Aufgabe von Politik und Zivilgesellschaft ist, die Jugendlichen mit dem Aufbau einheitlicher gesellschaftlicher Strukturen nicht alleine zu lassen. Unsere neue Untersuchung klärt nun umfassend auf, wie die Nachwendegeneration heute auf Staat und Gesellschaft blickt und welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede die jungen Menschen in dieser Generation in West und Ost prägen. Dabei ist es besonders dieser Fokus auf die Generation der nach 1989 Geborenen, der die Studie im Hinblick auf andere Publikationen zur Wende und den (möglichen) Unterschieden zwischen West- und Ostdeutschland auszeichnet. Es ist der Blick auf eine Generation, die nichts Anderes kennt und kennen kann als ein vereintes Deutschland.

Gemeinsam mit ihrem Team der Berliner Forschungs- und Beratungsagentur pollytix schließen die Autoren Rainer Faus und Simon Storks mit der vorliegenden Studie eine Forschungslücke zu Fragen der politischen Prägung und dem Selbstbild der Nachwendegeneration. In 30 ethnografischen Tiefeninterviews und über 2.100 online geführten Befragungen mit jungen Menschen im Alter zwischen 18 und 29 Jahren wurden Einstellungen zur Wende und zu Staat und Gesellschaft erhoben. Dabei zeigten sich sowohl bemerkenswerte Gemeinsamkeiten als auch große Unterschiede. Nach den möglichen Ursachen der Unterschiede wurde ebenfalls gefragt: Gründen sie in einer unterschiedlichen Sozialisation in West und Ost? Oder sind sie in den jeweiligen gesellschaftlichen und ökonomischen Verhältnissen west- und ostdeutscher Lebensrealitäten zu suchen?

Gerade auch im Hinblick auf wirtschaftliche Fragen – wie nach den persönlichen Berufsaussichten oder zur Bedeutung der wirtschaftlichen Folgen der Wende für die eigenen Eltern – wird das Zusammenwachsen der zwei deutschen Staaten sehr unterschiedlich bewertet. So schauen die Befragten insgesamt zwar optimistisch in die Zukunft, ihnen ist die bis heute sehr unterschiedliche ökonomische Lage und Arbeitsmarktsituation in West- und Ostdeutschland jedoch bewusst – und sie hat damit auch Einfluss auf ihre Einschätzung der eigenen beruflichen Aussichten. Die „Mauer in den Köpfen“ der Nachwendegeneration scheint somit zwar in Teilen abgetragen, die Ergebnisse müssen jedoch als besonderer Appell an die Politik gesehen werden, durch wirtschaftspolitische Maßnahmen die Perspektiven in Ost- und Westdeutschland weiter zu vereinheitlichen. Obwohl inzwischen der Zeitraum nach dem Fall der Mauer 1989 länger andauert als die Episode ihres Bestehens, fallen nach wie vor gravierende Unterschiede zwischen Ost- und Westjugend ins Gewicht. Die Vollendung der staatlichen Vereinigung hat also bisher weder zu einer sozialen Einheit geführt noch hat sie die Differenzen in den gegenseitigen Wahrnehmungen nachhaltig verschwinden lassen.

Auf diese und weitere Aspekte zur Situation und Sozialisation der Nachwendegeneration, die Unterschiede und Gemeinsamkeiten ihrer politischen Einstellungen und ihre Sicht auf die Wiedervereinigung gehen die Autoren der Untersuchung ein. Aber auch wie die Nachwendegeneration Parteien einschätzt und Gewerkschaften beurteilt wird untersucht.

Die OBS dankt dem Autorenteam für die erfolgreiche Durchführung einer innovativen Untersuchung. Autoren und Stiftung verbindet das Ziel, mit in dieser Veröffentlichung zusammengefassten, gesellschaftspolitisch spannenden und relevanten Antworten, einen Beitrag leisten zu können für eine offene und informierte Debatte über den Fortschritt des Zusammenwachsens dessen, was nicht nur im geflügelten Wort von Willy Brandt, zusammengehört.



Jupp Legrand
Geschäftsführer der OBS

Frankfurt a. M., im Februar 2019

Inhalt

1	Die Nachwendegeneration in Ost- und Westdeutschland: Geeint oder immer noch gespalten?	4
2	Zum theoretischen Hintergrund	7
3	Methode und Vorgehensweise	9
4	Situation und Sozialisation der Nachwendegeneration	11
	4.1 Situation und Lebenswirklichkeit	11
	4.2 Sozialisation und Selbstverständnis	17
5	Unterschiede und Gemeinsamkeiten in den politischen Einstellungen der Nachwendegeneration	30
	5.1 Einstellungen zu politischer Partizipation und Demokratie	30
	5.2 Einstellungen zur Gesellschaft	40
	Exkurs I: Wie blickt die Nachwendegeneration auf die Europäische Union?	55
	Exkurs II: Einstellungen der Nachwendegeneration nach Parteipräferenz – ein Muster? ...	59
6	Sicht auf die Wiedervereinigung	67
7	Schlussfolgerungen.....	73
	Anhang.....	77
	Verzeichnis der Abbildungen und Tabellen.....	78
	Literatur	80
	Ergänzende Tabellen	82
	Hinweise zu den Autoren.....	86

1 Die Nachwendegeneration in Ost- und Westdeutschland: Geeint oder immer noch gespalten?

Am 9. November dieses Jahres jährt sich der Mauerfall zum dreißigsten Mal. Die Bundesrepublik blickt auf fast drei Jahrzehnte deutscher Einheit zurück. Die Ereignisse des Wendjahres 1989 riefen in Politik und Gesellschaft viel Euphorie hervor. Mit dieser Euphorie ging auch eine hohe Erwartungshaltung einher. Das Ende der deutschen Teilung war bei vielen Bürger*innen mit großen Hoffnungen verbunden. Aber nicht für alle wurden die Erwartungen und Hoffnungen in den Nachwendejahren auch immer Wirklichkeit. So ist der 9. November 1989 auch heute noch ein Datum, das in Deutschland unterschiedliche Emotionen hervorruft. Für viele ist er ein Zeichen des Um- und Aufbruchs. Für andere ist er ein Zeichen des Abbruchs.

Ebenso wie die Erinnerung ist auch die heutige Diskussion zum Stand der Einheit geprägt sowohl von positiven und optimistischen als auch von negativen und pessimistischen Blickwinkeln. Von Seiten der Bundesregierung werden vor allem Errungenschaften und Fortschritte in den Mittelpunkt gerückt. So sprach Bundeskanzlerin Angela Merkel 2014 anlässlich des Tages der Deutschen Einheit davon, dass mögliche West-Ost-Unterschiede nach einem Vierteljahrhundert kaum noch vorhanden seien. West und Ost würden als Unterscheidungskategorien an Bedeutung verlieren. Ähnlich schlussfolgerte der damalige Bundespräsident Joachim Gauck am Tag der Deutschen Einheit 2015: „Die Unterschiede sind kleiner geworden und besonders in der jungen Generation, da sind sie doch eigentlich gänzlich verschwunden.“

In den vergangenen fünf Jahren stand die Frage nach einer unterschiedlichen politischen Kultur in West- und Ostdeutschland wieder verstärkt im Fokus der Öffentlichkeit. Befeuert wurde die Diskussion vor allem durch den Aufschwung der rechtspopulistischen Bewegung PEGIDA, welche sich in Dresden gründete, und das Erstarken der rechtspopulistischen AfD – nicht nur, aber in großem Ausmaß bei Landtagswahlen in Ostdeutschland. Diskussionen um „Dunkeldeutschland“, „Sachsenbashing“, rechtsradikale Gewalttaten und Ausschreitungen, beispielsweise in Freital, Bautzen und Chemnitz, verschlechterten merklich die Stimmung im Land – im Westen wie im Osten. Auch drei Jahrzehnte nach dem Mauerfall muss also die Frage gestellt werden, wie es um die Einheit steht: Handelt es sich mittlerweile um ein geeintes Deutschland oder besteht die Mauer in den Köpfen der Bürger*innen fort?

Das diesjährige Mauerfalljubiläum gibt Anlass, darüber erneut nachzudenken und zu diskutieren. Dabei wollen wir die Debatte um einen Blickwinkel erweitern, der in der Diskussion bisher nie wirklich im Fokus stand: Wie steht es eigentlich um die Einheit in der Generation derer, die erst nach der Wende und somit im geeinten Deutschland geboren und aufgewachsen sind? Sind die Unterschiede zwischen West und Ost, wie Joachim Gauck annahm, in dieser jungen Nachwendegeneration verschwunden? Wie blicken sie, die die alte BRD und die DDR nur noch aus Erzählungen kennen, auf die damaligen Ereignisse der Wiedervereinigung und ihre Folgen zurück? Welche Sichtweise haben sie auf heutige Politik und Gesellschaft? Sind in

dieser Generation zwischen West und Ost noch Unterschiede zu erkennen?

Die Nachwendegeneration, die wir in der vorliegenden Studie in den Mittelpunkt stellen, ist von besonderem Interesse. Sie ist die Zukunft des vereinten Deutschlands. Bisherige Forschung nahm bereits die Generation der sogenannten Wendekinder in den Blick, also all jene Menschen, die in der DDR zwischen 1975 und 1985 geboren wurden (Lettrari et al. 2016: 9). Bisher fehlen aber Studien, die dezidiert die „jüngeren Geschwister der Wendekinder“ (Haag 2016: 90) beleuchten: Die Nachwendegeneration. Während der Begriff der Wendekinder nur die ostdeutsche Generation umfasst (Lettrari et al. 2016: 9), müssen bei der Frage nach dem Stand der Einheit in der Nachwendegeneration Westdeutsche selbstverständlich genauso im Fokus stehen wie Ostdeutsche.

Dass die Bevölkerung insgesamt noch durch Unterschiede zwischen West und Ost geprägt ist, belegen zahlreiche wissenschaftliche Studien der vergangenen Jahre. Sowohl objektive Lebensverhältnisse als auch Einstellungen gegenüber Politik und Gesellschaft haben sich noch nicht vollständig einander angenähert. 2009 befassten sich beispielsweise Klein und Heitmeyer mit der Integrationsbilanz von West- und Ostdeutschland: Inwieweit hat ein gesellschaftliches Zusammenwachsen 20 Jahre nach der Wiedervereinigung stattgefunden? Ihr Befund ließ aufhorchen: Unter Ostdeutschen ist ein Gefühl der Benachteiligung und Ungerechtigkeit gegenüber Westdeutschen weit verbreitet. Zudem sind im Osten rassistische, islamophobe und fremdenfeindliche Einstellungen stärker

ausgeprägt als im Westen (Klein/Heitmeyer 2009: 16). 2015 wiesen Arnold et al. nach, dass auch nach 25 Jahren deutscher Einheit die Annäherung der Lebenslagen in vielen Bereichen nicht als abgeschlossen bewertet werden kann. Vier Jahrzehnte deutsche Teilung haben die beiden Landesteile und ihre Bürger*innen in Bezug auf Erfahrungen im Umgang mit Demokratie nachhaltig geprägt. Während Westdeutsche seit 1949 Erfahrungen in einer parlamentarischen Demokratie sammeln konnten, blieb dies den Ostdeutschen bis 1989 verwehrt. Darüber hinaus unterscheiden sich West- und Ostdeutschland nach wie vor hinsichtlich ökonomischer Faktoren wie Arbeitslosigkeit, Vermögen, Produktivität und Frauenerwerbstätigkeit sowie bezüglich allgemeiner Lebenseinstellungen wie Zukunftsängsten (Arnold et al. 2015: 803f.).

Zuletzt zeigten auch Belok und Faus (2017) auf, dass unter Ostdeutschen eine negativere Grundeinstellung im Hinblick auf persönliche, gesellschaftliche und politische Situationen vorherrscht. Im Vergleich zu Westdeutschen sind Ostdeutsche weniger weltoffen, stärker politikverdrossen und bewerten das Funktionieren der Demokratie schlechter. Diese Ost-West-Studie von pollytix sowie die viel beachtete Leipziger „Mitte“-Studie von Decker, Kiess und Brähler (2016) lieferten bereits Hinweise darauf, dass sich dies nicht auf die älteren Generationen beschränkt, sondern die Nachwendegeneration ebenfalls West-Ost-Unterschiede erkennen lässt. Im Vergleich zu den jungen Westdeutschen haben junge Ostdeutsche einen deutlich negativeren Blick auf ihre persönliche bzw. gesellschaftliche Situation

sowie auf das politische Geschehen (Belok/Faus 2017: 19). Der Anteil rechtsextrem und autoritär eingestellter junger Erwachsener der Nachwendegeneration ist in Ostdeutschland höher als in Westdeutschland (Decker et al. 2016: 39). Andere Studien fanden bei jungen Ostdeutschen eine höhere Zustimmung zum Sozialismus als beste Staatsform als bei jungen Westdeutschen (Fuchs/Roller 2013: 374).

Doch die Fallzahl all dieser Studien ist für die ab 1989 Geborenen zu gering, um tiefer-

gehende Analysen durchzuführen und belastbare Aussagen zu generieren. Die vorliegende Studie trägt dazu bei, diese Forschungslücke zur Nachwendegeneration zu schließen. Die Analyse der Einstellungsunterschiede zwischen jungen Ost- und Westdeutschen sowie die dahinterliegenden Gründe bilden ihr Erkenntnisinteresse: Unterscheiden sich junge Ost- und Westdeutsche noch immer, obwohl sie beide im vereinigten Deutschland aufgewachsen sind, und wenn ja, warum?

2 Zum theoretischen Hintergrund

Wir werfen ein Schlaglicht auf die jungen Bürger*innen, die ab 1989 geboren worden sind: Die Nachwendegeneration. Nach Karl Mannheim handelt es sich bei Generationen um eine etwa gleichaltrige Personengruppe eines Kulturkreises, die in der gleichen historischen Zeit lebt und sich durch ähnliche soziale und geschichtliche Erfahrungen, Erziehungsstile sowie Lebensführungen auszeichnet (Mannheim 1928: 170 ff.). Nach Herrmann ist eine Generation zudem durch eine spezifische kollektive Identität gekennzeichnet (Herrmann 2006: 35).

Inwiefern sich die Nachwendegeneration durch all dies kennzeichnet, stellen wir in der vorliegenden Studie auf den Prüfstand. Dabei bieten sich zur Erklärung von Einstellungsunterschieden zwischen jungen West- und Ostdeutschen zwei mögliche Erklärungen an, die von uns überprüft werden: Die Situationsthese und die Sozialisationsthese.

Die Situationsthese fußt auf der Responsivität der Bürger*innen auf aktuelle Entwicklungen in ihrer Lebensumwelt. Einstellungen und Werteorientierungen werden demnach durch die die Bürger*innen umgebenden sozialen Verhältnisse geprägt. Das heißt, bestehende Überzeugungsmuster sind weitgehend von den persönlichen Umweltbedingungen abhängig. In Ostdeutschland sind dies insbesondere die Konsequenzen und Nebenfolgen des Transformationsprozesses nach der Wiedervereinigung (Pickel 2002: 393). Im Vergleich zu Westdeutschland werden die ökonomischen und sozialen Lebensbedingungen in Ostdeutschland anders wahrgenommen und

haben auch Einflüsse auf politische Einstellungen (Arzheimer 2005: 292). Ostdeutsche fühlen sich benachteiligter und als Bürger*innen zweiter Klasse (Walz und Brunner 1998: 116).

Auf anderen Annahmen fußt die Sozialisationsthese: „Zentral für die Entwicklung und Verankerung von Werteorientierung und Einstellungen ist die Sozialisation“ (Pickel 2002: 28). Unter Sozialisation versteht man dabei „den Prozess, in dessen Verlauf sich der mit einer biologischen Ausstattung versehene menschliche Organismus zu einer sozialen handlungsfähigen Persönlichkeit bildet, die sich über den Lebenslauf hinweg in Auseinandersetzung mit den Lebensbedingungen weiterentwickelt“ (Geulen/Hurrelmann 1980: 51). Insgesamt umspannt dieser Prozess den gesamten Lebenslauf und kann nie als abgeschlossen angesehen werden. Instanzen, die die Sozialisation beeinflussen, sind vor allem Eltern und Familie, Schule und peer groups (Hopf/Hopf 1997: 8). Der Begriff politische Sozialisation konkretisiert die bislang noch weitgefaste Vorstellung von Sozialisation für den Lebensbereich Politik und bezeichnet den „Entwicklungsprozess in dem Kinder, Jugendliche und Erwachsene politische Orientierungen, Normen und Handlungsweise in der Interaktion mit ihrer neuen Umwelt erwerben“ (Hopf/Hopf 1997: 7). Kernpunkt der politischen Sozialisation ist also die Genese von stabileren, aber auch flexibleren politischen Einstellungsmustern. Üblicherweise wird eine solche „formative Phase“, d.h. für Jugendliche prägende Zeit, ab dem 14. Lebensjahr angesetzt (Pickel 2002: 29 ff.)

Situation und Sozialisation

Oft wird angenommen, dass sich Einstellungsunterschiede, wie sie in der Gesamtbevölkerung zwischen West- und Ostdeutschland nach wie vor bestehen, durch das Aufwachsen in verschiedenen politischen Systemen und der damit verbundenen Sozialisation ergeben. Daher ist die Hoffnung groß, dass sich bei der jungen Generation ab 1989, die im geeinten Deutschland geboren und aufgewachsen ist, keine bedeutenden West-Ost-Unterschiede mehr zeigen und die sogenannte „Mauer in den Köpfen“ abgebaut wurde. Besondere Bedeutung in der politischen Sozialisation kommt aber auch der Familie als Sozialisationsinstanz zu (Hopf/Hopf 1997: 8).

Im Sinne der Sozialisationsthese könnten daher auch in der Nachwendegeneration durch eine Vermittlung über das Elternhaus – eine „indirekte Sozialisation“ (Pickel 2002: 393) – West-Ost-Unterschiede in den Einstellungsmustern nach dem gesellschaftlichen Umbruch im Wendejahr 1989 fortbestehen. Das Weiterwirken sozialistischer Überzeugungsmuster in der Bevölkerung und die narrative Weitergabe der Transformationserfahrungen der Nachwendejahre könnten so im Vergleich zu Westdeutschen eine größere Distanz der ostdeutschen Bürger*innen zum demokratisch-politischen System mit sich bringen (ebd.).

3 Methode und Vorgehensweise

Bevor wir uns den Ergebnissen unserer Studie widmen, bedarf es einer Erklärung unseres methodischen Vorgehens: Forschungsgegenstand ist die Nachwendegeneration in Deutschland. Das heißt, wir betrachten in den folgenden Auswertungen volljährige junge Bürger*innen in West- und Ostdeutschland, die ab 1989 geboren worden sind. Dafür wurde ein zweistufiger explorativ-validierender Forschungsprozess gewählt, bestehend aus qualitativen und quantitativen Methoden. Dieser Ansatz stellte sicher, nicht lediglich bekannte West-Ost-Forschung auf die junge Zielgruppe anzuwenden und zu replizieren, sondern die für diese Generation relevanten Fragen zu stellen.

Die erste qualitative Forschungsstufe bestand aus explorativen Tiefeninterviews. Befragt wurden insgesamt 30 Bürger*innen im Alter zwischen 18 und 29 Jahren, davon jeweils 15 in westdeutschen und 15 in ostdeutschen Regionen. Die Auswahl der Befragten erfolgte mit Quotenvorgaben für Geschlecht, Bildung, Einkommen, Berufstätigkeit und städtischem bzw. ländlichem Wohnumfeld. Die Interviews dauerten im Mittel etwa eine Stunde und wurden „Face to Face“ bei den Befragten zu Hause durchgeführt. Dieser ethnographische Ansatz ermöglichte den Interviewer*innen, die Lebenswirklichkeit der Bürger*innen zu erfassen und das persönliche Umfeld in die Auswertungen miteinzubeziehen. Durchgeführt wurden die Interviews im Frühjahr 2018 von qualitativen Forscher*innen des Meinungsforschungsinstituts pollytix.

Ein Leitfaden, der sicherstellte, dass alle relevanten inhaltlichen Fragen thematisiert

wurden, strukturierte die Interviews. Zugleich wurde den Befragten Raum gelassen, eigene, für sie relevante Themen anzusprechen. Inhaltliche Schwerpunkte der Interviews waren:

- die Beschreibung der eigenen Lebenssituation
- die Bewertung der eigenen Stellung in der Gesellschaft
- die Rolle der regionalen Herkunft in der eigenen Sozialisation: Gesprächsthemen mit Eltern und sozialem Umfeld; Wertevermittlung; Erfahrungen mit West- bzw. Ostdeutschen
- die eigenen Erwartungen für die Zukunft
- die Bewertung gesellschaftlicher Entwicklungen
- die eigene politische Identität und das eigene Selbstverständnis
- die Verbundenheit zur Bundesrepublik bzw. zu West- oder Ostdeutschland
- persönliche Einstellungen zum politischen System sowie zu politischen und gesellschaftlichen Akteur*innen

Die zweite quantitative Forschungsstufe bestand aus einer repräsentativen Online-Befragung mittels eines Online Access Panels. Befragt wurden wiederum Bürger*innen der Nachwendegeneration aus West- und Ostdeutschland. Die Ergebnisse und Erkenntnisse aus der vorhergehenden qualitativen Stufe fließen in die Entwicklung des Online-Fragebogens für die zweite Forschungsstufe ein. Ziel der quantitativen Befragung war vor allem die Validierung und Quantifizierung der qualitativen Ergebnisse. Inhaltliche Schwerpunkte

*Qualitative
Forschungsstufe*

*Quantitative
Forschungsstufe*

der Online-Erhebung waren im Wesentlichen identisch zu denen der ersten qualitativen Forschungsstufe. Die Fallzahl der quantitativen Erhebung beträgt insgesamt $n=2.183$, darunter $n=1.082$ Bürger*innen wohnhaft in West- und $n=1.101$ wohnhaft in Ostdeutschland. Aus technischen Gründen wurde West-Berlin in der Feldphase Ostdeutschland zugerechnet. Nach Abschluss der Befragung wurden in West-Berlin wohnhafte Bürger*innen aus theoretischen Überlegungen Westdeutschland zugerechnet. Daher beträgt die endgültige Fallzahl für Westdeutschland $n=1.227$ und für Ostdeutschland $n=956$. Zur Gewährleistung von Repräsentativität wurden die erhobenen Daten gemäß der amtlichen Statistik gewichtet.

Zusätzlich zum derzeitigen Wohnort der Bürger*innen wurde erhoben, in welchem Bundesland sie die meiste Zeit ihrer Jugend

verbracht haben. Die Überschneidung mit dem derzeitigen Wohnort bezogen darauf, ob es sich um West- oder Ostdeutschland handelt, ist sehr groß. Nur 8 Prozent der befragten Personen haben ihre Jugend größtenteils in West- bzw. Ostdeutschland verbracht und sind nun im jeweils anderen Teil der Bundesrepublik wohnhaft. Durch die Gleichsetzung von Herkunft aus und Sozialisation in West- bzw. Ostdeutschland mit aktuellem Wohnort in West- bzw. Ostdeutschland waren keine größeren Verzerrungen zu erkennen. Wir halten dies aus Gründen notwendiger Komplexitätsreduktion für einen pragmatischen Umgang, zumal auf Basis der Angabe, in welchem Bundesland die meiste Zeit der Jugend verbracht worden ist, keine zuverlässigeren Annahmen über eine Sozialisation in West- oder Ostdeutschland getroffen werden können.

der Wahrnehmung der jungen Bürger*innen zur wirtschaftlichen Lage Deutschlands spiegelt sich dies sehr deutlich wider. Hier zeigen sich zwischen West- und Ostdeutschen keine größeren Unterschiede. Die überwiegende Mehrheit schätzt die wirtschaftliche Lage Deutschlands als gut, nicht mal jede*r Vierte in West und Ost als schlecht ein. 18 Prozent der Westdeutschen und 14 Prozent der Ostdeutschen beurteilen die Lage sogar als „sehr gut“.

4.1.2 Wahrnehmung der wirtschaftlichen Lage in der eigenen Region

Wirtschaftliche Ungleichheiten zwischen West und Ost

Zwar steht die Bundesrepublik gegenwärtig wirtschaftlich gut da, aber weiterhin sind ökonomische Ungleichheiten zwischen verschiedenen Regionen gegeben und gleichwertige Lebensverhältnisse zwischen West- und Ostdeutschland nicht flächendeckend erreicht. Ostdeutsche Regionen schneiden hinsichtlich wirtschaftlicher Stärke häufig schlechter ab als westdeutsche. Diese ökonomischen Ungleichheiten werden von den jungen Bürger*innen wahrgenommen. So beurteilen die Bürger*innen in Westdeutschland die wirtschaftliche Lage ihrer Region ähnlich gut wie die Lage in Deutschland insgesamt, tendenziell sogar leicht besser, da 22 Prozent die Lage in ihrer Region auch als „sehr gut“ werten. In Süddeutschland (Bayern und Baden-Württemberg) sind dies mit jeweils über 30 Prozent nochmals deutlich mehr. Doch beim Blick auf Ostdeutschland zeigt sich ein anderes Bild. Die jungen Ostdeutschen empfinden die wirtschaftliche Lage ihrer Region zwar mehrheitlich als gut,

aber anders als die Westdeutschen als deutlich schlechter als die Lage Deutschlands. Nur 7 Prozent der Ostdeutschen schätzen die wirtschaftliche Lage ihrer Region dabei auch als „sehr gut“ ein. Mit 6 Prozent bewerten etwa genauso viele die Lage zugleich als „sehr schlecht“. Darüber hinaus zeigt sich in West wie Ost ein Stadt-Land-Gefälle.

Diese unterschiedlichen Einschätzungen zur regionalen wirtschaftlichen Lage färben deutlich auf die Bewertung der eigenen regionalen Arbeitsmarktchancen ab. Während eine Mehrheit von 57 Prozent der jungen Westdeutschen es als einfach empfindet, in ihrer Region einen guten Job zu finden, sieht die Mehrheit der jungen Ostdeutschen dies anders. 50 Prozent von ihnen stimmen nicht zu, dass es einfach ist, in der Region einen guten Arbeitsplatz zu bekommen. Nur 46 Prozent von ihnen halten dies für einfach. Sowohl in West als auch in Ostdeutschland zeigt sich bei der Frage nach den Arbeitsmarktchancen zudem ein Stadt-Land-Gefälle: Junge Bürger*innen in ländlichen Regionen schätzen ihre Chancen schlechter ein als gleichaltrige in urbanen Regionen. Den größten Effekt hat jedoch die Bildung. Je höher der Bildungsabschluss der jungen Bürger*innen ist, desto optimistischer sind sie bezüglich ihrer Arbeitsmarktperspektiven. 64 Prozent der westdeutschen und 55 Prozent der ostdeutschen Bürger*innen mit (Fach-) Hochschulreife stimmen zu, dass es für sie einfach ist, in der Region einen guten Job zu finden. Von den jungen Bürger*innen mit Hauptschulabschluss stimmen nur 33 Prozent der West- und 25 Prozent der Ostdeutschen dem zu.

Anders als man vielleicht annehmen würde, sind die Unterschiede bei der Mobilitätsbereitschaft auf den ersten Blick weniger deutlich, obwohl junge Ostdeutsche die regionale wirtschaftliche Lage und ihre dortigen Arbeitsmarktchancen häufiger schlecht einschätzen als junge Westdeutsche. In beiden Landesteilen kann sich etwas mehr als jede*r Zweite vorstellen, für bessere Chancen in eine andere Region zu ziehen. Aber während mit 58 Prozent diejenigen in Westdeutschland, die die Lage

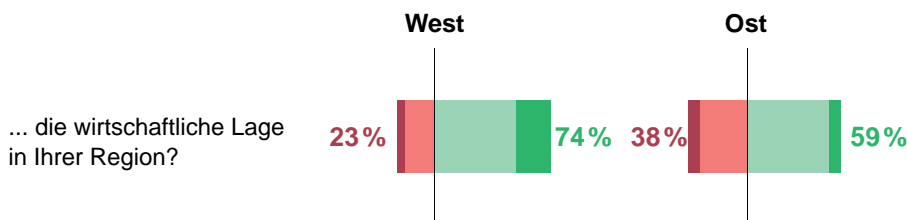
ihrer Region als schlecht einstufen, sich häufiger einen Umzug vorstellen können als mit 49 Prozent diejenigen, die die Lage ihrer Region als gut einschätzen, zeigt sich dieser Effekt unter jungen Ostdeutschen interessanterweise weniger deutlich. Diejenigen, die die regionale wirtschaftliche Lage als schlecht empfinden können sich mit 56 Prozent nur marginal öfter einen Umzug in eine andere Region vorstellen als mit 54 Prozent diejenigen, die die Situation als gut bewerten.

Abbildung 2:

Wirtschaftliche Lage in der Region

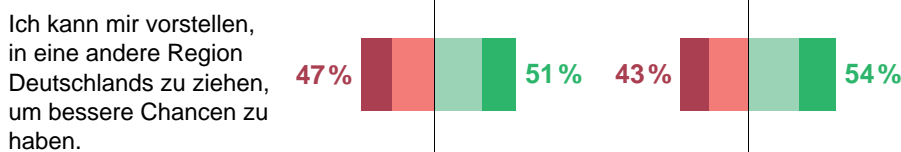
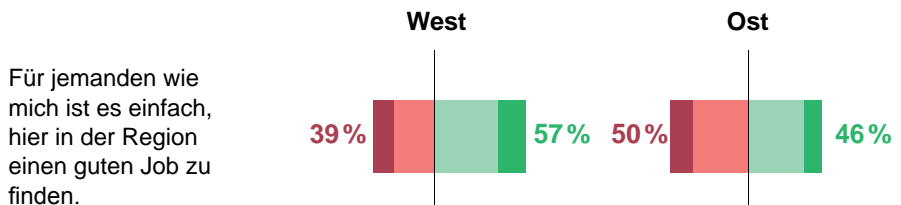
Wie beurteilen Sie ganz allgemein ...?

■ sehr schlecht ■ eher schlecht ■ eher gut ■ sehr gut



Inwiefern treffen die folgenden Aussagen auf Sie persönlich zu?

■ stimme überhaupt nicht zu ■ stimme eher zu
 ■ stimme eher nicht zu ■ stimme voll und ganz zu

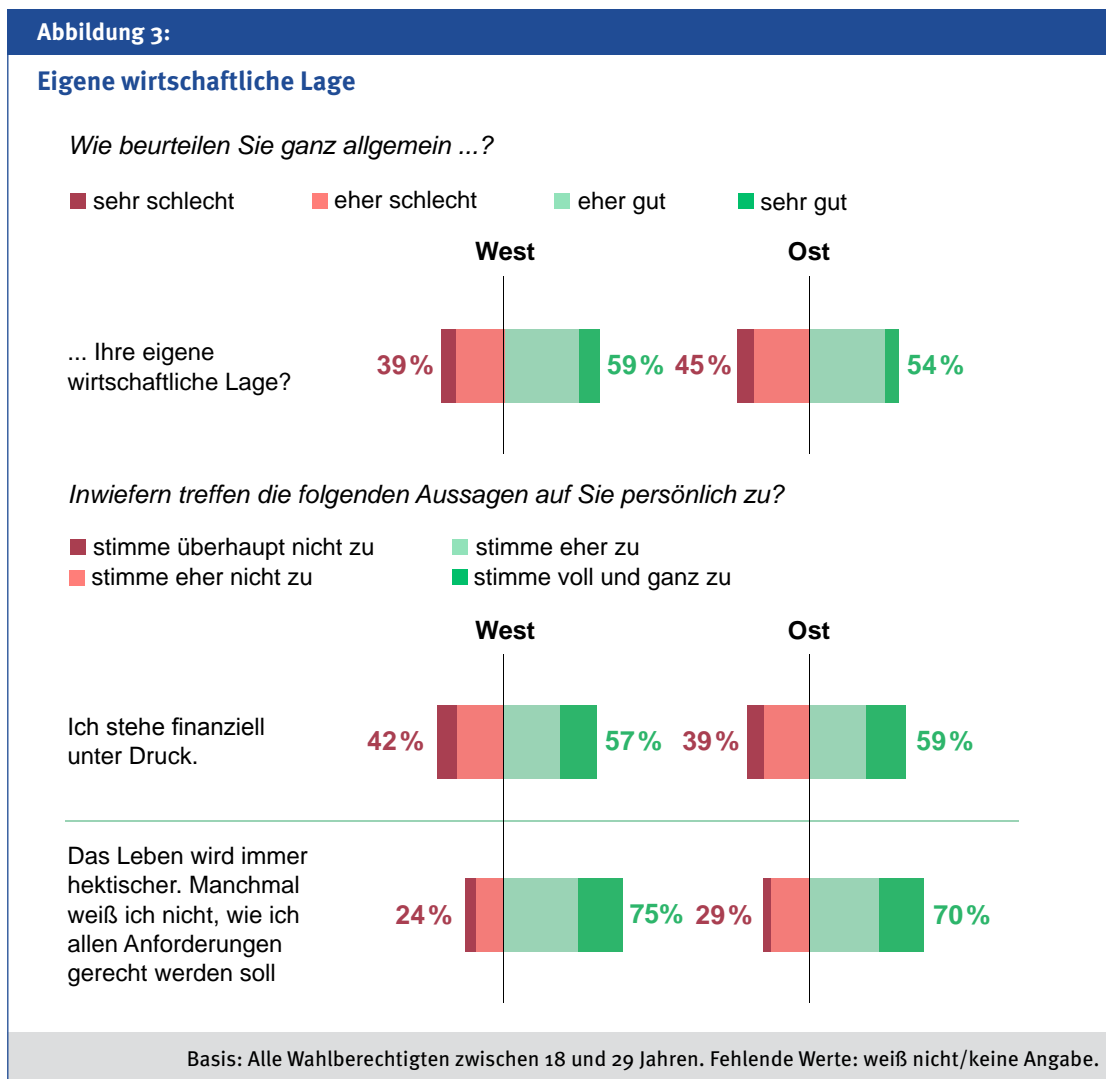


Basis: Alle Wahlberechtigten zwischen 18 und 29 Jahren. Fehlende Werte: weiß nicht/keine Angabe.

4.1.3 Wahrnehmung der eigenen wirtschaftlichen Lage

Die Einschätzungen zur eigenen wirtschaftlichen Lage unterscheiden sich zwischen West- und Ostdeutschland nicht gravierend. Junge Westdeutsche beurteilen ihre eigene Lage mit 59 Prozent etwas öfter als gut als junge Ostdeutsche mit 54 Prozent. Ein Blick auf Vergleichswerte zur Gesamtbevölkerung zeigt,

dass beides eher geringe Werte sind. So beurteilen 70 Prozent der Bevölkerung in der 2015 erhobenen Kartografie Studie ihre eigene wirtschaftliche Lage als gut (Faus et al. 2016: 24). Dieser Befund ist allerdings wenig verwunderlich, wenn berücksichtigt wird, dass die meisten jungen Bürger*innen erst am Anfang ihres Erwerbslebens stehen oder noch Schüler*innen, Auszubildende und Studierende sind. Mit steigendem Einkommen wächst auch unter den



jungen Bürger*innen der Anteil derjenigen, die ihre eigene wirtschaftliche Lage als „eher gut“ oder „sehr gut“ beurteilen – in West- genauso wie in Ostdeutschland.

Die eigenen ökonomischen Möglichkeiten werden von den jungen Bürger*innen ebenfalls nur leicht unterschiedlich eingeschätzt. Mehr als die Hälfte der jungen West- und Ostdeutschen gibt an, unter fi anziellem Druck zu stehen. Wenig verwunderlich korreliert fi anzieller Druck bei beiden deutlich mit der Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage. Es zeigt sich auch ein deutlicher Zusammenhang mit Bildung und Erwerbsstatus. Das Empfinden fi anziellen Drucks ist besonders bei jungen Bürger*innen ausgeprägt, die nicht über (Fach-)Hochschulreife verfügen, derzeit arbeitssuchend sind oder eine Ausbildung absolvieren. Ebenfalls überdurchschnittlich

häufig klagen junge Bürger*innen, die bereits eigene Kinder haben, über fi anziellen Druck.

Stress und Hektik sind unter den jungen Bürger*innen noch weiter verbreitet als das Empfinden fi anzieller Belastungen: 75 Prozent der Westdeutschen und 70 Prozent der Ostdeutschen klagen, dass ihr Leben von zunehmender Hektik geprägt ist, die zu gelegentlicher Überforderung führt. Stärker als der West-Ost-Unterschied ist aber die Diff - renz zwischen jungen Frauen und Männern. Jeweils 79 Prozent der Frauen in West und Ost stimmen der Aussage zu, dass sie ihr Leben als immer hektischer empfinden. Demgegenüber stimmen nur 72 Prozent der Männer im Westen bzw. 61 Prozent der Männer im Osten dieser Aussage zu. Auf eine mögliche Erklärung für diesen Gender Gap werden wir noch zurückkommen.

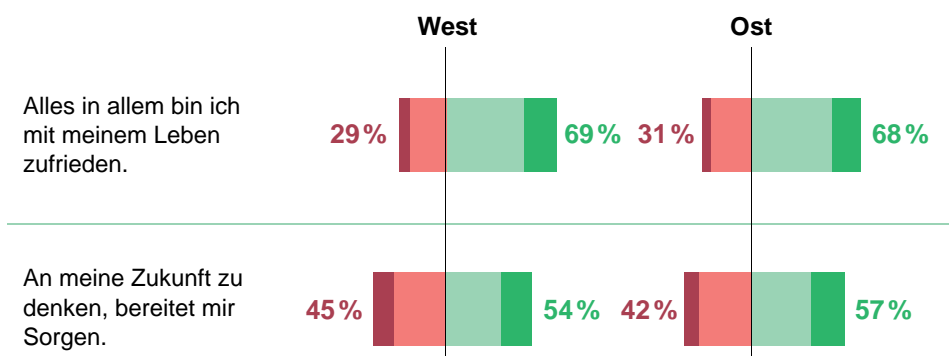
Stress und Überforderung

Abbildung 4:

Lebenszufriedenheit und Zukunftssorgen

Inwiefern treffen die folgenden Aussagen auf Sie persönlich zu?

- stimme überhaupt nicht zu
- stimme eher nicht zu
- stimme eher zu
- stimme voll und ganz zu



Basis: Alle Wahlberechtigten zwischen 18 und 29 Jahren. Fehlende Werte: weiß nicht/keine Angabe.

4.1.4 Lebenszufriedenheit und Zukunftsperspektive

Wie steht es um die Lebenszufriedenheit der jungen Bürger*innen in West und Ost? Zunächst ist festzustellen, dass deutlich mehr als zwei Drittel „alles in allem“ mit ihrem Leben zufrieden sind, ohne dass sich Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland zeigen. Die Lebenszufriedenheit hängt dabei mit der eigenen wirtschaftlichen Lage zusammen: Bürger*innen, die diese als gut einschätzen, geben auch häufiger an, mit ihrem Leben zufrieden zu sein.

Zukunftssorgen sind im Osten mit 57 Prozent leicht verbreiteter als im Westen mit 54 Prozent. Bürger*innen, die bereits eigene Kinder haben, äußern im Westen mit 60 Prozent und vor allem im Osten mit 67 Prozent überdurchschnittlich häufig Zukunftssorgen. Wie bei der Lebenszufriedenheit zeigt sich auch hier ein Zusammenhang mit der eigenen wirtschaftlichen Lage. Bürger*innen, die diese als gut einschätzen, äußern seltener Zukunftssorgen.

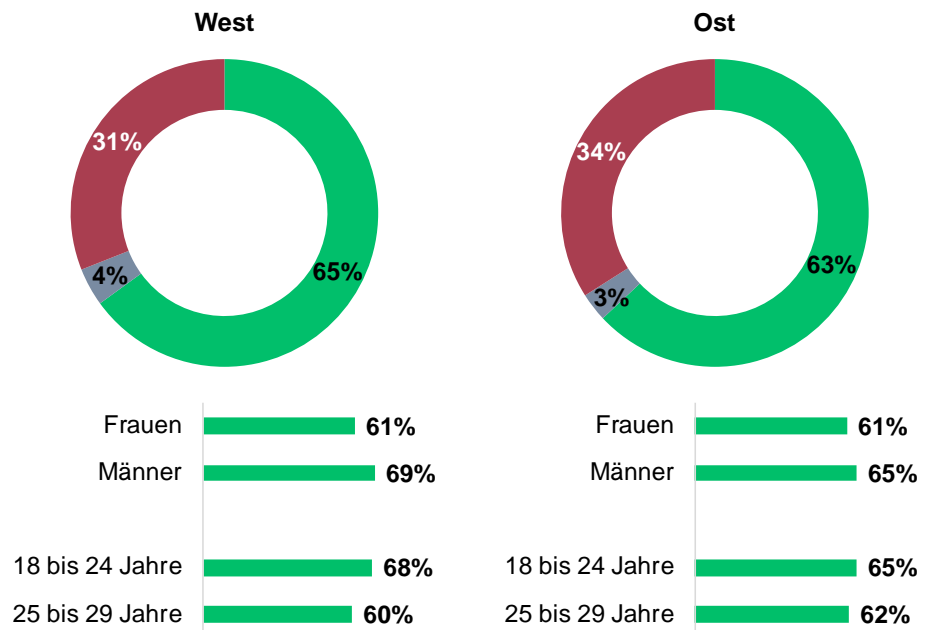
Trotz Hektik und Zukunftssorgen ist der Blick in die Zukunft insgesamt überwiegend ungetrübt. Danach gefragt, ob sie eher pessi-

Abbildung 5:

Pessimismus vs. Optimismus

Wenn Sie an Ihre eigene Zukunft denken, sind Sie da ...?

■ pessimistisch ■ optimistisch ■ weiß nicht/keine Angabe



Basis: Alle Wahlberechtigten zwischen 18 und 29 Jahren. Abweichungen rundungsbedingt.

mistisch oder optimistisch beim Gedanken an ihre Zukunft sind, zeigen sich die jungen Bürger*innen in West- wie Ostdeutschland mehrheitlich zuversichtlich. Dabei sind Männer etwas optimistischer als Frauen und die 18- bis 24-Jährigen etwas zuversichtlicher als die 25- bis 29-Jährigen.

Zur Lebenswirklichkeit junger Bürger*innen in West- und Ostdeutschland kann an dieser Stelle ein erstes Zwischenresümee gezogen werden: Die Wahrnehmung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands sowie der eigenen wirtschaftlichen Lage zeigen keine substantiellen Unterschiede zwischen jungen West- und Ostdeutschen. Das Gleiche gilt für ihre Lebenszufriedenheit. Aber die Einschätzungen zur regionalen Lebenssituation weisen Diskrepanzen auf: Ostdeutsche empfinden die wirtschaftliche Lage in ihrer Region häufiger als schlecht und sind seltener zuversichtlich bezüglich ihrer eigenen Arbeitsmarktchancen in ihrer Region.

4.2 Sozialisation und Selbstverständnis

Die jungen Bürger*innen der Nachwendegeneration sind im wiedervereinigten Deutschland und somit im selben politischen System aufgewachsen und sozialisiert worden. Ihre Eltern- generation aber blickt durch die jahrzehntelange deutsche Teilung auf Lebenserfahrungen und Lebensrealitäten zurück, die sich in verschiedenen west- und ostspezifischen (Erwerbs-)Biografien und Lebensläufen abbilden. Hinsichtlich eines West-Ost-Unterschiedes bei der Sozialisation der jungen Bürger*innen

steht daher insbesondere die narrative Weitergabe der Transformationserfahrung durch Eltern und Familie als wichtige Instanz der politischen Sozialisation im Fokus.

4.2.1 Folgen der Wiedervereinigung für die eigenen Eltern

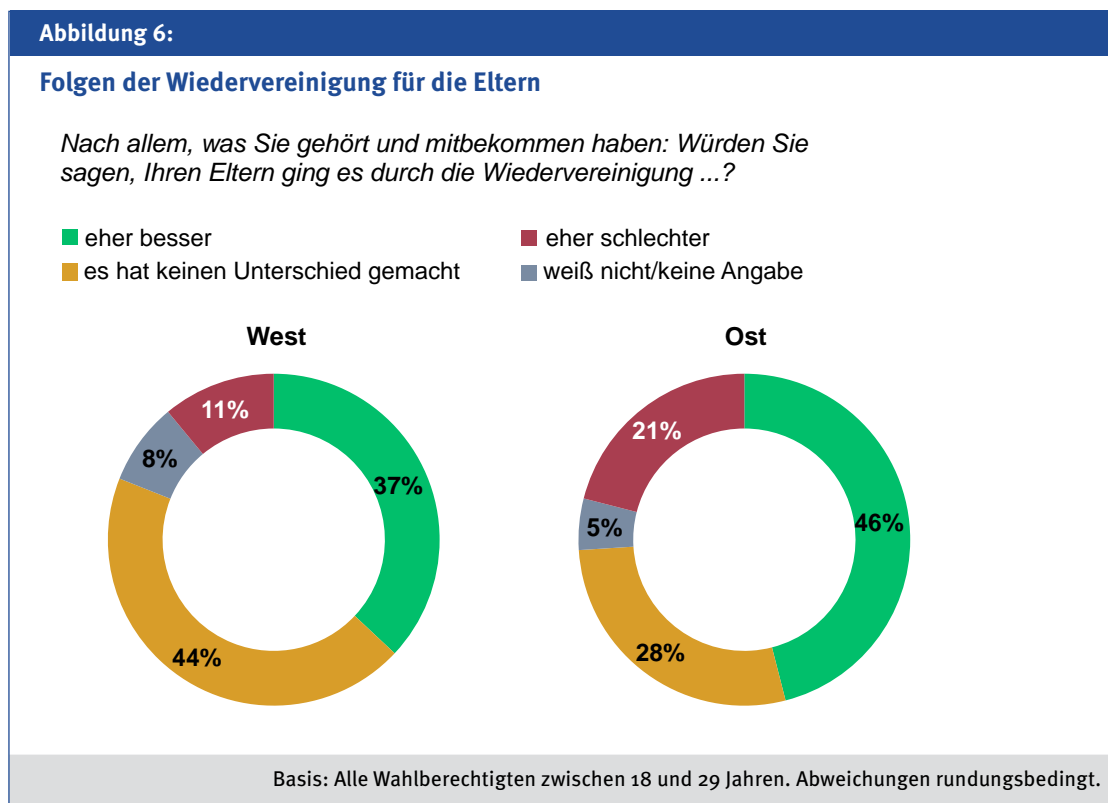
Wenn man betrachtet, wie junge Bürger*innen die Folgen der Wiedervereinigung für ihre Eltern einschätzen und wahrnehmen, spiegeln sich die west- und ostspezifischen elterlichen Lebensläufe und Nachwendeerfahrungen deutlich wider: Mit 44 Prozent sagt der größte Teil der jungen Westdeutschen, für das Leben ihrer Eltern habe die Wiedervereinigung keinen Unterschied gemacht. Ihr Leben verlief im Großen und Ganzen weiter wie zuvor. 37 Prozent und damit etwas weniger geben an, dass sich das Leben der Eltern durch die Wiedervereinigung zum Positiven verändert hat. Nur etwa jede*r zehnte junge Westdeutsche sieht für die Eltern eher negative Folgen. Als Gründe, warum es den westdeutschen Eltern durch die Wiedervereinigung besser ging, werden zumeist offene Grenzen, Möglichkeiten der Familienzusammenführung und des Wiedersehens mit Freund*innen aus Ostdeutschland angeführt. Etwas seltener werden wirtschaftliche Entwicklungen, aber auch der Zugewinn an allgemeinen Möglichkeiten und politischen Freiheiten genannt. Die Hauptgründe für Verschlechterungen, die junge Westdeutsche nennen, sind Einbußen bei Einkommen, Lebensstandard und Wohlstand.

In Ostdeutschland sind die Einschätzungen zu den Folgen der Wiedervereinigung deutlich

*Die eigenen Eltern –
Wendeverlierer*innen
oder -gewinner*innen?*

anders verteilt. Nur etwas mehr als jede*r vier-te junge Ostdeutsche meint, es habe keinen Unterschied für die eigenen Eltern gemacht. Zwei Drittel sagen hingegen, dass es durch-aus einen Unterschied gemacht hat: 21 Prozent meinen, dass es ihren Eltern durch die Wieder-vereinigung schlechter ging, 46 Prozent und damit mehr als doppelt so viele, dass es ihren Eltern besser ging. Im Folgenden werden wir diese als Wendeverlier*innen oder Wendege-winner*innen bezeichnen. Gründe für die Ver-besserung sind an erster Stelle wiederum ge-wonnene Reisefreiheit sowie mögliche Zusam-menführungen mit Familie und Freund*innen aus dem Westen. Seltener, aber deutlich häu-fi er als im Westen, werden bessere Arbeits-

marktchancen, Berufsfreiheit und wirtschaft-liche Verbesserungen angeführt. Erst danach wird der Zugewinn an allgemeinen politischen und gesellschaftlichen Freiheiten als Grund für die Verbesserung angeführt. Warum sehen ei-nige der jungen Ostdeutschen ihre Eltern als Wendeverlierer*innen? Wenig überraschend werden in erster Linie von mehr als der Hälfte Brüche in den Erwerbsbiografien, Erfahrungen von Arbeitslosigkeit und berufli che Verschlech-terungen als Ursache gesehen. Ebenso werden Verschlechterungen der wirtschaftlichen Lage der Eltern sowie der wirtschaftlichen Situation in Ostdeutschland insgesamt angeführt, aber auch Verschlechterungen der Sozialleistungen und öffentli hen Daseinsfürsorge.



Bemerkenswerterweise zeigen die Selbsteinschätzungen der jungen Bürger*innen zur eigenen sozialen Mobilität trotz dieser Unterschiedlichkeiten in den elterlichen Biografie fast keine Unterschiede. Die meisten fühlen sich auf der gleichen Stufe wie ihre Eltern oder als Aufsteiger*innen. Nur etwa jede*r Fünfte, egal ob in West- oder Ostdeutschland, sieht sich im Vergleich zu den eigenen Eltern als Absteiger*in. In Ostdeutschland zeigt sich bei genauerem Hinsehen aber eine deutlichere Polarisierung unter Bürger*innen, die ihre Eltern als Wendeverlierer*innen sehen: Von ihnen sehen

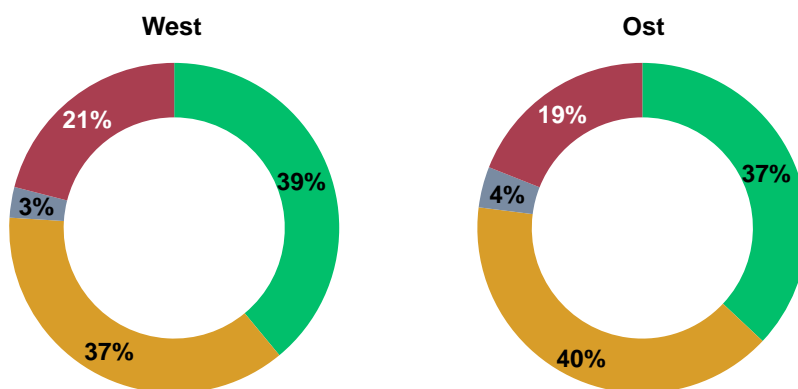
sich selbst 46 Prozent und damit überdurchschnittlich viele als Aufsteiger*in. Zugleich sagen jedoch auch 27 Prozent und damit ebenfalls überdurchschnittlich viele dieser jungen ostdeutschen Bürger*innen, dass sie sich selbst als Absteiger*in fühlen. Sie nehmen also einen generationenübergreifenden sozialen Abwärtstrend wahr. Ostdeutsche, die annehmen, die Wiedervereinigung habe im Großen und Ganzen das Leben der Eltern weder verschlechtert noch verbessert, sehen sich mit 53 Prozent mehrheitlich auf der gleichen Stufe wie ihre Eltern und weder als Ab- noch als Aufsteiger*in.

Abbildung 7:

Soziale Mobilität¹

Wenn Sie mal an das Leben Ihrer Eltern denken. Würden Sie sagen, dass Sie im Vergleich zu Ihren Eltern Aufsteiger, Absteiger oder auf der gleichen Stufe sind?

- Aufsteiger
- auf der gleichen Stufe
- Absteiger
- weiß nicht/keine Angabe



Basis: Alle Wahlberechtigten zwischen 18 und 29 Jahren. Abweichungen rundungsbedingt.

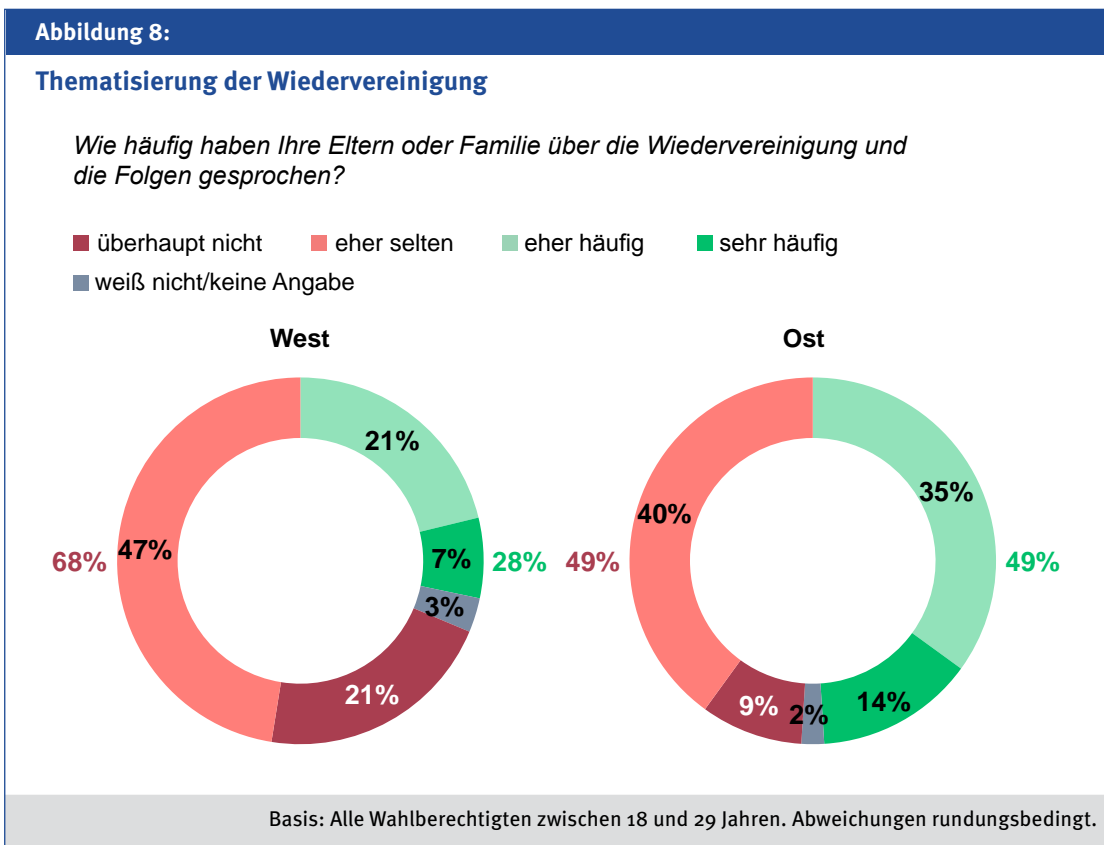
¹ Aus technischen Gründen waren die Fragen in der quantitativen Erhebung im generischen Maskulinum gestaltet. Daher wird in den Darstellungen aus methodischen Gründen, abweichend von der restlichen Studie, diesbezüglich auch nur das generische Maskulinum verwendet.

4.2.2 Thematisierung der Wiedervereinigung in der Familie

Wie wir gesehen haben, hat die Wiedervereinigung für viele Eltern von jungen Westdeutschen nicht nur weniger persönliche Folgen gehabt, es war bei ihnen auch seltener relevantes Gesprächsthema. Nur etwa jede*r vierte junge Westdeutsche gibt an, dass Eltern und Familie „eher“ oder „sehr häufig“ darüber gesprochen haben. In den Familien jedes*jeder Fünften wurde sogar „überhaupt nicht“ über die Wiedervereinigung gesprochen.

Für junge Ostdeutsche war das Thema präsenter. Hier gibt fast jede*r Zweite an, dass

„eher“ oder „sehr häufig“ über die Wiedervereinigung und ihre Folgen gesprochen wurde. Mit 61 Prozent wurde bei jungen Ostdeutschen, die ihre Eltern als Wendeverlierer*innen einstufen, noch häufiger über die Wiedervereinigung und ihre Folgen „eher“ oder „sehr häufig“ gesprochen als mit 54 Prozent in den Familien derjenigen, die ihre Eltern als Wendegewinner*innen sehen. Am seltensten thematisiert wurde es mit 38 Prozent bei den ostdeutschen Bürger*innen, die angeben, die Wiedervereinigung habe die Situation ihrer Eltern weder verbessert noch verschlechtert – was zugleich eine plausible Erklärung für eben diese Einschätzung sein kann, dass die Wende für die



eigenen Eltern keinen Unterschied gemacht habe: Es wurde nicht thematisiert und in Folge dessen fehlt es den jungen Bürger*innen dazu an Wissen.

Entscheidend für die Prägung der jungen Bürger*innen ist zum einen, wie präsent das Thema Wiedervereinigung und die Folgen derselben waren, aber es muss auch betrachtet werden, welches Transformationsnarrativ weitergegeben wurde. Dabei zeigt sich zum einen ein West-Ost-Unterschied: In Westdeutschland wurde, wie bereits diskutiert, seltener darüber gesprochen, aber wenn dann mit 22 Prozent häufiger positiv als mit 6 Prozent negativ. Insgesamt überwiegt, wenn darüber gesprochen

wurde, bei 31 Prozent auch in Ostdeutschland eine positive Erzählung, aber nicht mehr ganz so deutlich wie im Westen. 16 Prozent der jungen Ostdeutschen geben an, eine negative Wendeerzählung vermittelt bekommen zu haben.

Ein tieferer Blick in die Ergebnisse lässt erkennen, dass es nicht nur einen einfachen West-Ost-Unterschied gibt: Die jungen westdeutschen Bürger*innen zwischen 18 und 24 Jahren haben mit 4 Prozent seltener negative Narrative vermittelt bekommen als die 25- bis 29-Jährigen mit 9 Prozent. Hinsichtlich positiver Wendenarrative zeigt sich im Westen kein Altersunterschied. Unter den jungen ostdeutschen Bürger*innen hingegen bleibt

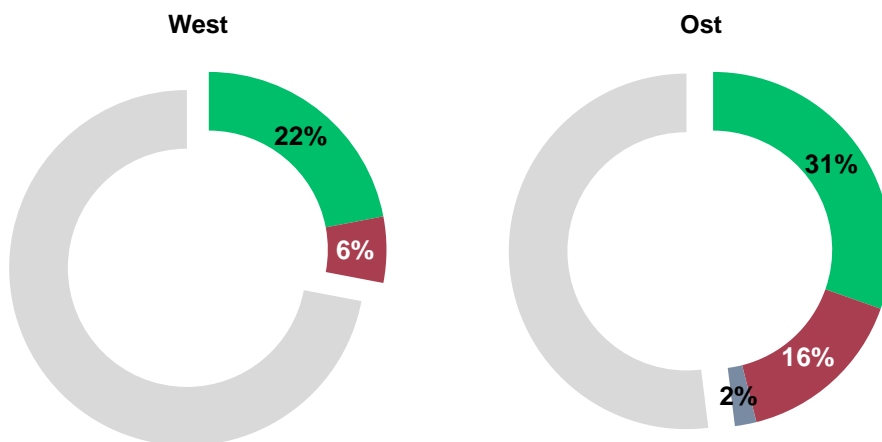
Narrative Weitergabe der Wendeerfahrungen

Abbildung 9:

Qualitative Thematisierung der Wiedervereinigung

Wenn eher oder sehr häufig darüber gesprochen wurde:
Wurde darüber eher positiv oder eher negativ gesprochen?

- eher positiv
- eher negativ
- weiß nicht/keine Angabe
- eher selten/überhaupt nicht

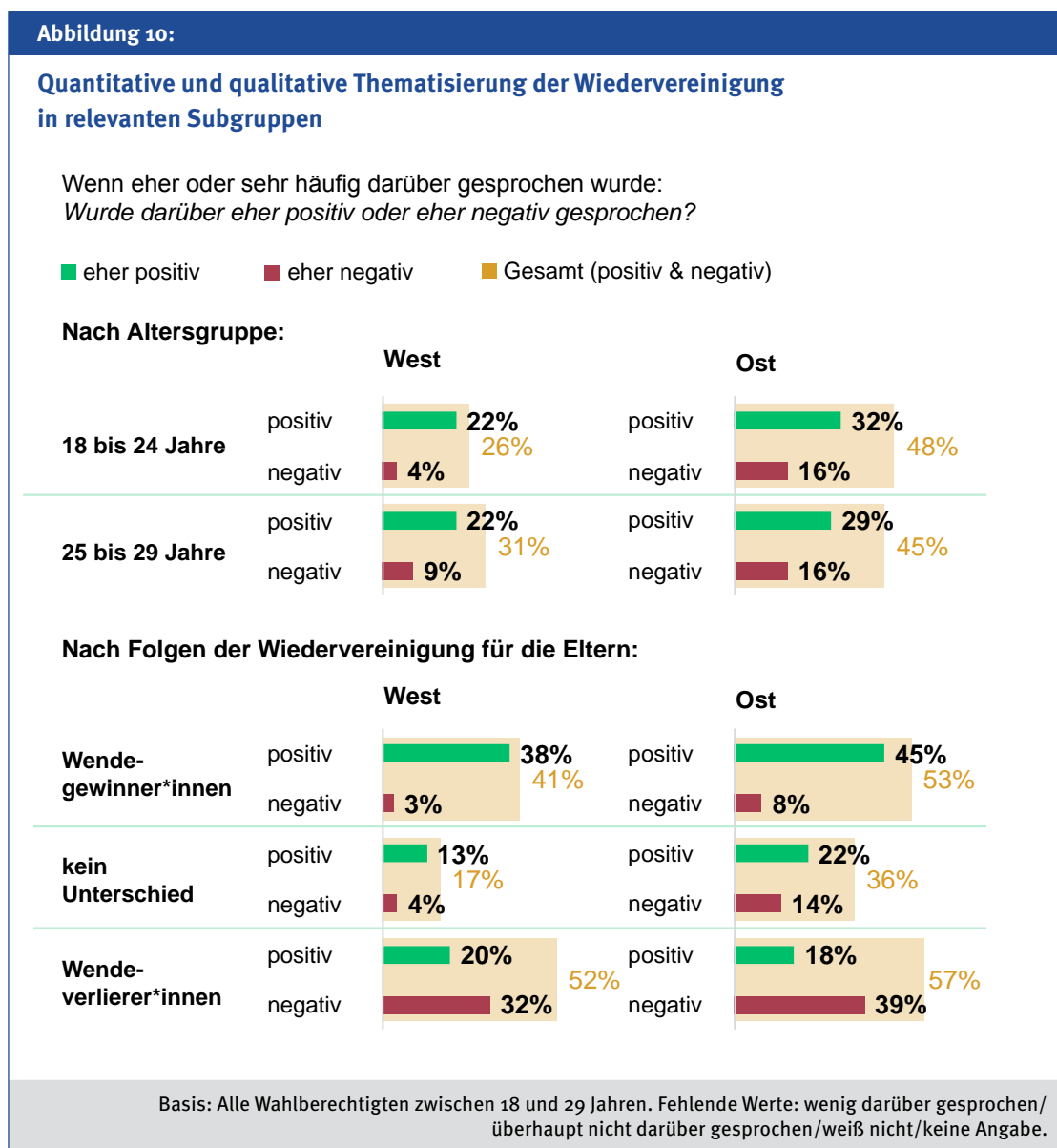


Basis: Alle Wahlberechtigten zwischen 18 und 29 Jahren. Abweichungen rundungsbedingt.

ein negatives Wendenarrativ stabil mit jeweils 16 Prozent. Ein positives Narrativ bei den 18- bis 24-Jährigen zeigt mit 32 Prozent im Vergleich zur Altersgruppe der 25- bis 29-Jährigen mit 29 Prozent ebenfalls kaum Veränderung.

Weiterhin zeigen sich bemerkenswerte Unterschiede in Abhängigkeit davon, ob jun-

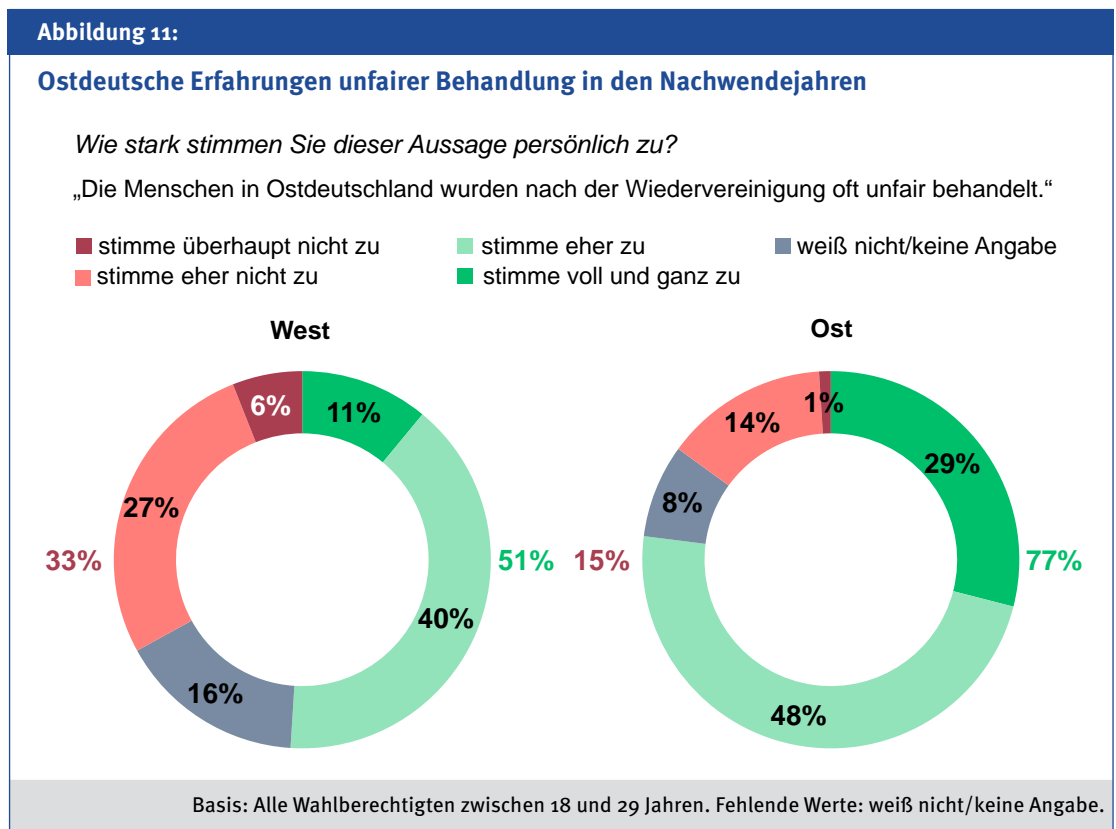
ge Bürger*innen ihre Eltern als Wendeverlierer*innen oder Wendegewinner*innen sehen. Bei Kindern von Wendegewinner*innen war die Wendezeit überdurchschnittlich häufig Gesprächsthema und wurde, in West- wie in Ostdeutschland, überwiegend positiv behandelt. Wenn junge Bürger*innen angeben, die



Wiedervereinigung habe keine Folgen für die eigenen Eltern gehabt, wurde es deutlich seltener zum Thema gemacht. Am häufigsten haben aber Kinder von Wendeverlierer*innen mitbekommen, dass Eltern und Familie ihre Wenderfahrung thematisierten. Und im Unterschied zu den anderen, haben diese Bürger*innen eher ein negatives als ein positives Wendenarrativ vermittelt bekommen – sowohl im Westen als auch im Osten. Da im Osten jedoch mit 21 Prozent deutlich mehr junge Bürger*innen als mit 11 Prozent im Westen ihre Eltern als Wendeverlierer*innen einstufen, erklärt dies zum Teil, warum im Osten im Schnitt weniger positiv als im Westen über die Wende gesprochen wurde.

Die Effekte einer positiven oder negativen Nachwendeerzählung sind im Folgenden unmittelbar zu erkennen. Zwar stimmt rund die Hälfte der westdeutschen Nachwendegeneration der Aussage zu, dass die Menschen in Ostdeutschland nach der Wiedervereinigung oft unfair behandelt worden sind. Unter den jungen Ostdeutschen sind jedoch mehr als zwei Drittel dieser Ansicht. Unter Kindern von Wendeverlierer*innen stimmen 84 Prozent der Aussage zu – 42 Prozent und damit deutlich überdurchschnittlich viele sogar „voll und ganz“.

Im Osten sind negative Erfahrungen der Nachwendezeit auch in der Nachwendegeneration noch deutlich präsent – und zwar insbe-



sondere, aber bemerkenswerter Weise nicht nur, wenn die eigene Familie unmittelbar davon betroffen war. Vielen Westdeutschen der Nachwendegeneration fehlt es hingegen an Bewusstsein für die ostspezifischen Nachwenderfahrungen. So stimmen im Vergleich deutlich weniger junge Westdeutsche der Aussage zur unfairen Behandlung zu. Einen noch deutlicheren Hinweis liefern die „weiß nicht“ und „keine Angabe“ Antworten: Mit 16 Prozent können ausgesprochen viele junge Westdeutsche überhaupt keine Einschätzung zu der Aussage treffen, ihnen fehlt es an Wissen und Berührungspunkten. Schließlich hat die Wiedervereinigung für das Leben der eigenen Eltern in Westdeutschland mehrheitlich keine gravierenden Auswirkungen gehabt und wurde, wie schon in den qualitativen Tiefeninterviews ersichtlich wurde, seltener thematisiert. Wie die Tiefeninterviews ebenfalls zeigten, beruht das Wissen zur deutschen Teilung und Wiedervereinigung dieser jungen Bürger*innen mehr oder weniger auf rudimentärem Schulwissen: „Da meine Eltern aus dem Westen kommen, war das bei uns nie im Gespräch, ich habe es nur als Geschichtsthema in der Schule kennengelernt.“

4.2.3 Persönlicher Bezug zur Wiedervereinigung

Wie verhält es sich, wenn man die jungen Bürger*innen nicht nur nach einer Bewertung der Vergangenheit, sondern nach einer Einschätzung zum heutigen West-Ost-Verhältnis fragt? Bei der Frage, ob es heutzutage noch immer einen Unterschied macht, ob jemand aus West-

oder Ostdeutschland kommt, gibt es ebenfalls deutlich konträre Einschätzungen.

Beinahe spiegelbildlich stimmen 57 Prozent der Westdeutschen zu, dass es keinen Unterschied mehr macht, während knapp zwei Drittel der Ostdeutschen zur genau gegenteiligen Einschätzung kommen. Selbst die Gruppe ostdeutscher Bürger*innen, die ihre Eltern als Wendegewinner*innen sehen, stimmen der Aussage deutlich seltener zu als westdeutsche Bürger*innen insgesamt. Die geringste Zustimmung unter jungen Ostdeutschen erfährt die Aussage nichtsdestotrotz unter Kindern von Wendeverlierer*innen, genauso wie unter denjenigen, die ihre eigene wirtschaftliche Lage oder die ihrer Region als schlecht empfinden. Für sie ist eine Angleichung von Lebensverhältnissen und Chancen zwischen West- und Ostdeutschland offensichtlich noch keine Lebensrealität.

Bereits in den qualitativen Tiefeninterviews wurde deutlich, dass die Bürger*innen der Nachwendegeneration nach wie vor Unterschiede zwischen „typischen“ West- und Ostdeutschen empfinden – allerdings geschieht dies häufig nicht bewusst. Die erste Reaktion in den Tiefeninterviews war zumeist, eine Unterscheidung von West- und Ostdeutschen habe wenig Relevanz. Das Thema werde eher nur durch Medien und die Eltern- bzw. Großelterngeneration am Leben erhalten: „Ich war letztens mit Kumpels in einer Kneipe, da haben die älteren Leute, sobald die ein bisschen was getrunken hatten, über damals, als die Mauer noch stand, gesprochen. Aber Freunde in meinem Alter, wir beschäftigen uns damit nicht.“

Im weiteren Verlauf des Gesprächs wurde dann doch deutlich, dass solche Unterschiede beiläufig und unbewusst benannt und reproduziert werden, selbst wenn sie zum Teil nur zwischen den Zeilen anklingen. Zumeist sind sie durch Anekdoten und Erzählungen der Eltern, durch Floskeln, Witze und Vorurteile erlernt: „Das Ost- und West-Denken wurde mir nie anezogen. Nur mal ein blöder Spruch, weil es passt.“ „Wessis“ seien arrogant, selbstbewusster, materialistischer und charakterlich kälter. „Ossis“ hätten hingegen einen unangenehmen Akzent, seien politisch „braun“, geizig und „schwimmen im Selbstmitleid“.

In der zweiten Forschungsstufe haben wir die jungen Bürger*innen daher explizit danach gefragt. Sie sollten in einem Wort beschreiben, wie sich Ostdeutsche von Westdeutschen und Westdeutsche von Ostdeutschen unterscheiden. Die Ergebnisse, dargestellt in den Wortwolken, zeigen, dass auch die Nachwendegeneration West-Ost-bezogene Unterschiede wahrnimmt, selbst wenn die Antworten oft aus Klischees bestehen. Zwar haben einige Befragte keine Angabe gemacht oder keine Unterschiede ausmachen können, aber zu konstatieren bleibt, dass auch für diese Generation die Herkunft aus West- oder

Stereotype zur Fremd- und Eigenbeschreibung

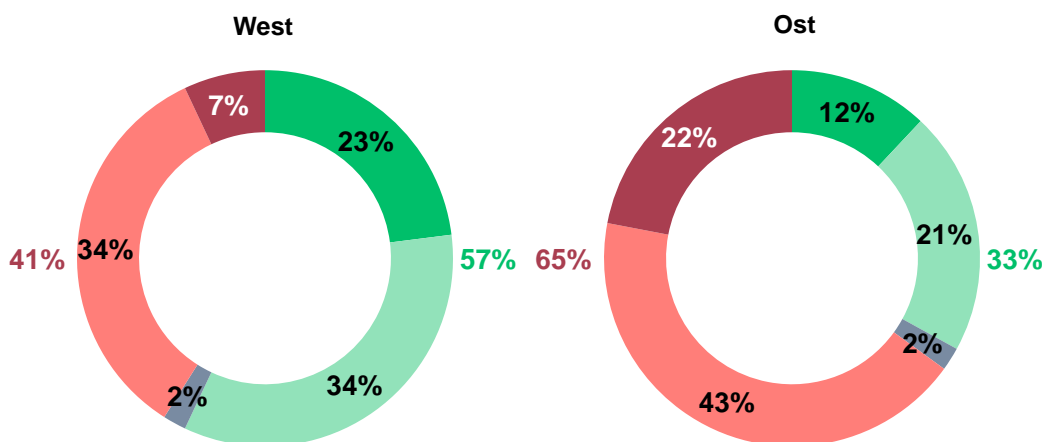
Abbildung 12:

Heutige Relevanz west- bzw. ostdeutscher Herkunft

Wie stark stimmen Sie dieser Aussage persönlich zu?

„Alles in allem macht es heutzutage keinen Unterschied mehr, ob man aus Ost- oder Westdeutschland kommt.“

- stimme überhaupt nicht zu
- stimme eher zu
- weiß nicht/keine Angabe
- stimme eher nicht zu
- stimme voll und ganz zu



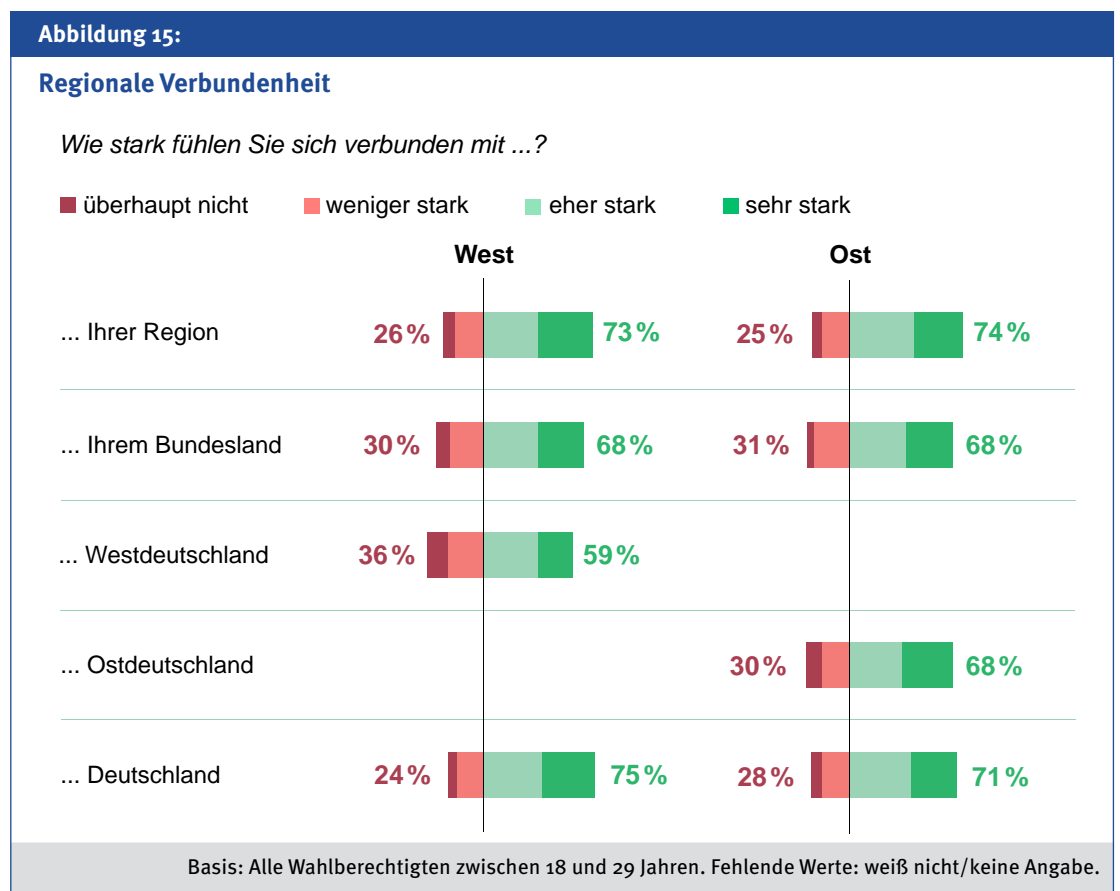
Basis: Alle Wahlberechtigten zwischen 18 und 29 Jahren. Fehlende Werte: weiß nicht/keine Angabe.

Ostdeutsche Identität ohne westdeutsches Pendant?

land. Dies bestätigt einen Befund, der sich in den qualitativen Interviews bereits andeutete: Ostdeutschland wird von jungen Ostdeutschen als relevantes Identifikationsobjekt wahrgenommen, Westdeutschland von jungen Westdeutschen nicht. Dafür spricht, dass vor allem junge Bürger*innen aus den westdeutschen Bundesländern Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Saarland sich Westdeutschland stärker verbunden fühlen als Bürger*innen aus anderen, geografisch im Norden oder Süden gelegenen westdeutschen Bundesländern.

Die „alte“ BRD wird von jungen Westdeutschen nicht unter dem Begriff „Westdeutsche-

land“ zusammengefasst. Sie assoziieren mit Westdeutschland primär die geografisch westlichen Bundesländer der Bundesrepublik, wohingegen die Bundesländer auf dem Gebiet der ehemaligen DDR einheitlich als Block unter dem Begriff Ostdeutschland verstanden werden. Schon die Tiefeninterviews machten deutlich, dass es für junge Westdeutsche zumeist keine westdeutsche Identität gibt. Sie verstehen, anders als junge Ostdeutsche, Ostdeutschland nicht als Referenzpunkt, um davon abgegrenzt eine einheitlich westdeutsche Identität zu definieren. Beispielsweise bezeichnete eine in Nürnberg interviewte Person die Bürger*innen



in den geografisch westlich liegenden Bundesländern als „Wessis“, verstand sich selbst aber als nicht dazugehörig, da sie aus „Süddeutschland“ kommt.

Wenn man betrachtet, als was sich die jungen Bürger*innen in West und Ost „eher“ fühlen, was für sie primär identitätsstiftend ist, erhält man weitere Belege dafür: Weniger als jede*r zehnte Westdeutsche fühlt sich primär als Westdeutsche*r denn als Deutsche*r oder anderes. In Ostdeutschland fühlt sich zugleich jede*r Fünfte eher als Ostdeutsche*r denn als Deutsche*r oder anderes. Unter denjenigen Ostdeutschen, die ihre eigene wirtschaftliche Lage oder die ihrer Region als schlecht empfinden, ist der Anteil noch etwas höher. Für sie ist Ostdeutschland identitätsstiftender als Deutschland.

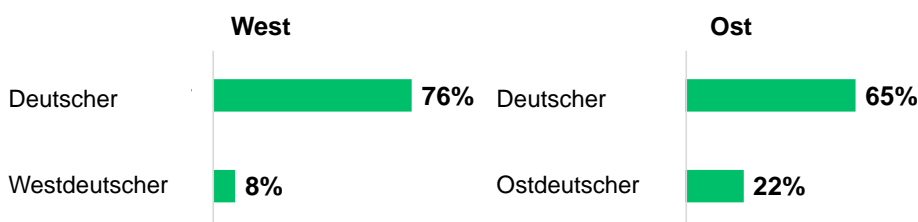
Als kurzes Zwischenresümee zur Sozialisation junger West- und Ostdeutscher ergibt sich folgendes Bild: Hinsichtlich der Einschät-

zung zur eigenen sozialen Mobilität lassen sich keine substanziellen West-Ost-Unterschiede erkennen, obwohl die Eltern der Nachwende-generation auf durchaus unterschiedliche west- und ostspezifische Biografien zurückblicken. Diese Unterschiede in den elterlichen Lebensläufen spiegeln sich aber bei der Frage, welche Folgen die Wiedervereinigung für die Eltern hatte, deutlich wieder. Die meisten jungen Westdeutschen gehen davon aus, dass sie für ihre Eltern keine unmittelbaren Folgen hatte, während die jungen Ostdeutschen ihre Eltern meist als Wendegewinner*innen oder, etwas seltener, als Wendeverlierer*innen wahrnehmen. So waren die Wiedervereinigung und ihre Folgen in den ostdeutschen Familien auch häufiger Gesprächsthema. In der Nachwende-generation werden seltener bewusst, aber vor allem unbewusst nach wie vor erlernte Stereotype und Klischees über West- und Ostdeutschland weitererzählt.

Abbildung 16:

Identität

Fühlen Sie sich am ehesten als ...?



Basis: Alle Wahlberechtigten zwischen 18 und 29 Jahren. Fehlende Werte: weiß nicht/keine Angabe.

5 Unterschiede und Gemeinsamkeiten in den politischen Einstellungen der Nachwendegeneration

Wir haben gesehen, dass Situation und Sozialisation der Nachwendegeneration in West- und Ostdeutschland sowohl Gemeinsamkeiten, aber auch einige deutliche Unterschiede aufweisen. In den folgenden Kapiteln werden wir uns näher ansehen, wie sich dies auf die Einstellungen der jungen Bürger*innen gegenüber Demokratie und Gesellschaft auswirkt.

5.1 Einstellungen zu politischer Partizipation und Demokratie

Wir werfen zunächst ein Schlaglicht auf das politische Interesse der Nachwendegeneration. Wie unmittelbar festzustellen ist, unterscheiden sich west- und ostdeutsche Bürger*innen hier nicht. Die Ergebnisse sind bemerkenswert ähnlich. In beiden Landesteilen geben fast zwei Drittel an, „eher“ oder „sehr“ an Politik interessiert zu sein. Nur 5 Prozent sind jeweils „überhaupt nicht“ interessiert. Berücksichtigt man die Erkenntnisse der qualitativen Tiefeninterviews, sind diese Angaben aber mit einer gewissen Vorsicht zu interpretieren. Vieles spricht dafür, dass das Antwortverhalten durch soziale Erwünschtheit geprägt ist. Politik hat für die meisten junge Bürger*innen einen eher niedrigen Stellenwert im Leben, selbst wenn sie sich als politisch interessiert bezeichnen. Sich selbst als politisch interessiert wahrzunehmen, korrespondiert zudem nicht immer mit politischem Wissen und Verständnis für politische Prozesse.

Zwar zeigen sich keine starken West-Ost-Unterschiede, aber aus der Sozialforschung seit längerem bekannte Muster entlang sozio-

demografischer Merkmale. So steigt das politische Interesse der jungen Bürger*innen mit zunehmendem Alter leicht an. In West- wie Ostdeutschland steigt das Interesse darüber hinaus mit dem formalen Bildungsgrad. Zudem geben junge Männer häufiger als junge Frauen an, politisch interessiert zu sein. Insbesondere geben sie deutlich häufiger an, nicht nur „eher interessiert“, sondern „sehr interessiert“ an Politik zu sein. Andere Studien haben unlängst hinreichend belegen können, dass es sich hierbei nicht um objektive Unterschiede handeln muss. Vielmehr lassen sich die Differenzen als Effekte geschlechterspezifischer Antwortverhaltens interpretieren. Während Männer ihr politisches Interesse überschätzen, unterschätzen Frauen ihr Interesse zugleich. Auch tradierte Rollenverständnisse haben einen Einfluss (Westle/Schoen 2002: 223, 237 ff.)

5.1.1 Politisches Selbstvertrauen

Überraschender ist, dass trotz des nahezu identischen politischen Interesses, klare West-Ost-Unterschiede beim politischen Selbstbewusstsein erkenntlich sind. Unter jungen Ostdeutschen ist dieses geringer ausgeprägt als unter gleichaltrigen Westdeutschen. Jede*r Zweite im Osten gibt an, sich die aktive Teilnahme an politischen Gesprächen nicht zuzutrauen. Aber auch im Westen trauen sich dies immerhin 42 Prozent nicht zu.

Bei dieser Frage wiederholt sich das Muster eines geschlechtsspezifischen Unterschiedes, das sich schon beim politischen Interesse zeigte: Sowohl in Westdeutschland mit 49 Prozent

Rückzug aus dem Politischen?

als auch in Ostdeutschland mit 42 Prozent geben weniger als die Hälfte der jungen Frauen an, dass sie sich eine aktive Beteiligung an politischen Gesprächen zutrauen. Währenddessen trauen sich dies mit 54 Prozent mehr als die Hälfte der jungen ostdeutschen Männer und mit 63 Prozent fast zwei Drittel der westdeutschen Männer zu.

Politische Gespräche, dafür gab es bereits in den qualitativen Interviews deutliche Hinweise, werden von jungen Bürger*innen häufig nicht nur gemieden, weil es an politischem

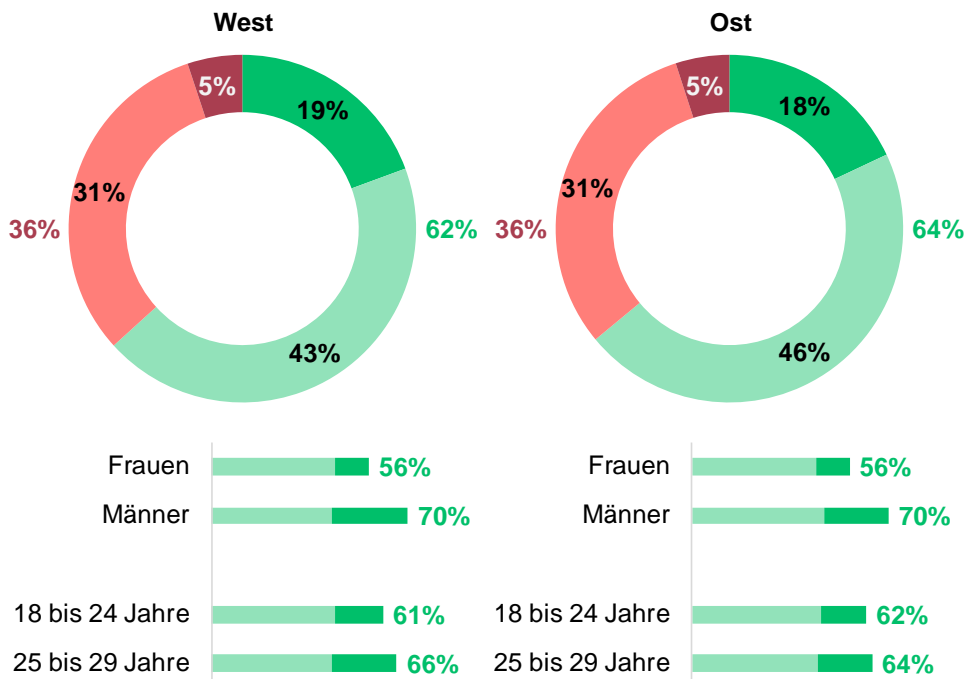
Selbstbewusstsein fehlt. Politische Themen werden zuweilen auch bewusst ausgespart, um möglichen Konfrontationen aus dem Weg zu gehen und Meinungsdivergenzen für freundschaftliche oder familiäre Beziehungen nicht zur Belastung werden zu lassen. Politische Einstellungen werden von privaten Sympathien bewusst ferngehalten: „Er ist halt anderer Meinung, aber als Mensch kann er ja trotzdem nett sein.“ Die Tiefeninterviews haben gezeigt, dass sich dies insbesondere durch hitzige Debatten um Migrations- und Asylpolitik und den

Abbildung 17:

Politisches Interesse

Wie stark sind Sie ganz allgemein an Politik interessiert?

■ überhaupt nicht interessiert ■ weniger interessiert ■ eher interessiert ■ sehr interessiert



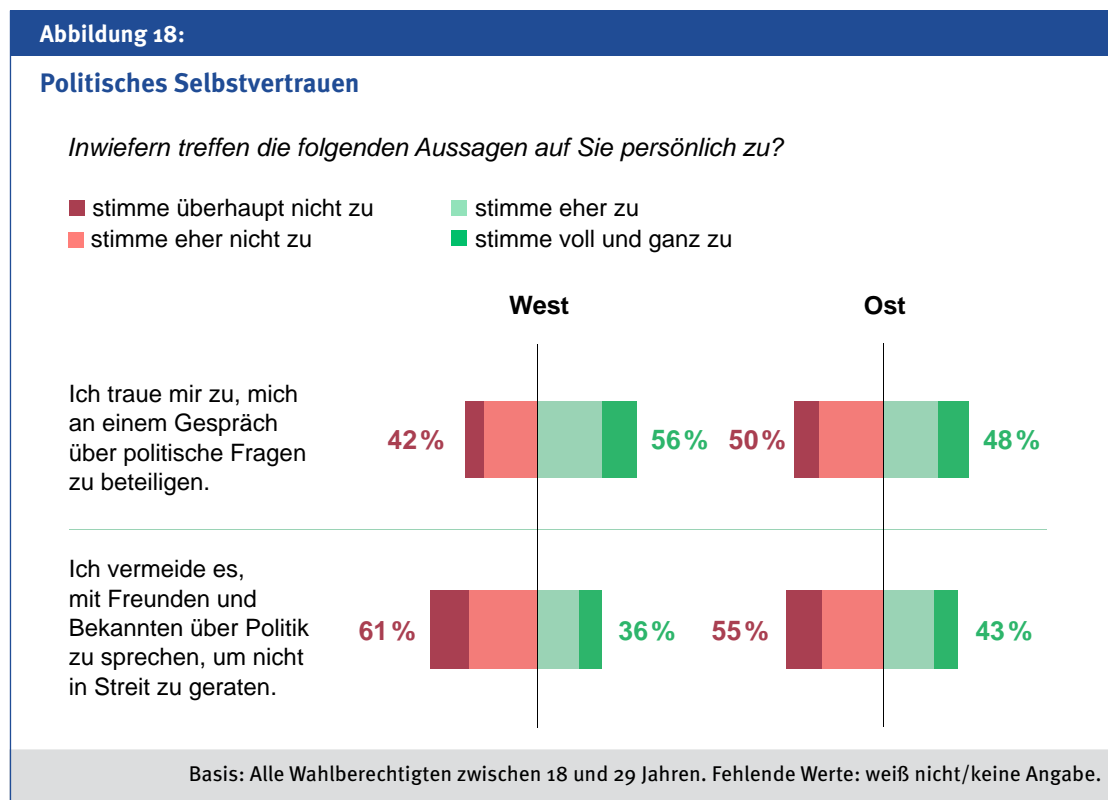
Basis: Alle Wahlberechtigten zwischen 18 und 29 Jahren. Fehlende Werte: anderes/weiß nicht/keine Angabe.

an Einfluss gewinnenden Rechtspopulismus der letzten Jahre verschärft hat. Die interviewten jungen Bürger*innen berichteten von zahlreichen Erlebnissen, bei denen aufgrund politischer Differenzen freundschaftliche und familiäre Beziehungen Schaden genommen haben, zum Teil der Kontakt sogar abgebrochen wurde. Einige junge Bürger*innen haben daraus den Schluss gezogen, zukünftig politische Themen zu meiden: „Politik ist ein schwieriges Thema. Ich war im Wahlkampf so überzeugt von der SPD, dass ich mit einer Freundin darüber sprechen wollte. Und ich habe gemerkt, dass sie total auf Abstand gegangen ist. Politik ist eher ein Tabuthema, weil es Konflikte birgt.“ Die Ergebnisse der quantitativen Befragung bestäti-

gen diesen Befund und liefern dazu belastbare Zahlen: 43 Prozent der jungen ostdeutschen und 36 Prozent der jungen westdeutschen Bürger*innen vermeiden politische Gespräche im Bekannten- und Freundeskreis, um keinen Streit auszulösen, Frauen wiederum häufiger als Männer.

5.1.2 Demokratieunterstützung

Demokratie als Wert an sich findet bei jungen Bürger*innen in West wie Ost große Zustimmung, doch in durchaus unterschiedlichem Ausmaß. In Westdeutschland scheinen demokratische Überzeugungen stärker verankert als in Ostdeutschland. 86 Prozent der jungen

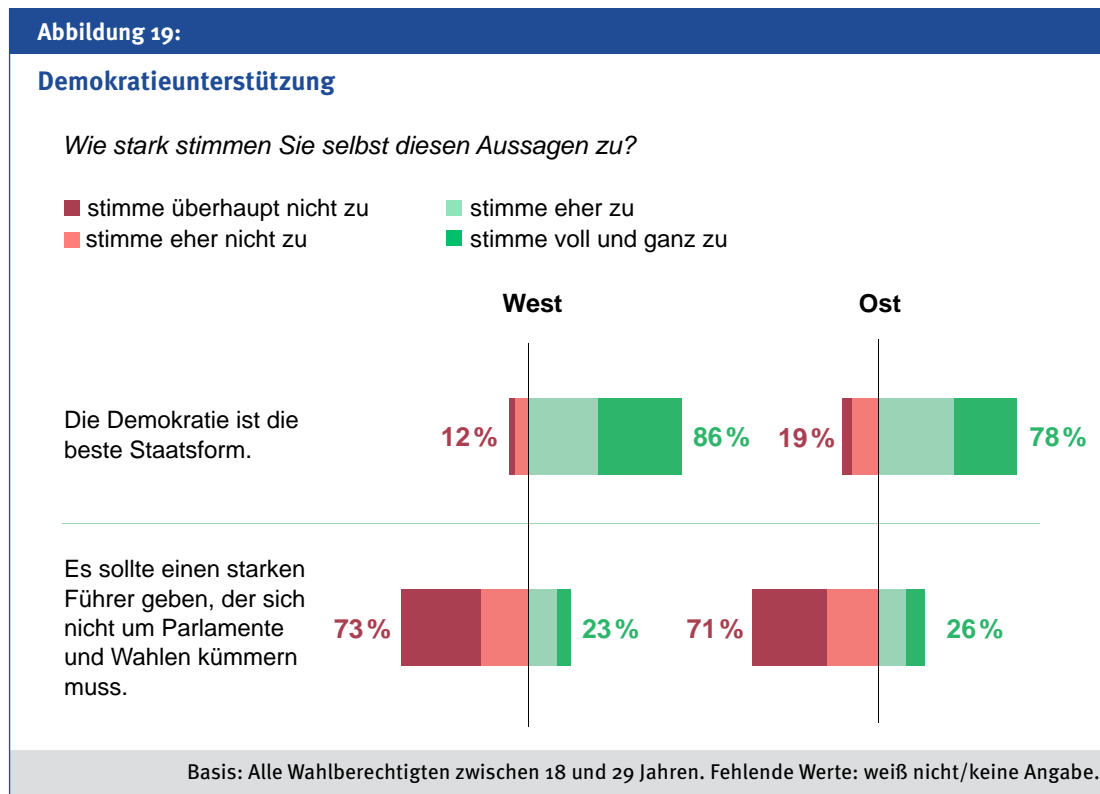


Westdeutschen stimmen der Aussage zu, dass die Demokratie die beste Staatsform ist. Im Osten sind es 78 Prozent. Die Zustimmung unter jungen Westdeutschen ist damit um immerhin 8 Prozentpunkte höher. Hinzu kommt: 47 Prozent der jungen Westdeutschen stimmen der Aussage „voll und ganz“ zu, während dies im Osten nur auf 34 Prozent zutrifft. Etwas mehr als jede*r zehnte Westdeutsche sieht Demokratie nicht als beste Staatsform an. In Ostdeutschland ist es fast jede*r Fünfte. Unter jungen ostdeutschen Bürger*innen, die ihre Eltern als Wendeverlierer*innen sehen, ist es gar knapp jede*r Dritte.

Auch wenn die Zustimmung zur Demokratie insgesamt hoch ist, stimmt auf der anderen

Seite die Zustimmung zum Autoritarismus eher nachdenklich. 23 Prozent der jungen Westdeutschen und 26 Prozent der jungen Ostdeutschen stimmen der Aussage zu, dass es einen starken Führer geben sollte, der keiner Machtbeschränkung durch parlamentarische Kontrolle und Wahlen unterliegt. Zwar lehnt die Mehrheit der jungen Bürger*innen diese Forderung ab, aber weniger als die Hälfte macht dies unmissverständlich, indem sie der Aussage „überhaupt nicht“ zustimmt. Die höhere Zustimmung im Osten ist angesichts früherer Studien wenig überraschend. Verglichen mit der Gesamtbevölkerung fällt in der Nachwendegeneration die West-Ost-Diskrepanz beim Wunsch nach einem autoritären Staat sogar eher gering aus,

Befürwortung von Demokratie und Autoritarismus

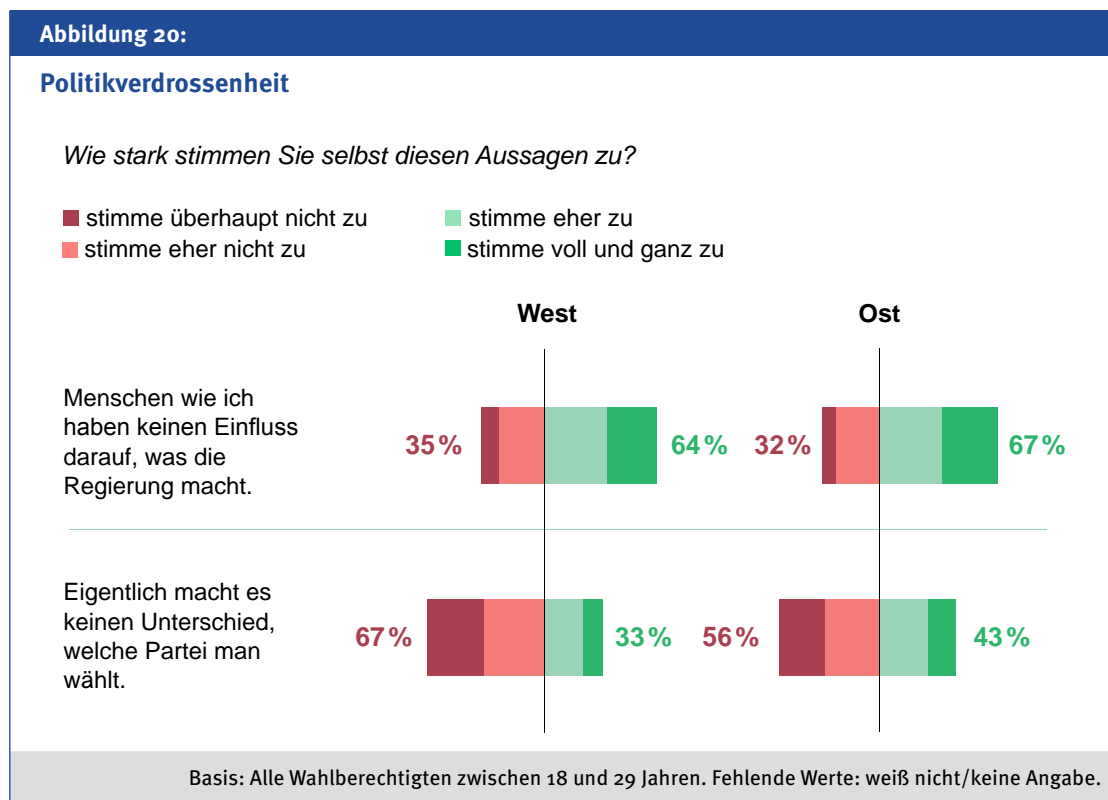


wie ein Vergleich mit der aktuellen Leipziger Autoritarismus-Studie zeigt (Decker et al. 2018: 74 f.). Die Tiefeninterviews haben gezeigt, dass der Wunsch nach einer autoritären Regierung, der hier zum Teil zum Ausdruck kommt, häufig aus Resignation über politischen Stillstand resultiert. Diese jungen Bürger*innen haben teilweise das Gefühl, dass die gegenwärtige Politik in ihrem Leben nichts verändert.

So stimmen der Forderung nach einem starken Führer im Osten 35 Prozent der jungen Bürger*innen, die ihre Eltern als Wendeverlierer*innen sehen, 29 Prozent der Bürger*innen, die ihre eigene wirtschaftliche Lage als schlecht empfinden und 29 Prozent der Bürger*innen, die im ländlichen Raum leben, zu. Zudem stim-

men mit 31 Prozent Männer der Aussage eher zu als Frauen mit 21 Prozent.

In Westdeutschland zeigt sich hinsichtlich der Zustimmungsraten ein sehr ähnliches Muster. Auch hier ist der Wunsch nach einem „starken Führer“ unter jungen Bürger*innen verbreiteter in diesen Gruppen. 27 Prozent derjenigen, die ihre eigene wirtschaftliche Lage als schlecht empfinden, und 34 Prozent derjenigen, die die wirtschaftliche Lage ihrer Region als schlecht empfinden, stimmen der Forderung nach einem Führer zu. Genauso wie in Ostdeutschland ist die Zustimmung auch hier mit 29 Prozent in ländlichen Gebieten höher sowie mit 25 Prozent unter Männern im Vergleich zu Frauen mit 21 Prozent.



5.1.3 Politikverdrossenheit

Angesichts dieser Befunde überrascht es wenig, dass bei vielen in der Nachwendegeneration durchaus Politikverdrossenheit zu erkennen ist. Aber dass junge Westdeutsche, obwohl sie geneigter sind, sich politisch zu äußern, ihren eigenen Einfluss auf politische Entscheidungen zugleich ähnlich gering einschätzen wie die jungen Ostdeutschen, ist auffällig. Rund zwei Drittel der jungen West- und Ostdeutschen stimmen der Aussage zu, dass Menschen wie sie keinen Einfluss darauf haben, was die Regierung macht. Die Überzeugung, selbst politisch Einfluss nehmen zu können, ist in der gesamten Nachwendegeneration gering. Tendenziell schätzen aber junge Bürger*innen, die ihre eigene wirtschaftliche Lage als schlecht empfinden, ihren möglichen politischen Einfluss in Ostdeutschland mit 71 Prozent und in Westdeutschland mit 73 Prozent überdurchschnittlich häufig als gering ein.

Viele junge Bürger*innen haben darüber hinaus den Eindruck, es mache politisch keinen Unterschied, welche Partei man wähle. 33 Prozent der westdeutschen und 43 Prozent der ostdeutschen Nachwendegeneration äußern dieses Gefühl. Erneut sind diejenigen Bürger*innen, die ihre wirtschaftliche Situation als schlecht wahrnehmen, in Westdeutschland mit 39 Prozent und Ostdeutschland mit 47 Prozent vermehrt dieser Meinung. Bemerkenswerterweise aber ist die Zustimmung zur Aussage, es mache keinen Unterschied, welche Partei man wählt, in Ostdeutschland damit unter denjenigen, die ihre wirtschaftliche Situation

als gut empfinden, mit 39 Prozent genauso hoch wie unter Westdeutschen, die ihre Lage als schlecht bewerten. Die ostdeutsche Nachwendegeneration zeigt sich also deutlich politikverdrossener als die westdeutsche. Unterschiede zwischen den Altersgruppen fallen ebenfalls ins Auge. In Westdeutschland stimmen 28 Prozent der 18- bis 24-Jährigen, aber 39 Prozent der 25- bis 39-Jährigen der Aussage zu. In Ostdeutschland sind es 36 Prozent der 18- bis 24-Jährigen und mit 48 Prozent fast jede*r Zweite der 25- bis 29-Jährigen. Es scheint, als nehme mit der Zeit und mit wachsender Erfahrung die Frustration über Politik noch deutlich zu.

5.1.4 Institutionenvertrauen

Wie steht es um das Verhältnis der Nachwendegeneration zu demokratischen, staatlichen Institutionen sowie medialen Akteur*innen? Das Institutionenvertrauen ist mitunter gering ausgeprägt, wobei es im Osten jeweils tendenziell niedriger ist als im Westen. Das größte Vertrauen der Nachwendegeneration genießt die Polizei, gefolgt von Gerichten und Justiz. Doch selbst in diese Institutionen, denen in einem Rechtsstaat eine herausragende Bedeutung zukommt, ist das Vertrauen keinesfalls uneingeschränkt. 36 Prozent der jungen Westdeutschen sowie 43 Prozent der jungen Ostdeutschen haben in die Justiz kein oder wenig Vertrauen.

Noch geringere Vertrauenswerte erreichen die öffentlichen-rechtlichen und privaten Rundfunksender. Ihnen misstrauen mehr junge Bürger*innen als ihnen vertrauen. Die Tiefen-

Geringe Selbstwirksamkeitsüberzeugung

interviews ließen erkennen, dass dieses Misstrauen nicht zwangsläufig eine pauschale Medienkritik ist oder auf Verschwörungstheorien fußt – man denke an „Lügenpresse“-Vorwürfe –, auch wenn dies durchaus vorkommt: „Die Regierung wird denen schon mal sagen, was die berichten sollen, damit die Leute nicht in Panik geraten.“ Häufiger aber wird einzel-

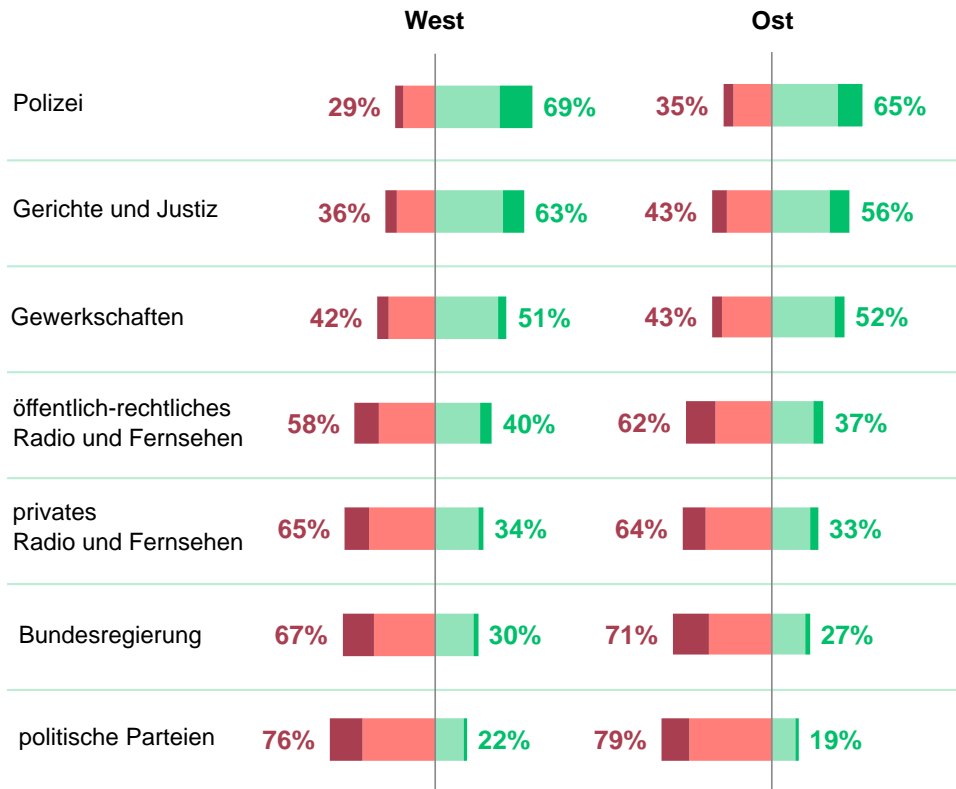
ne Berichterstattung als reißerisch, sensationsgierig oder übertrieben wahrgenommen. Themen würden selektiv dargestellt, künstlich dramatisiert und zum Teil zu einseitig beleuchtet: „Gerade das Thema mit den Flüchtlingen, gegen die wird intensiv gehetzt. Die Medien berichten einseitig, weil die bringen wollen, was das Volk hören möchte.“

Abbildung 21:

Institutionenvertrauen

Nun geht es um Ihr Vertrauen in verschiedene Einrichtungen und Organisationen. Wie stark vertrauen Sie den jeweils Folgenden?

■ überhaupt nicht ■ weniger stark ■ eher stark ■ sehr stark



Basis: Alle Wahlberechtigten zwischen 18 und 29 Jahren. Fehlende Werte: weiß nicht/keine Angabe.

Das Schlusslicht im Vertrauensranking bilden die Bundesregierung und die Parteien. Nur 30 Prozent der jungen west- und 27 Prozent der ostdeutschen Bürger*innen haben Vertrauen in die Bundesregierung, nur jeweils 3 Prozent auch „sehr starkes“ Vertrauen. Bei den Parteien sieht es noch schlechter aus. Nur jede*r fünfte Bürger*in der Nachwendegeneration in West wie Ost hat zu ihnen Vertrauen. Offe sichtlich ist das Verhältnis zwischen den Parteien und den jungen Bürger*innen in keinem guten Zustand. In den Tiefeninterviews äußerten gleich mehrere junge Bürger*innen einen massiven Vertrauensverlust: „Ich vertraue da niemandem mehr.“

5.1.5 Zufriedenheit mit dem demokratischen System

Festzuhalten bleibt, dass trotz geringem politischen Selbstvertrauen, recht weit verbreiteten Anzeichen von Politikverdrossenheit und nied-

rigem Institutionenvertrauen demokratische Überzeugungen in der Nachwendegeneration recht ausgeprägt sind. Dies darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass Befürwortung von Demokratie nicht immer auch mit Begeisterung für Demokratie bzw. dem Gefühl, dass das demokratische System gegenwärtig gut funktioniert, einhergeht. In den Tiefeninterviews war schon mal die Rede von Demokratie als „kleinerem Übel“: „Demokratie ist momentan das System, das am wenigsten Schaden verursacht, aber trotzdem nicht optimal ist.“ Diese Unzufriedenheit mit der bestehenden Demokratie, die hier zum Ausdruck kommt, mündet nicht gleich in eine Ablehnung demokratischer Prinzipien und der Befürwortung von autoritären Systemen. Aber aus demokratietheoretischer Sicht sollte diese Unzufriedenheit durchaus Anlass zur Sorge sein.

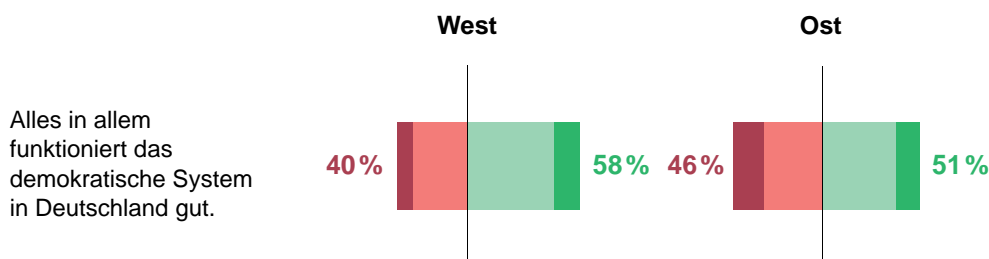
Nur 58 Prozent der jungen West- und 51 Prozent der jungen Ostdeutschen haben den Ein-

Abbildung 22:

Demokratiezufriedenheit

Wie stark stimmen Sie selbst diesen Aussagen zu?

- stimme überhaupt nicht zu
- stimme eher nicht zu
- stimme eher zu
- stimme voll und ganz zu



Basis: Alle Wahlberechtigten zwischen 18 und 29 Jahren. Fehlende Werte: weiß nicht/keine Angabe.

druck, dass die Demokratie in Deutschland gut funktioniert. Wenn man die bisherigen Ergebnisse berücksichtigt, überraschen diese Werte nicht unbedingt. Wie schon bei vorherigen untersuchten Einstellungen zeigen sich Unterschiede zwischen den jungen Bürger*innen in West- und Ostdeutschland. Zum einen ist die Zustimmung in Westdeutschland um insgesamt 7 Prozentpunkte höher. Zum anderen stimmen im Westen 12 Prozent der Aussage „voll und ganz“ zu, während dies im Osten nur 9 Prozent tun. Im Westen stimmen 8 Prozent „überhaupt nicht“ zu, im Osten sind es mit 13 Prozent nochmals mehr.

Wie lässt sich dieser West-Ost-Unterschied erklären? Wir haben bei den bislang betrachteten Einstellungen entlang verschiedener situativer und sozialisatorischer Faktoren Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland gesehen. Das lieferte erste Hinweise für mögliche Erklärungen von West-Ost-Unterschieden. Im Folgenden prüfen wir anhand multivariater Regressionsmodelle die angenommenen Sozialisations- und Situationseffekte unter Kontrolle soziodemographischer Merkmale, um präzisere Aussagen treffen zu können.² Wir schätzen ein Modell für die Nachwendegeneration insgesamt (Gesamtmodell) und für die Nachwendegeneration in West- und Ostdeutschland getrennt (West- bzw. Ostmodell).

Die Modelle zeigen, dass sich die West-Ost-Unterschiede in der Nachwendegeneration bei der Demokratiezufriedenheit

im Wesentlichen durch Unterschiede in Sozialisation und Situation erklären lassen. Kontrolliert man für die Sozialisations- und Situations-effekte, zeigt sich unter gleichen Bedingungen zwischen West- und Ostdeutschen kein Unterschied. Des Weiteren zeigt sich kein Unterschied zwischen Frauen und Männern sowie zwischen den Altersgruppen 18 bis 24 sowie 25 bis 29 Jahren. Von den soziodemografischen Kontrollvariablen zeigt nur Bildung einen signifikanten positiven Effekt auf die Demokratiezufriedenheit: Junge Bürger*innen mit (Fach-) Hochschulabschluss sind also unter sonst gleichen Bedingungen mit den Leistungen der Demokratie zufriedener als junge Bürger*innen ohne (Fach-)Hochschulabschluss. Diese Ergebnisse zeigen sich identisch im geschätzten West- und Ostmodell, sodass es hier also keinen substantiellen Unterschied zwischen West- und Ostdeutschen gibt.

Die Sozialisation zeigt einen Effekt auf die Demokratiezufriedenheit: Generell sind junge Bürger*innen, die ihre Eltern als Wendegewinner*innen sehen, mit dem Funktionieren der Demokratie im Schnitt zufriedener als junge Bürger*innen, die der Meinung sind, für die Eltern habe die Wiedervereinigung keinen Unterschied gemacht. Bürger*innen, die ihre Eltern als Wendeverlierer*innen sehen, sind mit dem Funktionieren der Demokratie durchschnittlich weniger zufrieden als Bürger*innen, die glauben, die Wiedervereinigung habe das Leben der Eltern nicht wirklich beeinflusst.

Faktoren der Demokratiezufriedenheit

² Die niedrigeren Fallzahlen der Modelle im Vergleich zum Sample sind durch fehlende Angaben in einzelnen Variablen begründet.

Tabelle 1:				
Situations- und Sozialisationseffekte auf die Demokratiezufriedenheit				
„Alles in allem funktioniert das demokratische System in Deutschland gut.“				
OLS-Regression		Gesamt	West	Ost
soziodemografische Kontrollvariablen				
Region (Dummy-Variablen)	Westdeutschland <i>Ref.: Ostdeutschland</i>	0		
Geschlecht (Dummy-Variablen)	Männer <i>Ref.: Frauen</i>	0	0	0
Alter (Dummy-Variablen)	25-29 Jahre <i>Ref.: 18-24 Jahre</i>	0	0	0
Bildung (Dummy-Variablen)	(Fach-)Hochschulreife <i>Ref.: keine (Fach-)Hochschulreife</i>	+++	++	+++
Sozialisation				
Folgen der Wiedervereinigung für Eltern (Dummy-Variablen)	Wendegewinner*innen	+	0	+++
	Wendeverlierer*innen <i>Ref.: „kein Unterschied“</i>	--	--	0
Wendenarrativ der Familie (Dummy-Variablen)	positives Narrativ	0	0	0
	negatives Narrativ <i>Ref.: kein Wendenarrativ</i>	0	0	0
Situation				
finanzieller Druck (4er-Skala)		--	--	0
Hektik und Stress (4er-Skala)		0	0	0
regionale Jobperspektive (4er-Skala)		0	0	++
wirtschaftliche Lage der Region (4er-Skala)		+++	+++	+++
eigene wirtschaftliche Lage (4er-Skala)		+++	+++	++
allgemeine statistische Angaben				
N		1.582	839	743
R ²		0,23	0,24	0,22
Dargestellt sind die geschätzten Regressionskoeffizienten mittels der Symbole +, - und 0. Dabei zeigt + einen positiven Effekt auf die zu erklärende Variable der Demokratiezufriedenheit und - einen negativen. Die Anzahl von + und - gibt das Signifikanzniveau des geschätzten Effektes an: +/- p<0,05; +/- p<0,01; +/- p<0,001. 0 zeigt an, dass kein signifikanter Effekt geschätzt wurde. Für die exakten geschätzten Regressionskoeffizienten verweisen wir auf Tabelle 5, Anhang.				

Betrachtet man dies getrennt nach West und Ost in den jeweiligen Modellen, zeigt sich im Westen nur der negative Effekt, wenn die Eltern als Wendeverlierer*innen gesehen werden, und im Osten nur der positive Effekt, wenn die Eltern als Wendegewinner*innen eingestuft werden. Ein positives oder negatives Wendennarrativ durch die Familie zeigt darüber hinaus keinen Effekt.

Neben den Sozialisationseffekten zeigt die Lebenssituation der Bürger*innen der Nachwendegeneration einen Effekt auf ihre Demokratiezufriedenheit. Vor allem im Westmodell wirkt es sich negativ auf die Demokratiezufriedenheit aus, wenn Bürger*innen sich finanziell unter Druck ausgesetzt fühlen. Positiv auf die Zufriedenheit wirkt sich im Westen wie im Osten aus, wenn junge Bürger*innen den Eindruck haben, dass die wirtschaftliche Lage ihrer Region oder ihre eigene wirtschaftliche Lage gut ist. Zudem sind im Osten junge Bürger*innen im Mittel mit der Demokratie zufriedener, wenn sie es als einfach empfinden, einen guten Job in ihrer Region zu finden.

Aus den geschätzten Regressionsmodellen lässt sich schlussfolgern, dass junge ostdeutsche Bürger*innen aufgrund unterschiedlicher Sozialisation und Situation mit der Demokratie tatsächlich seltener zufrieden sind als gleichaltrige Westdeutsche. Vergleicht man Modelle, die neben den soziodemografischen Faktoren nur Sozialisations- oder Situationsfaktoren berücksichtigen, zeigt sich darüber hinaus, dass vor allem die Situation die Unterschiede in der Demokratiezufriedenheit erklärt (vgl. Tabelle 4, Anhang). Da wir in vorherigen Kapiteln gese-

hen haben, dass die ostdeutsche Nachwendegeneration die wirtschaftliche Lage ihrer Region und ihre dortigen Jobperspektiven im Mittel schlechter einschätzen, erklärt dies auch ihre geringere Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie. Es handelt sich nicht um einen genuinen West-Ost-Unterschied. Die Modelle zeigen, dass sich zwei Bürger*innen aus West- und Ostdeutschland mit der gleichen Bildung in ihrer Demokratiezufriedenheit fast nicht unterscheiden, wenn sie ihre wirtschaftliche Situation und die ihrer Region identisch einschätzen. Man kann daraus schlussfolgern, dass die Zufriedenheit mit der bestehenden Demokratie vor allem auf ihrer Output-Legitimation basiert, also darauf, dass wahrgenommen wird, dass politische Prozesse und Entscheidungen einen positiven Einfluss auf das Allgemeinwohl haben.

5.2 Einstellungen zur Gesellschaft

Nachdem wir gezeigt haben, wie sich Situations- und Sozialisationsunterschiede zwischen jungen West- und Ostdeutschen auf ihre Einstellungen gegenüber politischer Partizipation und Demokratie auswirken, widmen wir uns in den folgenden Abschnitten ihren Einstellungen zur Gesellschaft. Wo zeigen sich Unterschiede und wo Gemeinsamkeiten? Wie lassen sich diese erklären?

Wir betrachten dazu zunächst die Eigen- und Fremdwahrnehmung der Nachwendegeneration und widmen uns dann zentralen gesellschaftlichen Herausforderungen: Klimawandel, Migration, soziale Gerechtigkeit und sozialer Zusammenhalt.

5.2.1 Eigen- und Fremdwahrnehmung

Zentraler Bestandteil der Sozialisation ist die Herausbildung eines Wertegerüsts und persönlicher Eigenschaften. Entsprechend der Situationstheorie werden diese auch von der jeweiligen Lebenssituation beeinflusst. Wir sehen uns zunächst an, wie die jungen Bürger*innen der

Nachwendegeneration sich selbst und die sie umgebende Gesellschaft im Vergleich wahrnehmen: Wir haben sie gefragt, welche Eigenschaften ihnen für ihr eigenes Leben wichtig sind und was sie glauben, wie wichtig diese Eigenschaften anderen Menschen in Deutschland sind.

Bei der Selbstbeschreibung zeigen sich nahezu keine Unterschiede zwischen West

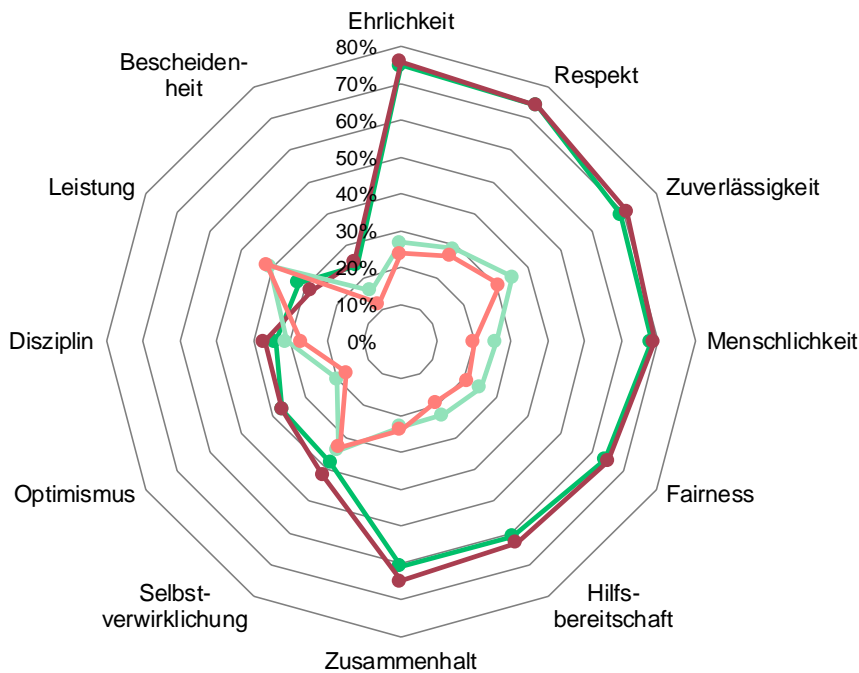
Abbildung 23:

Eigen- und Fremdwahrnehmung (West/Ost)

Wie wichtig sind Ihnen für Ihr eigenes Leben folgende Eigenschaften? Und was denken Sie, wie wichtig sind diese Eigenschaften den meisten anderen Menschen in Deutschland?

Dargestellte Werte: „sehr wichtig“

- West – für eigenes Leben
- Ost – für eigenes Leben
- West – für andere
- Ost – für andere

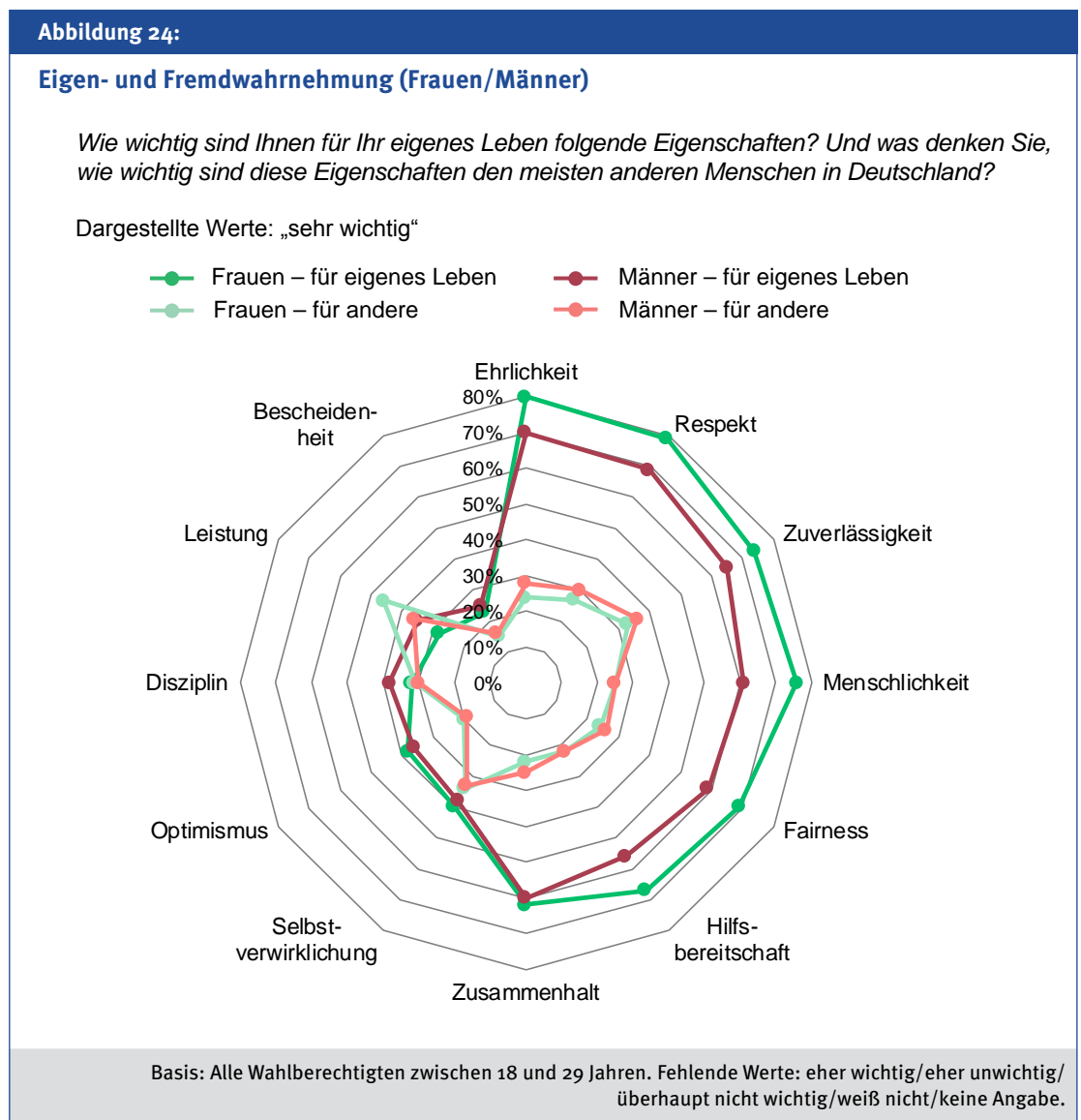


Basis: Alle Wahlberechtigten zwischen 18 und 29 Jahren. Fehlende Werte: eher wichtig/eher unwichtig/überhaupt nicht wichtig/weiß nicht/keine Angabe.

und Ost. Den jungen Ostdeutschen sind Zusammenhalt, Selbstverwirklichung und Disziplin marginal häufiger „sehr wichtig“, während gleichaltrigen Westdeutschen Leistung minimal öfter „sehr wichtig“ ist. Diese Unterschiede sind jedoch so gering, dass sie nicht überinterpretiert werden sollten. Insgesamt sind der Nachwendegeneration soziale Eigen-

schaften wie Respekt, Menschlichkeit, Fairness oder Hilfsbereitschaft deutlich wichtiger als Leistung und Disziplin.

Was auffällig ist, dass die Fremdwahrnehmung, also die Annahme, wie wichtig die Eigenschaften anderen Menschen in Deutschland sind, deutliche Diskrepanzen zur Eigenwahrnehmung aufweist. Sowohl die jungen west-



deutschen als auch die ostdeutschen Bürger*innen glauben, dass anderen die abgefragten Eigenschaften seltener „sehr wichtig“ sind – mit wenigen Ausnahmen: Bei Selbstverwirklichung und Disziplin decken sich Eigen- und Fremdwahrnehmung. Lediglich Leistung ist eine Eigenschaft, bei der die Nachwendegeneration annimmt, sie sei anderen wichtiger als ihnen selbst. Dies liefert eine mögliche Erklärung dafür, warum 75 Prozent der jungen West- und 70 Prozent der jungen Ostdeutschen, wie in der Betrachtung ihrer Lebenssituation deutlich wurde, angeben, dass Leben werde immer hektischer und manchmal wüssten sie nicht, wie man allen Anforderungen gerecht werden soll. Die Nachwendegeneration in West und Ost scheint geprägt von einem hohen Leistungsdruck.

Betrachtet man Eigen- und Fremdwahrnehmung nicht getrennt nach West und Ost, sondern nach Frauen und Männern, zeigen sich bemerkenswerte Unterschiede. Plausibel erklären lässt sich dies vermutlich mit geschlechterspezifischer Sozialisation entlang von Rollenbildern. Die sozialen Eigenschaften – Respekt, Menschlichkeit, Hilfsbereitschaft, etc. – sind Frauen der Nachwendegeneration für ihr eigenes Leben deutlich häufiger „sehr wichtig“ als Männern. Letzteren aber sind in der Eigenwahrnehmung Disziplin und Leistung wichtiger als Frauen.

So ist die Diskrepanz zwischen Eigen- und Fremdwahrnehmung bei den Frauen der Nachwendegeneration im Schnitt deutlich größer als bei den Männern. Es springt ins Auge, dass sich bei einer geschlechterspezifischen Betrachtung die Eigen- und Fremdwahrnehmung

hinsichtlich der Wichtigkeit von Leistung bei Männern gar nicht unterscheidet, bei Frauen jedoch umso deutlicher eine Diskrepanz hervorsteht. Der empfundene Leistungsdruck auf junge Frauen in West und Ost scheint deutlich größer. Dies deckt sich mit dem Befund, dass mit jeweils 79 Prozent deutlich mehr Frauen als Männer in West- und Ostdeutschland angeben, unter zum Teil überforderndem Stress und überfordernder Hektik zu leiden.

5.2.2 Gleichstellung von Frauen und Männern

Dass sich Frauen der Nachwendegeneration Leistungsdruck ausgesetzt fühlen, korrespondiert mit den Ergebnissen zur Frage nach der Gleichstellung von Frauen und Männern. Hier zeigen sich zum einen Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland, vor allem aber zwischen Frauen und Männern.

Eine deutliche Mehrheit der Nachwendegeneration von 69 Prozent in West- und von 62 Prozent in Ostdeutschland gibt an, die Gleichstellung von Frauen und Männern sei heutzutage weitgehend verwirklicht. 44 Prozent der jungen Ostdeutschen und 46 Prozent der Westdeutschen stimmen „eher“ zu, die Gleichstellung sei realisiert. Aber mit 23 Prozent in Westdeutschland und 18 Prozent in Ostdeutschland stimmen deutlich mehr junge Westdeutsche dem auch „voll und ganz“ zu.

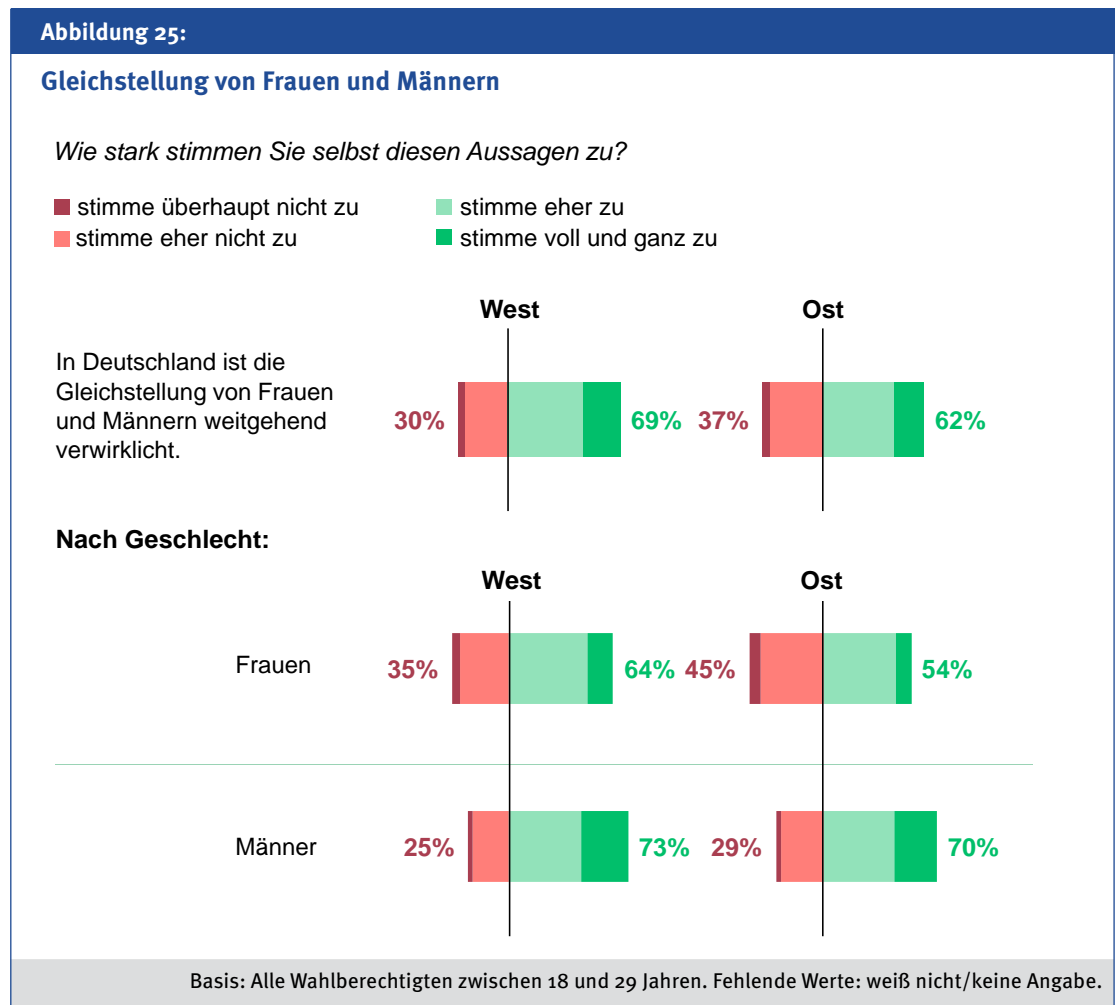
Gravierendere Unterschiede sind in beiden Landesteilen zu erkennen, wenn man einen Blick auf unterschiedliches Antwortverhalten von Frauen und Männern wirft. 73 Prozent der

Selbst- und Fremdwahrnehmung: Eine Frage von West- und Ost?

Gender Gap bei Wahrnehmung von Gleichstellung und Leistungsdruck

jungen westdeutschen Männer und mit 70 Prozent nur unmerklich weniger der jungen ostdeutschen Männer sehen Gleichstellung als weitgehend verwirklicht an. Unter den jungen westdeutschen Frauen sind nur 64 Prozent dieser Ansicht, unter den jungen ostdeutschen Frauen mit 54 Prozent nur knapp mehr als jede Zweite. Zudem stimmen Frauen der Aussage deutlich seltener „voll und ganz“ zu – in Westdeutschland sind es 16 Prozent und in Ostdeutschland gerade einmal 9 Prozent.

Wir haben bereits gesehen, dass Frauen sich einem stärkeren Leistungsdruck in der Gesellschaft ausgesetzt fühlen als Männer. Auf dieses Gender Gap kommen wir an dieser Stelle noch einmal zurück. Zudem ist es plausibel, dass Frauen aufgrund der eigenen Betroffenheit viel eher wahrnehmen, wann, wo und wie Gleichstellung nicht verwirklicht ist, ganz im Gegenteil zu Männern, die sich in vielen Gesellschaftsbereichen in einer privilegierteren Position befinden. Die Unterschiede zwischen



West und Ost insgesamt und zwischen Frauen in West und Ost im Speziellen lassen sich durch unterschiedliche Sozialisation erklären. Auch wenn die Gleichstellung in der ehemaligen DDR, wie Studien zeigen, keinesfalls vollständig verwirklicht war, so spielte die Emanzipation der Frau im gesellschaftlichen Meinungsbild eine prägnantere Rolle als in der alten BRD (Notz 2012: 37; Wippermann 2015: 107f.). Das Kinderbetreuungssystem der DDR war deutlich stärker ausgebaut und die Erwerbstätigenquote von Frauen signifikant höher als in der alten BRD. Die damit verknüpften unterschiedlichen Rollenbilder scheinen auch in der Nachwende-generation weiter zu wirken.

5.2.3 Klimawandel

Der Klimawandel gilt als eine der größten Herausforderungen unserer Zeit. Er bestimmt die politische und mediale Agenda der letz-

ten Jahre sehr deutlich. Es ist daher zwar nicht überraschend, dass eine Mehrheit der jungen Bürger*innen der Bekämpfung des Klimawandels eine hohe Priorität einräumt, festzustellen ist aber, dass das Stimmungsbild sehr deutlich ausfällt. Jeweils 79 Prozent der jungen West- und Ostdeutschen stimmen der Aussage zu, dass der Klimawandel stärker bekämpft werden muss, auch wenn es dem Wirtschaftswachstum schadet. 44 Prozent der West- und 40 Prozent der Ostdeutschen stimmen der Aussage dabei auch „voll und ganz“ zu. Nur jeweils 4 Prozent stimmen der Aussage „überhaupt nicht“ zu.

Die Einstellung gegenüber der Bekämpfung des Klimawandels zeigt sich keinesfalls als eine Frage von West und Ost. Nennenswerte Unterschiede zeigen sich im Wesentlichen entlang der Bildung. Je höher die Bildung, desto eher priorisieren die jungen Bürger*innen die Bekämpfung des Klimawandels auch

Klare Prioritäten beim Klimawandel

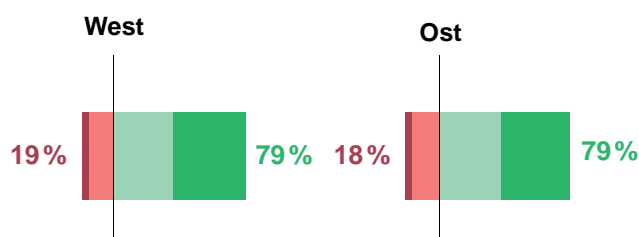
Abbildung 26:

Bekämpfung des Klimawandels

Wie stark stimmen Sie selbst diesen Aussagen zu?

- stimme überhaupt nicht zu
- stimme eher nicht zu
- stimme eher zu
- stimme voll und ganz zu

Der Klimawandel muss stärker bekämpft werden, auch wenn es dem Wirtschaftswachstum schadet.



Basis: Alle Wahlberechtigten zwischen 18 und 29 Jahren. Fehlende Werte: weiß nicht/keine Angabe.

auf Kosten des wirtschaftlichen Wachstums. Unter Bürger*innen mit (Fach-)Hochschulreife stimmen im Westen 85 Prozent und im Osten 86 Prozent der Aussage zu. Aber auch unter denjenigen mit Hauptschulabschluss finde die Aussage zur Klimawandelbekämpfung mit 63 Prozent im Westen und 66 Prozent im Osten eine klare Mehrheit.

5.2.4 Migration

Ein weiteres gesellschaftspolitisches Thema, das spätestens seit 2015 die Agenda dominiert und die Gesellschaft dabei stark polarisiert, ist die Migrationspolitik. Allerdings umfasst Migrationspolitik nicht nur die meist im Vordergrund stehende Geflüchteten- und Asylpolitik und sollte auch nicht darauf verengt werden. Zur Migrationspolitik gehört genauso die Frage nach einem Einwanderungsgesetz und der Fachkräftezuwanderung. Wir haben die jungen Bürger*innen daher gefragt, wie sie Einwanderung generell gegenüberstehen.

Bei der Frage, ob Deutschland Einwanderung als Chance für das Land begreifen sollte, zeigen sich die jungen Westdeutschen maximal polarisiert. 49 Prozent lehnen dies ab, während 48 Prozent dem zustimmen. Dabei ist die Ablehnung etwas gefestigter als die Zustimmung – 21 Prozent stimmen „überhaupt nicht“ zu, während 17 Prozent „voll und ganz“ zustimmen.

Vor allem unter jungen westdeutschen Bürger*innen, die ihre eigene wirtschaftliche Lage als schlecht empfinden, stimmen 59 Prozent nicht zu, genauso wie 72 Prozent derjenigen,

die die wirtschaftliche Lage ihrer Region als schlecht empfinden. Ebenso ist die Ablehnung unter den jungen Westdeutschen hoch, die sich im Vergleich zu ihren Eltern als Absteiger*in sehen. Die höchste Befürwortung, Einwanderung als Chance zu begreifen, finde sich unter jungen westdeutschen Bürger*innen mit (Fach-)Hochschulreife. Von ihnen stimmen 59 Prozent der Aussage zu.

Junge Ostdeutsche zeigen sich ebenfalls stark polarisiert, aber mit einer Tendenz in Richtung Ablehnung. 54 Prozent stimmen der Aussage, dass Einwanderung als Chance begriffen werden sollte, nicht zu, während auf der anderen Seite 43 Prozent zustimmen. Auch hier zeigt sich die Ablehnung gefestigter als die Zustimmung – 25 Prozent stimmen „überhaupt nicht“ zu, während 15 Prozent „voll und ganz“ zustimmen. Auch in Ostdeutschland begreifen vor allem die jungen Bürger*innen, die ihre eigene wirtschaftliche Situation als schlecht bewerten, Einwanderung mit 63 Prozent mehrheitlich nicht als Chance. Junge Ostdeutsche, die die wirtschaftliche Lage ihrer Region als schlecht bewerten, stimmen mit 66 Prozent ebenso deutlich mehrheitlich nicht zu. Noch deutlicher fällt die Ablehnung unter jungen Ostdeutschen, die sich selbst im Vergleich zu ihren Eltern als Absteiger*innen sehen, mit 71 Prozent aus, wie auch mit 67 Prozent unter denjenigen, die ihre Eltern als Wende-verlierer*innen sehen. Die Zustimmung, Einwanderung primär als Chance zu sehen, ist mit 57 Prozent im Osten, wie auch mit 59 Prozent im Westen am höchsten unter Bürger*innen mit (Fach-)Hochschulreife.

Tritt man gedanklich einen Schritt zurück, wird ersichtlich, dass mit Migrationspolitik auch grundsätzlichere Fragen verbunden sind. Sie werden nicht immer explizit verbalisiert, sind aber nichtsdestotrotz davon nicht zu trennen. Wie die Kartografie Studie von Faus et al. (2016: 60) zeigt, ist die Verortung auf der Dimension „Weltoffenheit vs. Tradition“ zu einer der gegenwärtigen Hauptkonfliktlinien in der Gesellschaft geworden. Gegenübergestellt ergeben sich zwei Pole: Sollte Deutschland ein

weltoffenes Land sein, in dem sich jede*r frei entfalten kann, egal wo er oder sie herkommt, an was er oder sie glaubt, wie er oder sie lebt? Oder sollte Deutschland sich wieder auf seine traditionellen Werte zurückbesinnen und aufpassen, dass die christlich-abendländische Kultur nicht verloren geht?

Anders als bei der Frage zur Einwanderung als Chance zeigt sich die Nachwendegeneration in West und Ost hier nicht ganz so klar polarisiert. Dies überrascht aber insofern

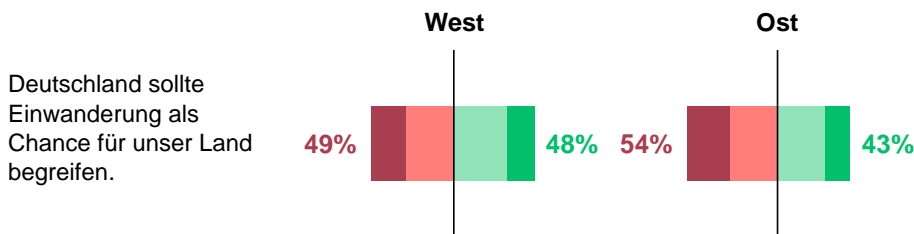
Weltoffenheit vs. Tradition – eine zentrale Konfliktlinie

Abbildung 27:

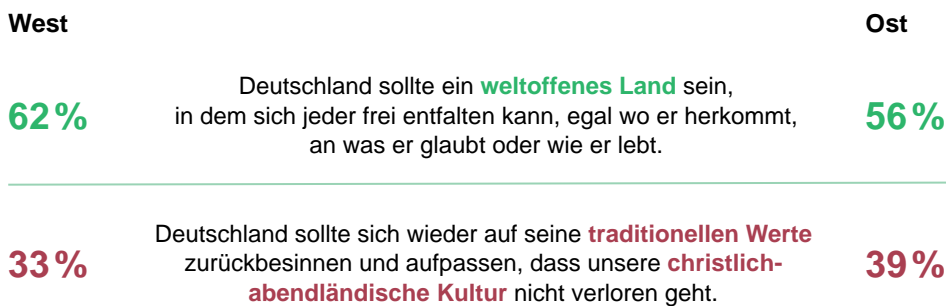
Einwanderung und Weltoffenheit vs. Tradition

Wie stark stimmen Sie selbst diesen Aussagen zu?

- stimme überhaupt nicht zu
- stimme eher nicht zu
- stimme eher zu
- stimme voll und ganz zu



Bitte geben Sie an, welcher Sichtweise Sie eher zustimmen:



Basis: Alle Wahlberechtigten zwischen 18 und 29 Jahren. Fehlende Werte: weiß nicht/keine Angabe.

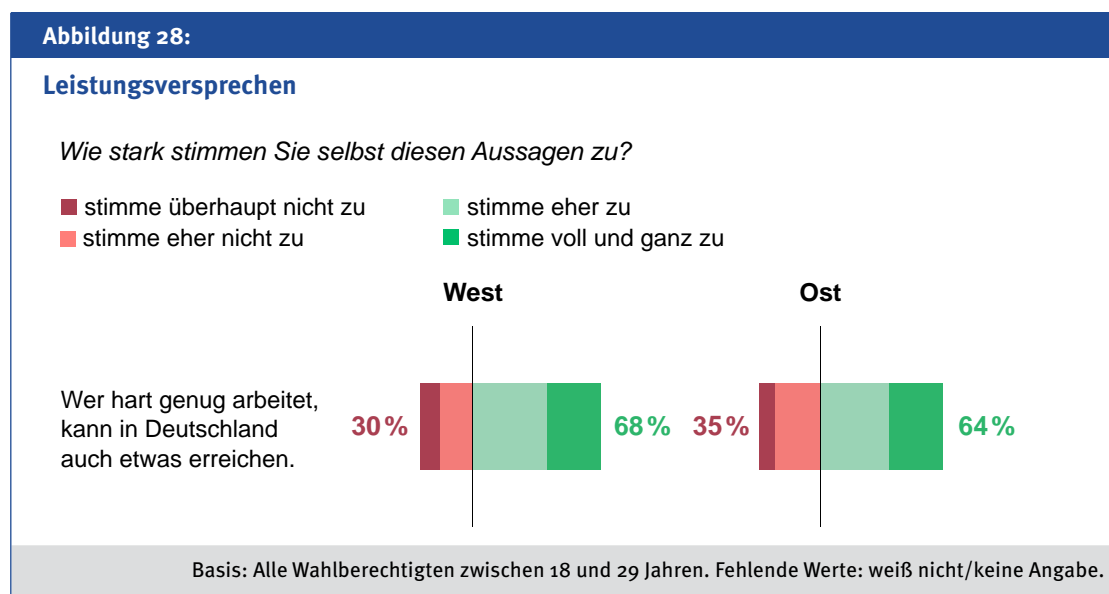
nicht, als dass bereits in den qualitativen Tiefeninterviews deutlich wurde, dass nicht jede*r, der oder die Einwanderung nicht primär als Chance sieht, auch eine auf Tradition gerichtete Wertausrichtung favorisiert. Sie stehen Einwanderung nicht uneingeschränkt positiv gegenüber, lehnen diese aber zugleich keinesfalls grundsätzlich ab. Zum Teil sehen sie es kritisch, Einwanderung in erster Linie als Chance zu begreifen, weil sie damit verbundene Probleme sehen, wollen aber dennoch in einer weltoffenen und modernen Gesellschaft leben.

So ziehen 62 Prozent der Westdeutschen und mit 56 Prozent auch eine Mehrheit der ostdeutschen Nachwendegeneration ein weltoffenes, tolerantes Land einer traditionellen Werten verpflichteten christlich-abendländischen Kultur vor. Letztere priorisieren 33 Prozent der West- und 39 Prozent der jungen Ostdeutschen. Dennoch verläuft die Trennlinie entlang eines ähnlichen Musters wie bei der Frage nach

Einwanderung als Chance: Die Zustimmung zu Weltoffenheit und Toleranz ist bei denen höher, die ihre eigene wirtschaftliche Situation und die ihrer Region als gut empfinden, die sich im Vergleich zu ihren Eltern nicht als Absteiger*innen empfinden und deren Eltern von der Wiedervereinigung profitiert haben – in Westgenauso wie in Ostdeutschland.

5.2.5 Leistungsversprechen und soziale Spaltung

Soziale Gerechtigkeit ist zentral für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Eng verbunden mit dem Gefühl, dass es in einem Land sozial gerecht zugeht, ist der intakte Glaube an das Leistungsversprechen: Wer hart genug arbeitet, kann auch etwas erreichen. Etwa zwei Drittel der Bürger*innen der Nachwendegeneration haben den Eindruck, dass dieses Versprechen eingelöst wird – in Westdeutschland mit



68 Prozent etwas häufiger als in Ostdeutschland mit 64 Prozent.

Während sich im Westen junge Männer und Frauen in ihrer Einschätzung dazu nicht unterscheiden, stimmen in Ostdeutschland 68 Prozent der jungen Männer, aber nur 60 Prozent der jungen Frauen zu. Wir haben bereits gesehen, dass ostdeutsche Frauen der Nachwendegeneration Gleichberechtigung überdurchschnittlich häufig nicht als verwirklicht ansehen, was diesen Befund erklären könnte: Denn Erfahrungen ungleicher Behandlungen belasten den Glauben an das Leistungsversprechen. So wird das Leistungsversprechen auch gerade von den jungen west- und ostdeutschen Bürger*innen in Frage gestellt, die ihre eigene wirtschaftliche Lage oder die ihrer Region als schlecht empfinden. Das gleiche gilt für Bürger*innen, die ihre Eltern als Wendeverlierer*innen oder sich selbst als Absteiger*in sehen. Sie erfahren subjektiv selbst oder nehmen in ihrer Umge-

bung wahr, dass Leistung nicht immer belohnt wird. So berichteten auch die Personen in den Tiefeninterviews von Erfahrungen oder Erlebnissen im persönlichen Umfeld, die sie dazu veranlassen, das Leistungsversprechen in Frage zu stellen: „Meine Großeltern haben beide ihren Job verloren. Mein Opa hat in einem Elektrowerk gearbeitet, das geschlossen wurde. Er wurde dann Platzwart auf einem Sportplatz, was ihn nicht erfüllt hat, da ihn Elektronik mehr interessiert hat. Aber das gab es nicht mehr.“

Die Mehrheit der jungen west- und ostdeutschen Bürger*innen hat zwar weiterhin den Eindruck, dass das Leistungsversprechen eingelöst wird. Dennoch ist die Befürwortung von Umverteilung, um sozialer Spaltung entgegenzuwirken, ausgesprochen hoch. Zwei Drittel der jungen Westdeutschen und fast drei Viertel der jungen Ostdeutschen stimmen der Aussage zu, hohe Einkommen und Vermögen sollten stärker besteuert werden, damit die Schere

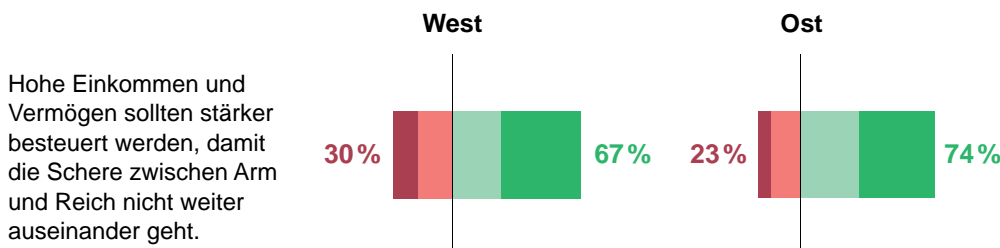
Schere zwischen Arm und Reich darf nicht zu weit auseinander gehen

Abbildung 29:

Soziale Spaltung

Wie stark stimmen Sie selbst diesen Aussagen zu?

- stimme überhaupt nicht zu
- stimme eher nicht zu
- stimme eher zu
- stimme voll und ganz zu



Basis: Alle Wahlberechtigten zwischen 18 und 29 Jahren. Fehlende Werte: weiß nicht/keine Angabe.

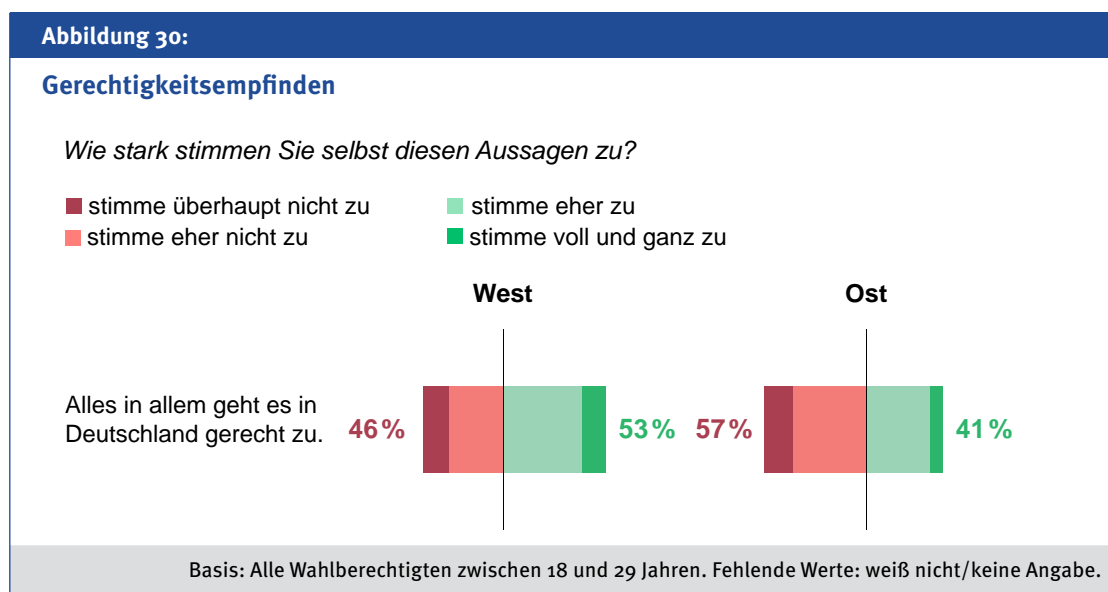
zwischen Arm und Reich nicht weiter auseinander geht. Bereits in den Tiefeninterviews deutete sich an, dass das Ungerechtigkeitsgefühl unter jungen Ostdeutschen ausgeprägter ist als unter westdeutschen Bürger*innen der Nachwendegeneration. Schaut man sich die ökonomische Situation an, ist dies wenig verwunderlich, denn hinsichtlich der Verteilung von Einkommen und Vermögen zeigt sich Deutschland auch fast drei Jahrzehnte nach der Wiedervereinigung stark gespalten (Hans-Böckler-Stiftung 2018: 1). Die soziale Ungleichheit hat für junge Ostdeutsche eine stärkere Präsenz.

Interessanterweise befürworten in Westdeutschland mit 69 Prozent gerade junge Bürger*innen, die ihre wirtschaftliche Situation als gut einschätzen, und mit 70 Prozent junge Bürger*innen, die die wirtschaftliche Lage ihrer Region als gut bewerten, überdurchschnittlich oft steuerliche Maßnahmen

zur Umverteilung. Unter ostdeutschen Bürger*innen der Nachwendegeneration zeigt sich dieser Zusammenhang weniger stark. Jedoch unterstützen hier mit 79 Prozent vor allem Kinder von Wendeverlierer*innen steuerliche Umverteilung, um sozialer Spaltung entgegenzuwirken.

5.2.6 Gerechtigkeitsempfinden

Wie steht es nun um das Gerechtigkeitsempfinden der Nachwendegeneration? Wir haben gesehen, dass Eigen- und Fremdwahrnehmung auseinanderklaffen, dass vor allem Frauen recht häufig Gleichstellung nicht als realisiert wahrnehmen, dass zum Teil dem Leistungsversprechen nicht geglaubt wird und die Nachwendegeneration durchaus steuerliche Umverteilung befürwortet. Geht es, in den Augen der Nachwendegeneration, in Deutschland nun „alles in allem“ eigentlich gerecht zu?



Bereits während der qualitativen Tiefeninterviews gab es erste Hinweise darauf, dass das Ungerechtigkeitsempfinden im Osten stärker ausgeprägt ist, insbesondere wenn sich Ostdeutsche mit Westdeutschen vergleichen: Geringere Löhne, weniger Arbeitsplätze und Brüche in den Erwerbsbiografien der Eltern sind nur einige der angeführten Beispiele. Die Ergebnisse der quantitativen Befragung bestätigen die West-Ost-Diskrepanz beim Gerechtigkeitsempfinden. Eine knappe Mehrheit der jungen Westdeutschen von 53 Prozent stimmt der Aussage zu, dass es alles in allem in Deutschland gerecht zu geht, aber nur 41 Prozent der jungen Ostdeutschen. Mit 57 Prozent stimmt die Mehrheit der jungen Ostdeutschen dieser Aussage nicht zu. Die Differenz bei der Zustimmung von 12 Prozentpunkten erscheint noch größer, wenn betrachtet wird, wie viele Bürger*innen auch „voll und ganz“ zustimmen, nämlich 10 Prozent der Westdeutschen und lediglich 6 Prozent der Ostdeutschen.

Analog zu der Frage, ob die Demokratie alles in allem in Deutschland funktioniert, schätzen wir im Folgenden Regressionsmodelle.³ So kann überprüft werden, ob sich diese West-Ost-Diskrepanz beim Gerechtigkeitsempfinden durch Unterschiede in Situation und Sozialisation erklären lässt.

Wie schon bei der Demokratiezufriedenheit zeigt sich auch beim Gerechtigkeitsempfinden, dass sich der West-Ost-Unterschied mit Sozialisation und – vor allem – Situation

erklären lässt. Unter sonst gleichen Bedingungen bezüglich der im Modell aufgenommenen Erklärungsfaktoren gibt es zwischen jungen West- und Ostdeutschen keinen Unterschied. Der geschätzte West-Ost-Koeffizient zeigt keinen signifikanten Effekt an. Das Gleiche gilt für Geschlechts- und Alterseffekte. Bildung zeigt sich beim Gerechtigkeitsempfinden nur in Ostdeutschland als signifikanter Einflussfaktor. Unter sonst gleichen Bedingungen haben ostdeutsche Bürger*innen mit (Fach-)Hochschulreife im Schnitt eher das Gefühl, alles in allem gehe es in Deutschland gerecht zu, als ostdeutsche Bürger*innen ohne (Fach-)Hochschulreife.

Hinsichtlich der Sozialisation zeigt das geschätzte Modell signifikante Effekte, je nachdem ob die Eltern als Wendeverlierer*innen oder -gewinner*innen gesehen werden. Ähnlich wie bei der Demokratiezufriedenheit wirkt es sich bei jungen westdeutschen Bürger*innen im Schnitt negativer auf das Gerechtigkeitsempfinden aus, wenn die Eltern als Wendeverlierer*innen gesehen werden, als wenn es für die Eltern keinen Unterschied gemacht habe. Bei jungen ostdeutschen Bürger*innen zeigen sich unter gleichen Bedingungen keine Unterschiede zwischen Bürger*innen, die ihre Eltern als Wendeverlierer*innen sehen und Bürger*innen, die glauben, die Wende habe für die Eltern keinen Unterschied gemacht. Aber ostdeutsche Bürger*innen, die ihre Eltern als Wendegewinner*innen sehen, haben im Vergleich häufiger das Gefühl, dass es in Deutsch-

*Faktoren des
Gerechtigkeitsempfinden*

3 Die niedrigeren Fallzahlen der Modelle im Vergleich zum Sample sind durch fehlende Angaben in einzelnen Variablen begründet.

land gerecht zu geht. Das heißt, im Schnitt macht es einen Unterschied für das Gerechtigkeitsempfinden der jüngeren Bürger*innen, wie Folgen der Wiedervereinigung für die Eltern wahrgenommen werden.

Das Wendenarrativ zeigt in West- und Ostdeutschland im Wesentlichen keinen Effekt – mit einer Ausnahme. Im für Ostdeutschland geschätzten Modell zeigt sich, dass Bürger*innen mit einem positiven Wendenarrativ die Verhältnisse seltener als gerecht ansehen als Bürger*innen, in deren Familien „eher nicht“ oder „überhaupt nicht“ über die Wiedervereinigung und ihre Folgen gesprochen wurde. Wie lässt sich dies erklären? Dieser negative Effekt ist nicht so überraschend, wie er auf den ersten Blick scheint. So haben wir bereits gesehen, dass ostdeutsche Bürger*innen mit negativem, aber auch mit positivem Wendenarrativ häufiger zustimmen, dass die Menschen in Ostdeutschland nach der Wiedervereinigung oft unfair behandelt worden sind. Junge ostdeutsche Bürger*innen, in deren Familien nicht über die Wiedervereinigung und ihre Folgen gesprochen worden ist, wissen in der Regel weniger über negative Folgen der Wiedervereinigung, die sich auf das Gerechtigkeitsempfinden auswirken könnten. Im Vergleich zu ihnen weist der Koeffizient bei Bürger*innen mit einem negativen Wendenarrativ zwar nicht auf signifikanten Unterschied hin, trotz fehlender Signifikanz weist der Koeffizient mit einem negativen Vorzeichen aber dennoch darauf hin, dass sich – zumindest in unserer Stichprobe – auch ein negatives Wendenarrativ negativ auf das Gerechtigkeitsempfinden auswirkt. Die

fehlende Signifikanz könnte mit der relativ geringen Fallzahl derer mit einem negativen Wendenarrativ zusammenhängen. Bei jungen ostdeutschen Bürger*innen, die ein positives Wendenarrativ verinnerlicht haben, ist die Fallzahl deutlich größer. Hier ist der Koeffizient nicht nur negativ, sondern auch signifikant. Variiert man die Referenzkategorie im Regressionsmodell, zeigt sich, dass Bürger*innen mit positivem und negativem Wendenarrativ sich ebenfalls nicht signifikant voneinander unterscheiden. Daher ist plausibel anzunehmen, dass sich nicht das positive Wendenarrativ im speziellen negativ auswirkt, sondern ein Wendenarrativ generell, egal ob positiv oder negativ. Selbst wenn die Wendeerzählung der Eltern eher positiv ist, kann man annehmen, dass in den Familien der jungen ostdeutschen Bürger*innen auch Ungerechtigkeiten bei den Folgen der Wiedervereinigung eher thematisiert wurden, als wenn nicht über die Wiedervereinigung gesprochen wurde.

Neben der Sozialisation zeigt in den Modellen auch die Situation einen Einfluss auf das Gerechtigkeitsempfinden. In Westdeutschland wirkt sich das Empfinden finanziellen Drucks negativ aus, während sich ein positiver Effekt auf das Gerechtigkeitsempfinden zeigt, wenn die wirtschaftliche Lage der Region oder die eigene wirtschaftliche Lage als gut empfunden wird. In Ostdeutschland wirkt es sich ebenfalls positiv aus, wenn die regionale wirtschaftliche Situation als gut empfunden wird. Die eigene wirtschaftliche Lage zeigt hier keinen Effekt, aber die eigenen Perspektiven, in der Region einen guten Job zu finden

Tabelle 2:				
Situations- und Sozialisationseffekte auf das Gerechtigkeitsempfinden				
„Alles in allem geht es in Deutschland gerecht zu.“				
OLS-Regression		Gesamt	West	Ost
soziodemografische Kontrollvariablen				
Region (Dummy-Variablen)	Westdeutschland <i>Ref.: Ostdeutschland</i>	0		
Geschlecht (Dummy-Variablen)	Männer <i>Ref.: Frauen</i>	0	0	0
Alter (Dummy-Variablen)	25-29 Jahre <i>Ref.: 18-24 Jahre</i>	0	0	0
Bildung (Dummy-Variablen)	(Fach-)Hochschulreife <i>Ref.: keine (Fach-)Hochschulreife</i>	0	0	+++
Sozialisation				
Folgen der Wiedervereinigung für Eltern (Dummy-Variablen)	Wendegewinner*innen	+	0	+++
	Wendeverlierer*innen <i>Ref.: „kein Unterschied“</i>	--	-	0
Wendenarrativ der Familie (Dummy-Variablen)	positives Narrativ	0	0	---
	negatives Narrativ <i>Ref.: kein Wendenarrativ</i>	0	0	0
Situation				
finanzieller Druck (4er-Skala)		--	--	0
Hektik und Stress (4er-Skala)		0	0	0
regionale Jobperspektive (4er-Skala)		+	0	+++
wirtschaftliche Lage der Region (4er-Skala)		+++	+++	+++
eigene wirtschaftliche Lage (4er-Skala)		++	+	0
allgemeine statistische Angaben				
N		1.588	841	747
R ²		0,23	0,23	0,28
Dargestellt sind die geschätzten Regressionskoeffizienten mittels der Symbole +, - und 0. Dabei zeigt + einen positiven Effekt auf die zu erklärende Variable der Demokratiezufriedenheit und - einen negativen. Die Anzahl von + und - gibt das Signifikanzniveau des geschätzten Effektes an: +/- p<0,05; +/- p<0,01; +++/--- p<0,001. 0 zeigt an, dass kein signifikanter Effekt geschätzt wurde. Für die exakten geschätzten Regressionskoeffizienten verweisen wir auf Tabelle 5, Anhang.				

Vergleicht man erneut Modelle, die neben soziodemografischen Faktoren nur Sozialisations- oder Situationseffekte berücksichtigen, zeigt sich, dass das Gerechtigkeitsempfinden vor allem durch die Situation beeinflusst wird (Tabelle 6, Anhang). Ein Vergleich der Koeffizienten zeigt darüber hinaus, dass am maßgeblichsten die Einschätzung der regionalen wirtschaftlichen Lage einen Einfluss auf das Gerechtigkeitsempfinden hat – mehr noch als die eigene wirtschaftliche Lage. Ob junge Bürger*innen die Verhältnisse in Deutschland als gerecht empfinden, hängt also nicht nur

mit der eigenen Situation zusammen. Für ein intaktes Gerechtigkeitsempfinden ist ebenso von Bedeutung, dass es dem Umfeld gut geht.

Zusammenfassend bedeutet dies, dass die West-Ost-Unterschiede im Gerechtigkeitsempfinden der Nachwuchsgeneration sich durch Sozialisation, aber vor allem durch die Situation erklären lassen. Wenn junge Bürger*innen in West- und Ostdeutschland ihre Chancen und ihre Region wirtschaftlich ähnlich einschätzen, zeigen sie unter sonst gleichen Bedingungen keine substanziellen Unterschiede im Gerechtigkeitsempfinden

Exkurs I: Wie blickt die Nachwendegeneration auf die Europäische Union?

Im Mai diesen Jahres finde in Deutschland die neunte Direktwahl zum Europäischen Parlament statt, mehr oder weniger zeitgleich zu allen anderen Mitgliedsstaaten der EU. Die Bürger*innen bestimmen, welche 96 Kandidat*innen sie als ihre Interessensvertreter*innen in diese weltweit einzige direkt gewählte supranationale Institution entsenden, die in den letzten Jahren zunehmend an Bedeutung gewonnen hat. Aus diesem Anlass wollen wir unseren Blick darauf richten: Wie steht die Nachwendegeneration dem Projekt der Europäischen Union gegenüber? Was bedeutet die europäische Idee für sie? Zeigen sich Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschen? Bisherige Forschung hat gezeigt, dass Ostdeutsche insgesamt etwas europaskeptischer sind

als Westdeutsche (Belok/Faus 2017: 9). Für die Nachwendegeneration, so viel kann festgehalten werden, erweisen sich die West-Ost-Unterschiede als eher marginal.

In erster Linie sehen die jungen Bürger*innen die EU als ein Friedensprojekt an. 86 Prozent der westdeutschen und 83 Prozent der ostdeutschen Nachwendegeneration stimmen der Aussage zu, dass die EU für dauerhaften Frieden und Stabilität in Europa bedeutsam ist. In Westdeutschland stimmen 49 Prozent und in Ostdeutschland 42 Prozent der Aussage auch „voll und ganz“ zu und zeigen damit ein sehr gefestigtes Meinungsbild. Damit ist die Zustimmung in Westdeutschland etwas stärker, aber von Europaskepsis unter Ostdeutschen kann an dieser Stelle keine Rede sein.

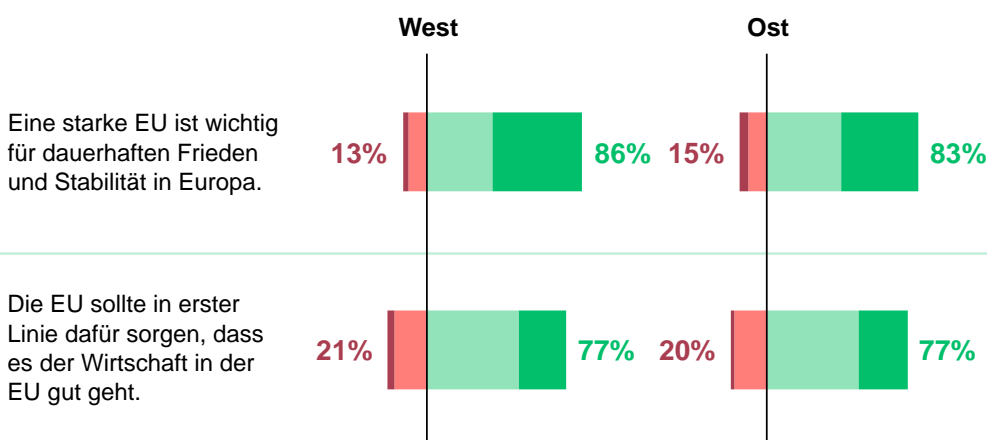
Wahrnehmung der Europäischen Union

Abbildung 31:

EU als Friedens- oder Wirtschaftsunion

Wie stark stimmen Sie selbst diesen Aussagen zu?

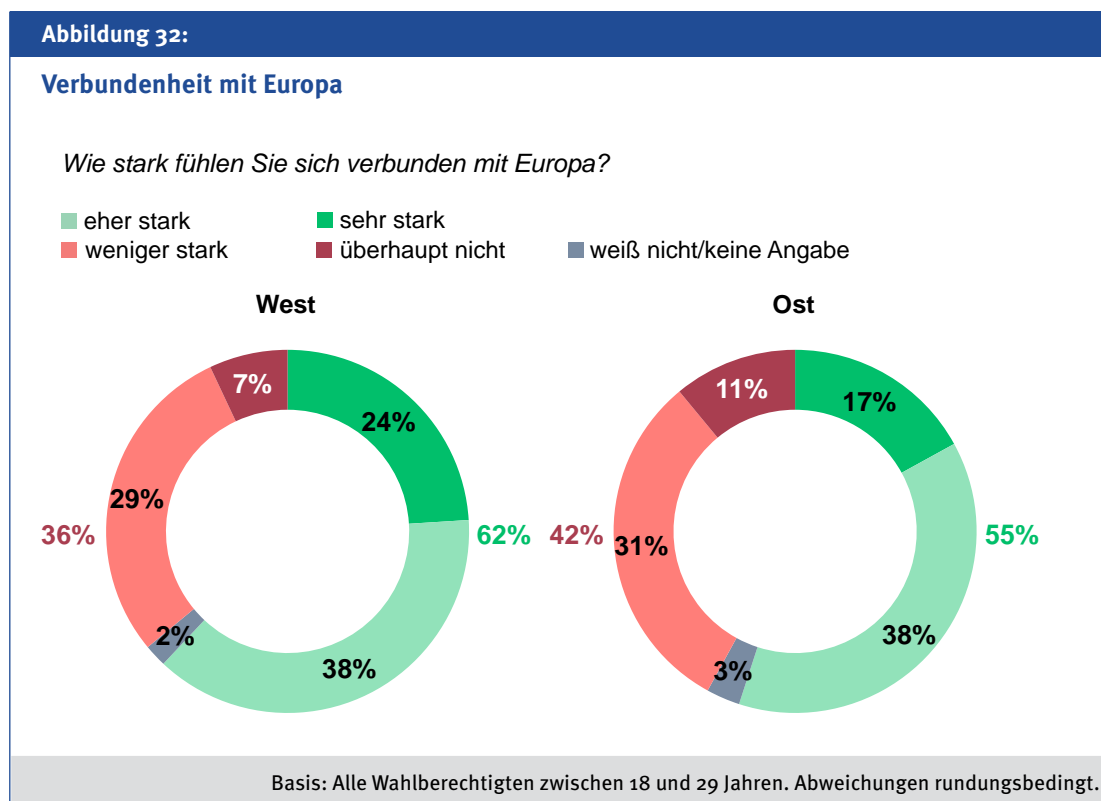
- stimme überhaupt nicht zu
- stimme eher nicht zu
- stimme eher zu
- stimme voll und ganz zu



Basis: Alle Wahlberechtigten zwischen 18 und 29 Jahren. Fehlende Werte: weiß nicht/keine Angabe.

Für die meisten ist die EU nicht nur ein Friedensprojekt. Jeweils 77 Prozent der jungen West- und Ostdeutschen sehen sie auch klar als Wirtschaftsprojekt. Sie stimmen der Aussage zu, dass die EU in erster Linie dafür sorgen sollte, dass es der Wirtschaft in der EU gut geht. 26 Prozent der west- und 27 Prozent der ostdeutschen Nachwuchsgeneration stimmen der Aussage „voll und ganz“ zu. Sehen die höher gebildeten jungen Bürger*innen die EU häufiger als niedriger gebildete als ideales Friedensprojekt, ist es in diesem Fall umgekehrt. Junge Bürger*innen, die nicht über (Fach-) Hochschulreife verfügen, haben öfter eine eher rational nutzenorientierte Auffassung von der EU als Wirtschaftsprojekt.

Es stellt sich nicht nur die Frage, als was die EU von den jungen Bürger*innen gesehen wird, sondern genauso, wie sehr diese sich selbst mit der europäischen Idee und dem europäischen Projekt identifizieren können. Die Verbundenheit mit Europa ist deutlich geringer als die Zustimmung, dass die EU ein wichtiges Friedens- oder Wirtschaftsprojekt ist. Setzt man die Verbundenheit mit Europa darüber hinaus in Relation, fällt unmittelbar ins Auge, dass die Verbundenheit mit Deutschland oder der eigenen Region ausgeprägter ist. Bereits in den Tiefeninterviews äußerten die Befragten das Öfteren eine Priorisierung: „In meinem Pass steht deutsch. Als Europäer würde ich mich auch einordnen, aber eher als



Deutschen.“ Dennoch fühlt sich die Mehrheit der Nachwendegeneration auch mit Europa verbunden. 38 Prozent der West- und Ostdeutschen empfinden eine „eher starke“ Verbundenheit. Mit 24 Prozent fühlt sich fast jede*r vierte Westdeutsche sogar „sehr stark“ mit Europa verbunden. Dies ist unter Ostdeutschen seltener der Fall. Mit 17 Prozent äußert weniger als jede*r Vierte eine „sehr starke“ Verbundenheit. Wenig überraschend zeigen sich höher Gebildete, die die EU auch häufiger als Friedensprojekt sehen, mit Europa stärker verbunden als geringer Gebildete.

Was bedeutet das für die Bewertung der EU? Bringt die Mitgliedschaft Deutschland mehr Vor- als Nachteile? Dem stimmen jeweils

etwa zwei Drittel der jungen West- und Ostdeutschen zu – mit 70 Prozent ist die Zustimmung dabei im Westen jedoch etwas höher als mit 65 Prozent im Osten. Zudem stimmen 29 Prozent der jungen Westdeutschen, aber nur 23 Prozent der jungen Ostdeutschen der Aussage „voll und ganz“ zu. Auf der anderen Seite ist aber immerhin circa jede*r Vierte west- und ostdeutsche Bürger*in der Nachwendegeneration nicht der Ansicht, dass die Vorteile die Nachteile der deutschen EU-Mitgliedschaft überwiegen.

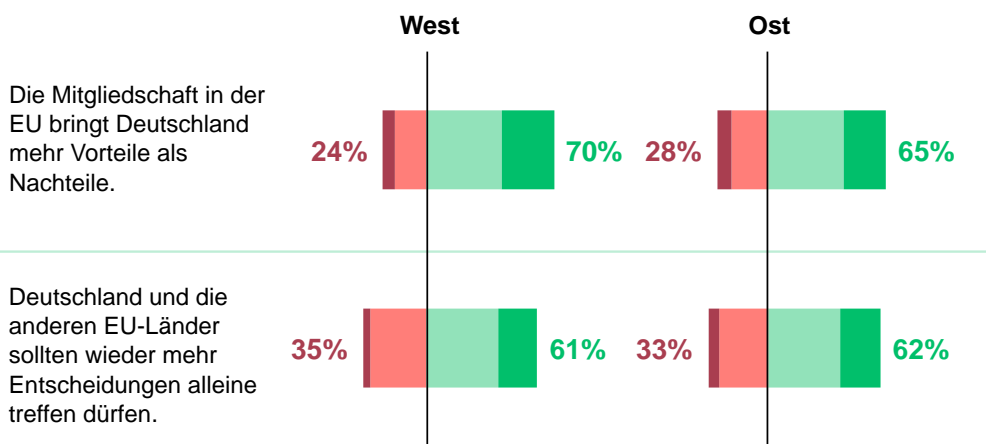
Die große Zustimmung sollte nicht darüber hinwegtäuschen, dass es unter jungen Bürger*innen keine weit verbreitete Europa-euphorie gibt, auch wenn diese in einzelnen

Abbildung 33:

Bewertung der EU

Wie stark stimmen Sie selbst diesen Aussagen zu?

- stimme überhaupt nicht zu
- stimme eher nicht zu
- stimme eher zu
- stimme voll und ganz zu



Basis: Alle Wahlberechtigten zwischen 18 und 29 Jahren. Fehlende Werte: weiß nicht/keine Angabe.

gesellschaftlichen Gruppen junger Bürger*innen zu finden ist. Die Tiefeninterviews haben gezeigt, dass Bürger*innen proeuropäisch sein können und eher Vor- als Nachteile sehen, aber dies nicht zwangsläufig mit Begeisterung für Europa verbunden ist. Diese Begeisterung kann aber erzeugt werden. Denn häufig fehlt es einfach an tiefergehendem Verständnis für Strukturen, Aufgaben und Funktionsweisen der Europäischen Union. Bürger*innen haben den Eindruck: „Europa, das ist mir zu abstrakt.“

Wenn man dies im Hinterkopf behält, verwundern ambivalente Einstellungen, die sich in der Nachwendegeneration gegenüber der EU zeigen, weniger: Denn obwohl die Nachwendegeneration sich mehrheitlich proeuropäisch zeigt und die Vorteile gegenüber den Nach-

teilen als überwiegend betrachtet, stimmen zugleich knapp über 60 Prozent in West und Ost der Aussage zu, dass Deutschland und die anderen EU-Ländern wieder mehr Entscheidungen alleine treffen dürfen sollten. Die Erkenntnisse der Tiefeninterviews mit einbeziehend spricht aber vieles dafür, dass den meisten jungen Bürger*innen nicht vollumfänglich klar ist, welche Entscheidungen auf europäischer Ebene überhaupt getroffen werden. Durch Anekdoten ist das Klischee einer „nur die Krümmung von Gurken“-regulierenden EU recht weit verbreitet. Die anstehende Wahl zum Europäischen Parlament bietet sich an, politische Bildung zur Europäischen Union voranzutreiben. Die grundsätzlich pro-europäischen Einstellungen der jungen Nachwendegeneration sind dafür ein guter Anknüpfungspunkt.

Exkurs II: Einstellungen der Nachwendegeneration nach Parteipräferenz – ein Muster?

Im September und Oktober diesen Jahres stehen mit den Wahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen gleich drei Landtagswahlen in Ostdeutschland an. Wir nehmen diese anstehenden Landtagswahlen zum Anlass, nochmals einen Blick speziell auf die Wähler*innen der Nachwendegeneration in West- und Ostdeutschland zu werfen. Die Nachwendegeneration ist keine homogene Gruppe von Menschen und so gibt es nach wie vor auch in dieser Generation West-Ost-Unterschiede. Welche Einstellungsunterschiede zeigen sich darüber hinaus entlang von Parteipräferenzen? Lassen sich typische Muster erkennen?

Und zeigen sich diese Muster in West- und Ostdeutschland gleichermaßen? Dazu werfen wir ein Schlaglicht auf zentrale Einstellungen der jungen Bürger*innen gegenüber Demokratie, Politik und Gesellschaft.

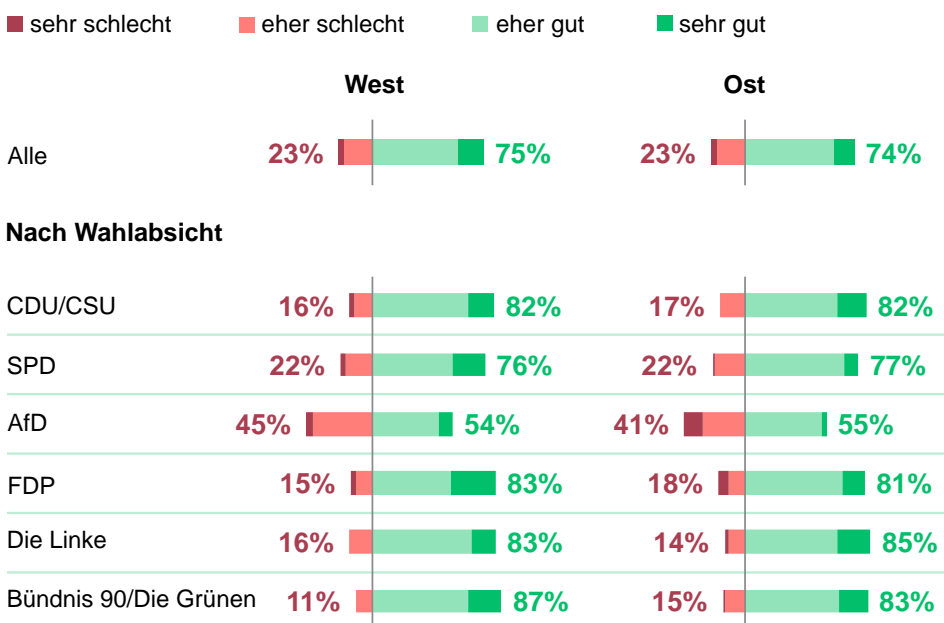
Die überwiegende Mehrheit der jungen Bürger*innen in West- und Ostdeutschland beurteilt die wirtschaftliche Lage derzeit als „eher gut“ oder sogar „sehr gut“. Auffällig ist, dass insbesondere westdeutsche FDP-Wähler*innen mit 30 Prozent die Lage überdurchschnittlich häufig als „sehr gut“ empfinden. Insgesamt aber zeigt sich unter den jungen Wähler*innen aller Parteien ein eindeutig

*Wirtschaft und
Gerechtigkeit*

Abbildung 34:

Einschätzungen zur wirtschaftlichen Lage nach Parteipräferenz

Wie beurteilen Sie ganz allgemein die aktuelle wirtschaftliche Lage in Deutschland?



Basis: Alle Wahlberechtigten zwischen 18 und 29 Jahren. Fehlende Werte: weiß nicht/keine Angabe.
Vorsicht: Geringe Fallzahl bei Wähler*innen einzelner Parteien.

positives Stimmungsbild – mit Ausnahme der AfD-Wähler*innen. Diese zeigen sich in West- und Ostdeutschland als einzige stark polarisiert: 45 Prozent der jungen westdeutschen und 41 Prozent der jungen ostdeutschen AfD-Wähler*innen empfinden die ökonomische Situation Deutschlands als schlecht. Mit 12 Prozent gibt in Ostdeutschland mehr als jede*r zehnte dieser AfD-Wähler*innen sogar an, dass die Situation „sehr schlecht“ sei. Zwar empfinden jeweils knapp über die Hälfte der jungen west- und ostdeutschen AfD-Wähler*innen die wirtschaftliche Lage zugleich als gut, aber fast niemand als „sehr gut“. Und im

Vergleich zu den jungen Wähler*innen anderer Parteien sind auch knapp über 50 Prozent ein bemerkenswert geringer Wert.

Die überwiegende Mehrheit der Nachwende-generation sagt also, dass Deutschland wirtschaftlich gut dasteht. Aber geht es in Deutschland auch gerecht zu? Hier zeigen sich doch deutliche Unterschiede zwischen den jungen Wähler*innen der Parteien. Die jeweils höchste Zustimmung zur Aussage, dass es in Deutschland „alles in allem“ gerecht zugeht, finde sich unter Wähler*innen der CDU/CSU: 67 Prozent der jungen Westdeutschen und 64 Prozent der jungen Ostdeutschen CDU/CSU-Wähler*innen

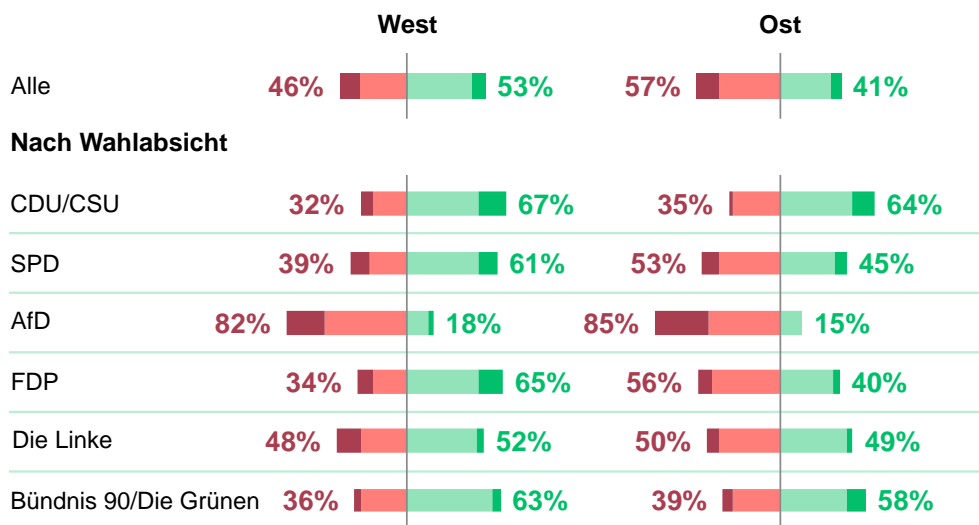
Abbildung 35:

Gerchtigkeitsempfinden nach Parteipräferenz

Wie stark stimmen Sie selbst diesen Aussagen zu?

„Alles in allem geht es in Deutschland gerecht zu.“

- stimme überhaupt nicht zu
- stimme eher zu
- stimme eher nicht zu
- stimme voll und ganz zu



Basis: Alle Wahlberechtigten zwischen 18 und 29 Jahren. Fehlende Werte: weiß nicht/keine Angabe.
Vorsicht: Geringe Fallzahl bei Wähler*innen einzelner Parteien.

äußern Zustimmung. In Westdeutschland empfinden aber auch knapp zwei Drittel der Wähler*innen von SPD, FDP und Grünen die Verhältnisse als gerecht. Unter westdeutschen Wähler*innen der Linken ist es noch jede*r Zweite.

In Ostdeutschland hingegen stimmt neben den jungen CDU/CSU-Wähler*innen nur unter jungen Grünen-Wähler*innen eine Mehrheit von 58 Prozent zu, dass es in Deutschland gerecht zugeht. Unter den Wähler*innen der anderen Parteien stimmt jeweils eine, wenn auch zum Teil knappe, Mehrheit nicht zu.

Auffällig sind die jungen Bürger*innen mit Wahlabsicht für die FDP. Sie unterscheiden sich

hinsichtlich ihres Gerechtigkeitsempfindens durchaus zwischen West und Ost. Noch mehr ins Auge springt aber die geringe Zustimmung der jungen AfD-Wähler*innen in West wie Ost: Über 80 Prozent der jungen Wähler*innen dieser Partei stimmen der Aussage, dass es in Deutschland gerecht zugeht, nicht zu. Insbesondere in Ostdeutschland ist die Ablehnung der Aussage auffällig, da mit 36 Prozent jede*r Dritte von ihnen angibt, „überhaupt nicht“ zuzustimmen.

Demokratiezufriedenheit basiert stark auf einer Output-Legitimation, also darauf, dass wahrgenommen wird, dass politische

Demokratie-zufriedenheit und -unterstützung

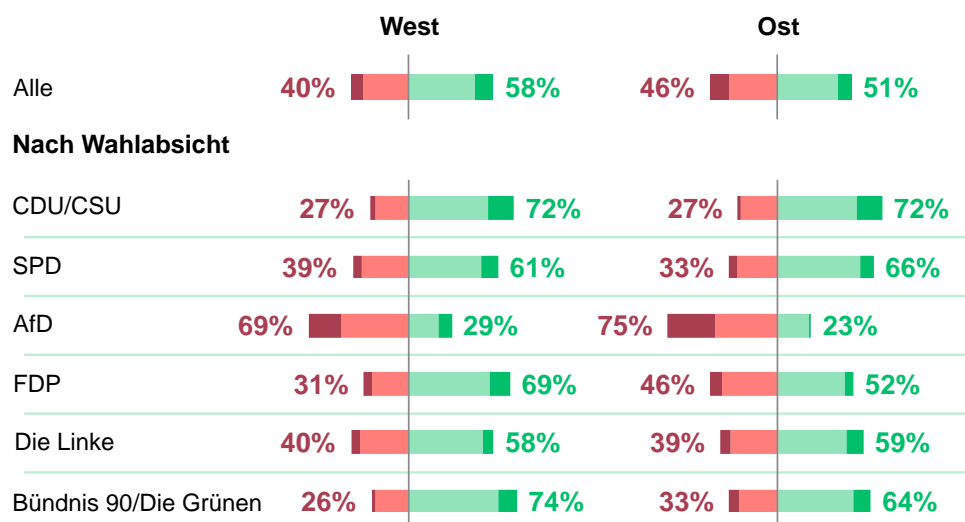
Abbildung 36:

Demokratiezufriedenheit nach Parteipräferenz

Wie stark stimmen Sie selbst diesen Aussagen zu?

„Alles in allem funktioniert das demokratische System in Deutschland gut.“

- stimme überhaupt nicht zu
- stimme eher nicht zu
- stimme eher zu
- stimme voll und ganz zu



Basis: Alle Wahlberechtigten zwischen 18 und 29 Jahren. Fehlende Werte: weiß nicht/keine Angabe.
Vorsicht: Geringe Fallzahl bei Wähler*innen einzelner Parteien.

Prozesse und Entscheidungen einen positiven Einfluss auf das Allgemeinwohl haben. Daher hängt sie eng mit dem Gerechtigkeitsempfinden zusammen. So unterscheidet sich in der Nachwendegeneration wenig überraschend die Zustimmung zur Aussage, dass „alles in allem“ das demokratische System in Deutschland gut funktioniert, ebenfalls nach Parteipräferenz.

Mit dem Funktionieren der deutschen Demokratie sind in Westdeutschland die jungen Grünen- und jungen CDU/CSU-Wähler*innen am häufigsten zufrieden, in Ostdeutschland die jungen CDU/CSU-, aber auch die jungen

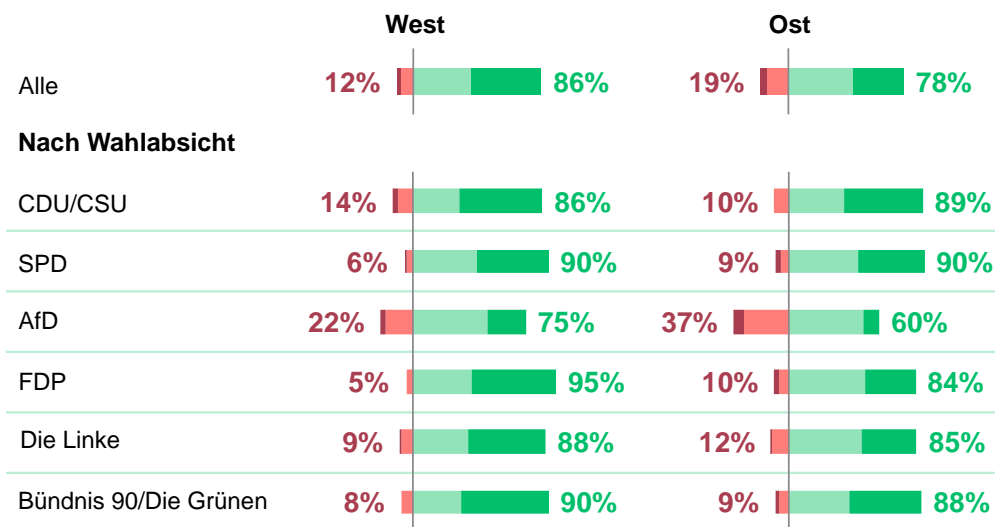
SPD-Wähler*innen. Auch die jungen Wähler*innen der anderen Parteien sind in West und Ost mehr oder weniger deutlich mehrheitlich mit dem Funktionieren der Demokratie zufrieden – mit Ausnahme der AfD-Wähler*innen. 69 Prozent der jungen westdeutschen und 75 Prozent der jungen ostdeutschen AfD-Wähler*innen stimmen der Aussage nicht zu, dass die Demokratie in Deutschland gut funktioniert. Etwa jede*r fünfte westdeutsche und fast jede*r vierte ostdeutsche AfD-Wähler*in der Nachwendegeneration bringt massive Unzufriedenheit zum Ausdruck und stimmt der Aussage sogar „überhaupt nicht“ zu.

Abbildung 37:

Demokratieunterstützung nach Parteipräferenz

Wie stark stimmen Sie selbst diesen Aussagen zu?
 „Die Demokratie ist die beste Staatsform.“

- stimme überhaupt nicht zu
- stimme eher nicht zu
- stimme eher zu
- stimme voll und ganz zu



Basis: Alle Wahlberechtigten zwischen 18 und 29 Jahren. Fehlende Werte: weiß nicht/keine Angabe.
 Vorsicht: Geringe Fallzahl bei Wähler*innen einzelner Parteien.

Wähler*innen können mit dem Funktionieren des gegenwärtigen demokratischen Systems unzufrieden sein, aber Demokratie dennoch als beste Staatsform betrachten. Daher ist unabhängig von der Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie, wie sie in Deutschland besteht, die Unterstützung der Demokratie um ihrer selbst willen zu betrachten. Dabei erweist sich die Demokratieunterstützung der Nachwendegeneration in West- und Ostdeutschland in allen Wähler*innen-Gruppen als hoch. Die geringsten Zustimmungswerte zur Demokratie finden sich dennoch erneut unter jungen AfD-Wähler*innen. Zwar stimmen

75 Prozent der westdeutschen und 60 Prozent der ostdeutschen Nachwendegeneration mit AfD-Wahlabsicht zu, dass Demokratie die beste Staatsform ist, aber verglichen mit jungen Wähler*innen der anderen Parteien ist dies ein im Verhältnis geringer Wert. Im Umkehrschluss sieht etwa jede*r fünfte junge westdeutsche AfD-Wähler*innen und mehr als ein Drittel der jungen ostdeutschen AfD-Wähler*innen Demokratie nicht als beste Staatsform.

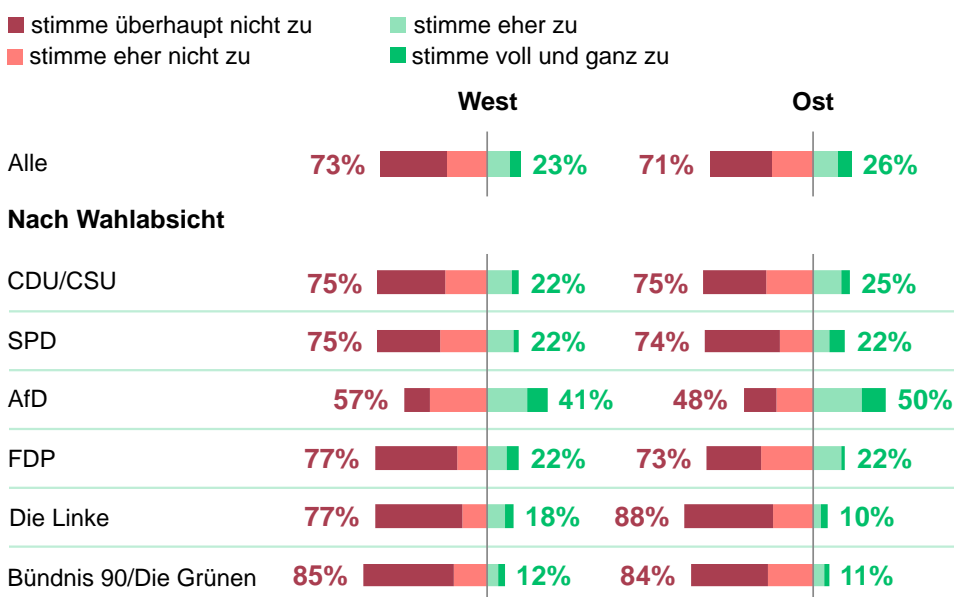
Eine hohe Demokratieunterstützung darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass es in Teilen der Bevölkerung auch einen Hang zum Autoritarismus gibt. Einstellungen von Bürger*in-

Abbildung 38:

Zustimmung zum Autoritarismus nach Parteipräferenz

Wie stark stimmen Sie selbst diesen Aussagen zu?

„Es sollte einen starken Führer geben, der sich nicht um Parlamente und Wahlen kümmern muss.“



Basis: Alle Wahlberechtigten zwischen 18 und 29 Jahren. Fehlende Werte: weiß nicht/keine Angabe. Vorsicht: Geringe Fallzahl bei Wähler*innen einzelner Parteien.

nen sind keinesfalls immer konsistent, sondern des Öfteren recht ambivalent. Und so zeigt sich, dass trotz der ausgeprägten Unterstützung der Demokratie um ihrer selbst willen in allen Wähler*innen-Gruppen der Nachwendegeneration, wenn auch in unterschiedlichem Maße, Bürger*innen der Aussage zustimmen, dass es einen „starken Führer“ geben sollte, der sich nicht um Parlamente und Wahlen kümmern muss, das heißt, keiner demokratischen Kontrolle unterliegt.

Die geringste Zustimmung erhält diese Forderung in Westdeutschland unter jungen Wäh-

ler*innen der Grünen und in Ostdeutschland unter jungen Wähler*innen der Grünen und Linken. Nur knapp jede*r Zehnte von ihnen stimmt der Forderung nach einem starken Führer zu. Unter jungen westdeutschen Wähler*innen der CDU/CSU, SPD, FDP und Linken stimmt bereits in etwa jede*r Fünfte zu, ebenso unter ostdeutschen Wähler*innen der SPD und FDP. Noch höher ist die Zustimmung unter ostdeutschen CDU-Wähler*innen: Etwa jede*r vierte von ihnen sagt, dass es einen Führer geben sollte. Besorgniserregende Zustimmungswerte finden sich allerdings unter jungen AfD-Wähler*in-

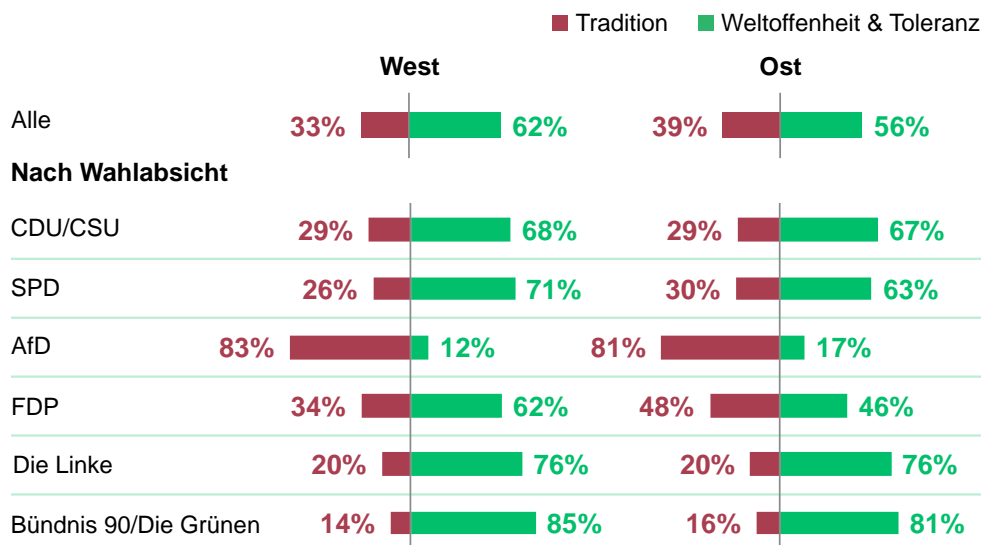
Abbildung 39:

Weltoffenheit vs. Tradition nach Parteipräferenz

Welcher der folgenden Sichtweisen würden Sie eher zustimmen?

„Deutschland sollte ein **tolerantes** und **weltoffenes** Land sein, in dem sich jeder frei entfalten kann, egal, wo er herkommt, an was er glaubt oder wie er lebt.“

„Deutschland sollte sich wieder auf seine **traditionellen** Werte zurückbesinnen und aufpassen, dass unsere christlich-abendländische Kultur nicht verloren geht.“



Basis: Alle Wahlberechtigten zwischen 18 und 29 Jahren. Fehlende Werte: weiß nicht/keine Angabe. Vorsicht: Geringe Fallzahl bei Wähler*innen einzelner Parteien.

nen – in West- wie Ostdeutschland. 41 Prozent der jungen westdeutschen und mit 50 Prozent sogar jede*r zweite der jungen ostdeutschen AfD-Wähler*innen stimmt der Aussage zu, dass es einen starken Führer geben sollte – obwohl der Begriff Führer historisch eindeutig besetzt ist und die Aussage durch den Zusatz: „der sich nicht um Parlamente und Wahlen kümmern muss“, verdeutlicht, dass es sich nicht um ein demokratisches System handelt.

Die Verortung auf der Dimension „Weltoffenheit vs. Tradition“ ist zu einer der Hauptkonfliktlinien der gegenwärtigen Gesellschaft geworden. Wo verorten sich die jungen Wähler*innen der Parteien? Ins Auge springt, dass junge Wähler*innen aller Parteien, mit Ausnahme der AfD und in Ostdeutschland zudem der FDP, sich sehr deutlich in Richtung Weltoffenheit und Toleranz positionieren. Am deutlichsten aber fällt die Zustimmung dazu mit 85 Prozent in West- und 81 Prozent in Ostdeutschland unter jungen Wähler*innen der Grünen aus, gefolgt von Wähler*innen der Linken.

FDP-Wähler*innen der Nachwendegeneration in Ostdeutschland zeigen sich, anders als in Westdeutschland, bei der Frage „Weltoffenheit vs. Tradition“ mit 48 Prozent zu 46 Prozent deutlich gespalten. Die Wähler*innen der AfD sind bei dieser Frage in Ost- und Westdeutschland nicht gespalten, fallen aber dennoch ins Auge, da sie sich als einzige konträr zu allen anderen positionieren: 83 Prozent der jungen westdeutschen und 81 Prozent der jungen ostdeutschen AfD-Wähler*innen verorten sich auf der Traditions-Dimension.

Abschließend wollen wir den Blick noch etwas erweitern: Wie unterscheiden sich die jungen Wähler*innen der Nachwendegeneration anhand ihrer Parteipräferenz hinsichtlich ihrer Einstellung gegenüber der Europäischen Union? Welche Muster lassen sich erkennen hinsichtlich einer pro-europäischen bzw. europakritischen Haltung?

Die Aussage, dass die Europäische Union Deutschland mehr Vor- als Nachteile bringt, erhält bei den jungen Bürger*innen in Westdeutschland die höchste Zustimmung unter Grünen- und FDP-Wähler*innen, während sich bei den jungen ostdeutschen Bürger*innen vor allem die CDU-Wähler*innen pro-europäisch zeigen. Jeweils über 80 Prozent stimmen der Aussage zu. Aber, lässt man die AfD einen Augenblick außen vor, zeigen sich auch die jungen Wähler*innen aller anderen Parteien mehrheitlich proeuropäisch.

Die Wähler*innen der AfD hingegen zeigen sich bei der Frage, ob die EU mehr Vor- als Nachteile bringt, zwar nicht verschieden zwischen West und Ost, aber generell innerhalb stark gespalten. In Westdeutschland stimmen der Aussage fast genauso viele zu wie nicht zustimmen. In Ostdeutschland ist die Tendenz etwas klarer, aber auch hier ist die Zustimmung mit 43 Prozent nur 4 Prozentpunkte geringer als die Nicht-Zustimmung mit 47 Prozent.

Insgesamt bleibt festzuhalten, dass sich nicht nur junge Wähler*innen mit unterschiedlichen Parteipräferenzen in ihren Einstellungen unterscheiden, sondern zum Teil auch Wähler*innen mit derselben Parteipräferenz zwi-

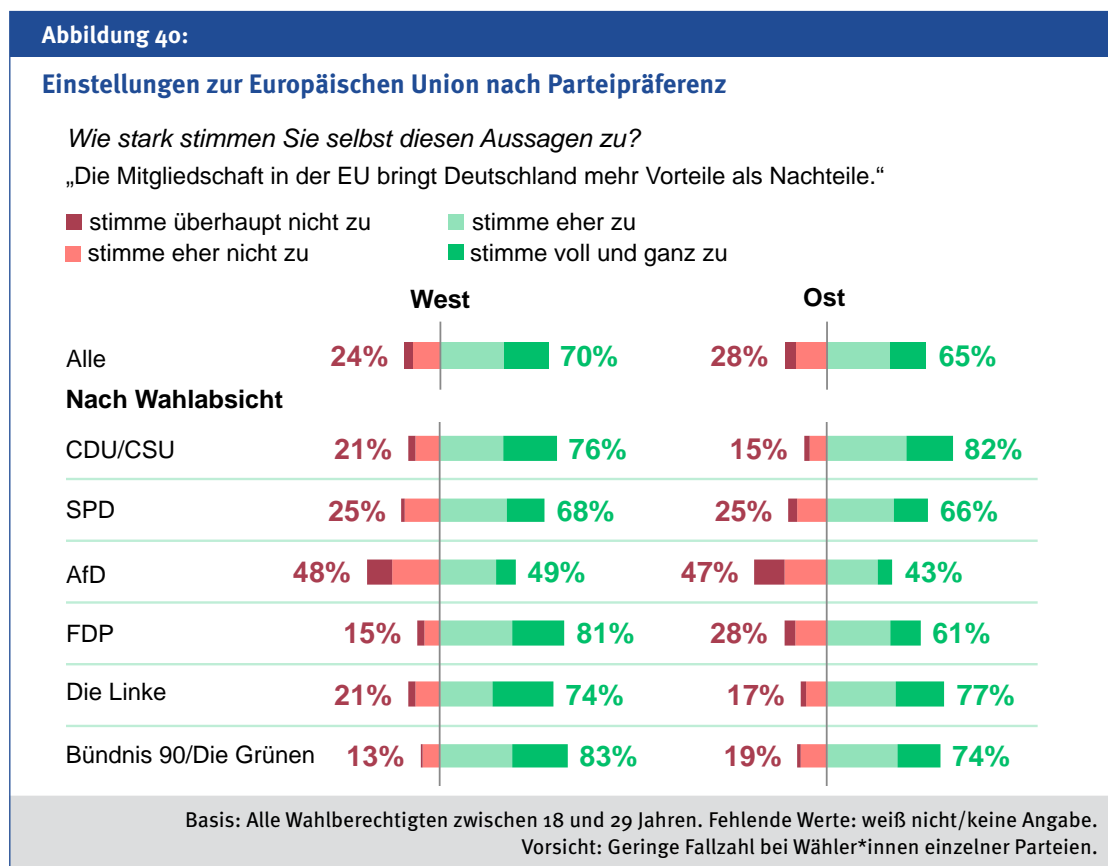
Weltoffenheit vs. Tradition

Pro und contra EU

schen West- und Ostdeutschland. Beispielsweise hat die FDP in der Nachwendegeneration eine Wähler*innenschaft, die in ihren Einstellungen des Öfteren West-Ost-Unterschiede erkennen lässt.

Doch bemerkenswerter ist ein anderes Muster: In der Nachwendegeneration unterscheiden sich in West- wie Ostdeutschland die AfD-Wähler*innen deutlich, zum Teil sogar massiv von den jungen Wähler*innen aller anderen Parteien. Sie geben bei vielen Fragen ein Meinungsbild zu erkennen, dass nahezu konträr zu den Wähler*innen der anderen Partei verläuft. Gerade bei der gesellschaftlichen Konfliktlinie „Weltoffenheit vs. Tradition“ wird

dies deutlich. Doch selbst die wirtschaftliche Lage Deutschlands empfinden mehr als vier von zehn AfD-Wähler*innen in West und Ost als schlecht, trotz Exportüberschüssen, ausgeglichenen Staatshaushalten, Rekordbeschäftigung und dem niedrigsten Stand der Arbeitslosigkeit seit Jahrzehnten. Besorgniserregend ist vor allem ihr Wunsch nach einem „starken Führer“. Während die Nachwendegeneration die Forderung nach einem Führer, der keiner demokratischen Kontrolle unterliegt, mehrheitlich klar ablehnt, stimmen vier von zehn der jungen westdeutschen AfD-Wähler*innen und jede*r zweite junge ostdeutsche AfD-Wähler*in dieser Forderung zu.



6 Sicht auf die Wiedervereinigung

Bisher haben wir uns die Einstellungen der Nachwendegeneration zur heutigen Politik und Gesellschaft angesehen. Abschließend betrachten wir, wie die jungen Bürger*innen in West- und Ostdeutschland die Wiedervereinigung damals und ihre Folgen bewerten.

Die Nachwendegeneration ist die erste Generation, die gemeinsam im wiedervereinigten Deutschland aufgewachsen ist und die DDR und die alte BRD nur aus Erzählungen und Geschichtsbüchern kennt. 68 Prozent der jungen West- und 64 Prozent der jungen Ostdeutschen stimmen der Aussage zu, die Wiedervereinigung sei so lange her, dass sie für sie persönlich keine Rolle mehr spiele. Gemeinsam ist der hier betrachteten Generation damit, dass sie mehrheitlich keinen direkten persönlichen Bezug mehr zur Wiedervereinigung hat.

In vielen der Tiefeninterviews äußerten Befragte, dass sie glauben, dass das Thema

in den nächsten Jahren von Generation zu Generation immer weiter an Relevanz verlieren wird: „Ost-West wird bald gar kein Thema mehr sein. Viele Leute in meinem Alter beschäftigen sich damit gar nicht mehr.“ Schon jetzt, so die Vermutung, sei es nur noch präsent, weil ältere Generationen und mediale Berichterstattung das Thema Wiedervereinigung am Leben hielten. Vereinzelte Interviewte äußerten sich darüber sogar genervt. So kommen drei Viertel der Bürger*innen in Ost und West zu dem Schluss, dass die Wiedervereinigung für sie persönlich gar keine Rolle mehr spielt.

In Ostdeutschland zeigt sich, dass je seltener die Wende in der Familie thematisiert wurde, desto häufiger junge Bürger*innen auch der Meinung sind, sie spiele für ihr Leben heute keine Rolle mehr. 70 Prozent derjenigen, in deren Familie die Wiedervereinigung eher selten Thema war, stimmen der Aussage zu und 72 Prozent derjenigen, in deren Fa-

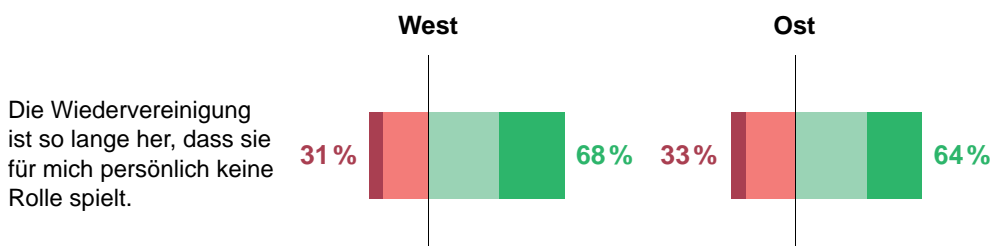
Bezug zur Wiedervereinigung

Abbildung 41:

Bezug zur Wiedervereinigung

Wie stark stimmen Sie selbst der folgenden Aussage zur deutschen Wiedervereinigung zu?

- stimme überhaupt nicht zu
- stimme eher nicht zu
- stimme eher zu
- stimme voll und ganz zu



Basis: Alle Wahlberechtigten zwischen 18 und 29 Jahren. Fehlende Werte: weiß nicht/keine Angabe.

milie es gar kein Thema war. Bei den jungen Bürger*innen, die mit ihrer Familie über die Wendezeit gesprochen haben, zeigen sich leichte Unterschiede – je nachdem, wie darüber gesprochen wurde. Fiel das Wendenarrativ eher positiv aus, stimmen 60 Prozent zu, es spiele für sie persönlich keine Rolle mehr. Wurde jungen ostdeutsche Bürger*innen ein negatives Wendenarrativ vermittelt, sind es 56 Prozent.

In Westdeutschland zeigt sich ein ähnliches Bild: Wenn über die Wiedervereinigung und ihre Folgen überhaupt nicht gesprochen wurde, sehen 77 Prozent keinen Bezug mehr zu ihrem gegenwärtigen Leben. Wurde eher selten darüber gesprochen, sind es 70 Prozent. Anders als in Ostdeutschland, spielt in Westdeutschland die Art und Weise des Wendenarrativs bei denjenigen jungen Bürger*innen, in deren Familien darüber gesprochen worden ist, eine noch kleinere Rolle. 58 Prozent der jungen Westdeutschen mit positivem Wendenarrativ und 56 Prozent der jungen Westdeutschen mit negativem Wendenarrativ sehen keinen Bezug der Wiedervereinigung zu ihrem Leben.

Trotz dessen, dass den meisten ein gegenwärtiger persönlicher Bezug zur Wiedervereinigung fehlt, fallen die Bewertungen zur Wiedervereinigung unterschiedlich aus. Die Sichtweisen der Nachwendegeneration unterscheiden sich an dieser Stelle sogar stärker als bei allen anderen Einstellungen zu Politik und Gesellschaft, die wir vorher betrachtet haben. Während in Westdeutschland rund ein Drittel der Nachwendegeneration die Ansicht

vertritt, dass es „Dinge“ in der DDR gab, die besser waren als im „Westen“, stimmen in Ostdeutschland zwei Drittel der Aussage zu. Hier spielen unterschiedliche Wendenarrative und der jeweilige Wissensstand vermutlich eine maßgebliche Rolle.

In den Tiefeninterviews der ersten Forschungsstufe wurde deutlich, dass Wissen über die DDR in der Nachwendegeneration recht stark variiert und gerade bei Westdeutschen häufig recht gering ist. Zumeist reduziert es sich auf wenige zu Schulzeiten erlernte Fakten und Daten, nur selten geht es darüber hinaus. Aber auch durch die Thematisierung im familiären Kontext wird Wissen weitergegeben. Und je häufiger in den Familien junger Westdeutscher über die Wiedervereinigung gesprochen worden ist, desto häufiger stimmen sie auch der Aussage zu, dass es „Dinge“ gab, die in der DDR besser waren: Wurde sehr häufig darüber gesprochen, stimmen 59 Prozent der Westdeutschen der Aussage zu. Wurde es in der Familie aber überhaupt nicht thematisiert, sinkt der Anteil der Zustimmung auf 28 Prozent. Bei der Bewertung spiegelt sich an dieser Stelle nochmals deutlich wider, dass die Wiedervereinigung in westdeutschen Familien viel seltener Gesprächsthema war: 19 Prozent der jungen Westdeutschen machen keine Angabe oder geben explizit an, nicht zu wissen, ob es „Dinge“ in der DDR gab, die besser waren. Dies ist ein vergleichsweise hoher Wert. Unter denjenigen Westdeutschen, in deren Familien die Wende überhaupt kein Thema war, geben mit 25 Prozent nochmals mehr an, es nicht zu wissen.

Bewertungen zur Wiedervereinigung

Auch unter den ostdeutschen Bürger*innen stimmen vor allem diejenigen zu, in deren Familien die Wende zum Thema gemacht wurde. 75 Prozent derjenigen, bei denen sehr häufig darüber gesprochen wurde, stimmen zu und ebenfalls mit 52 Prozent mehr als jede*r Zweite, in deren oder dessen Familie es überhaupt nicht besprochen wurde. Unter Letzteren geben auch im Osten 22 Prozent an, es nicht zu wissen oder machen keine Angabe, was deutlich auf einen zum Teil geringen Wissensstand hinweist, der auch unter jungen Ostdeutschen vorhanden ist. Die Frage,

ob über die Wende eher positiv oder negativ durch die eigenen Eltern gesprochen wurde, hängt stark damit zusammen, ob sie von der Wende eher profitiert haben oder nicht. Wenig überraschend stimmen daher 78 Prozent der jungen Ostdeutschen, die ihre Eltern als Wendeverlierer*innen einstufen zu, dass es „Dinge“ gab, die besser gewesen sind. Doch selbst unter Kindern von Wendegewinner*innen sagen dies 62 Prozent.

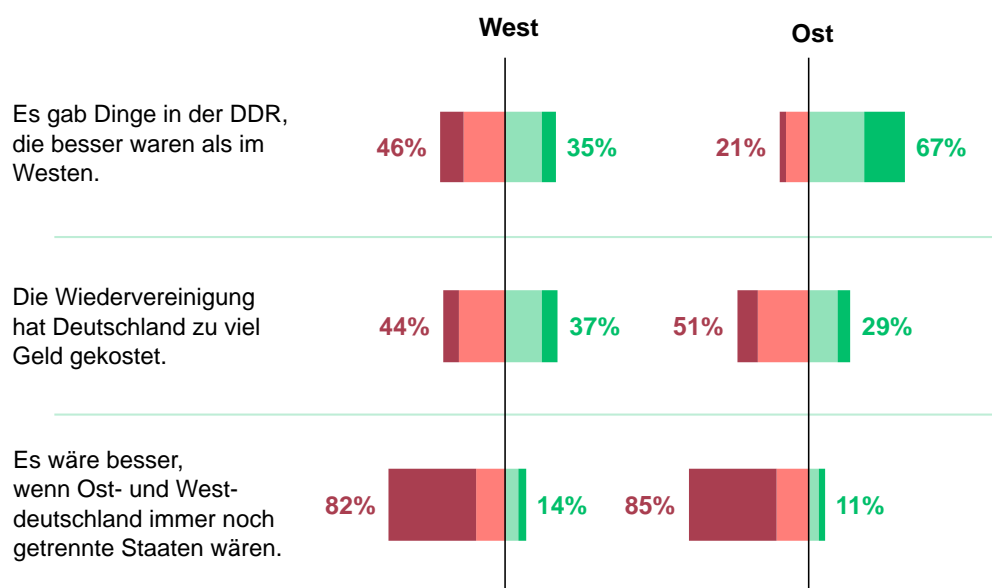
Anders fallen Einschätzungen der jungen Bürger*innen in West- und Ostdeutschland zur Aussage aus, die Wiedervereinigung

Abbildung 42:

Bewertungen zur Wiedervereinigung und ihren Folgen

Wie stark stimmen Sie selbst den folgenden Aussagen zur deutschen Wiedervereinigung zu?

- stimme überhaupt nicht zu
- stimme eher nicht zu
- stimme eher zu
- stimme voll und ganz zu



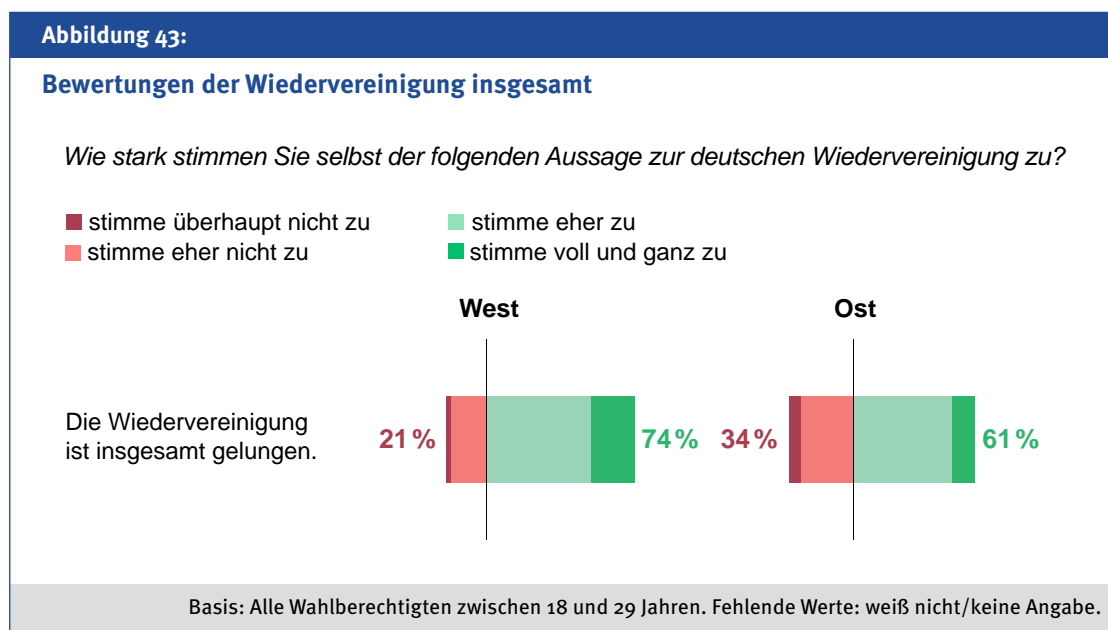
Basis: Alle Wahlberechtigten zwischen 18 und 29 Jahren. Fehlende Werte: weiß nicht/keine Angabe.

hätte Deutschland zu viel Geld gekostet. Die wenigsten Bürger*innen beider Landesteile stimmen der Aussage zu, im Westen aber mit 37 Prozent häufiger als im Osten mit 29 Prozent. Erneut wird erkennbar, dass auffällig viele – 18 Prozent der Westdeutschen und 21 Prozent der Ostdeutschen – zu der Aussage gar keine Position beziehen. Es fehlt ihnen an notwendigem Wissen, um eine Einschätzung vornehmen zu können.

Der Anteil der Zustimmenden steigt in Westdeutschland interessanterweise je nachdem, wie häufig in der Familie über die Wiedervereinigung gesprochen worden ist. Unter denjenigen, bei denen es sehr häufig thematisiert wurde, stimmen 49 Prozent zu, die Wiedervereinigung sei zu teuer gewesen. Dies überrascht, wenn man bedenkt, dass das familiär vermittelte Wendenarrativ in den westdeutschen Familien in den meisten Fällen eher

positiv war. Der Effekt, dass mit zunehmender Thematisierung die Zustimmung steigt, zeigt sich unter den ostdeutschen Bürger*innen nicht. Offensichtlich gehen die Einschätzungen auch in der Nachwendegeneration, vermittelt durch weiterwirkende Wendenarrative, recht deutlich auseinander.

Trotz dieser unterschiedlichen Einschätzungen besteht auch Einigkeit: Kaum jemand in der Nachwendegeneration – in West- genauso wie in Ostdeutschland – vertritt die Ansicht, die Wiedervereinigung sei ein Fehler gewesen. Zwar stimmen 14 Prozent der jungen West- und 11 Prozent der jungen Ostdeutschen zu, es wäre besser, wenn es weiterhin zwei getrennte Staaten gäbe, aber die sehr deutliche Mehrheit von jeweils über 80 Prozent lehnt die Aussage ab. Knapp über 60 Prozent geben sogar jeweils an, „überhaupt nicht“ zuzustimmen. Das Meinungsbild zu dieser Frage ist sehr eindeutig.



Dabei zeigt sich dennoch ein deutlicher Zusammenhang mit negativen Wendenarrativen. Wenn in der Familie der jungen Bürger*innen über die Wende eher negativ gesprochen wurde, stimmen 22 Prozent der Ostdeutschen und 36 Prozent der Westdeutschen zu, weiterhin getrennte Staaten wären besser gewesen. Auch unter ostdeutschen Bürger*innen, die ihre Eltern als Wendeverlierer*innen sehen, stimmen dem 28 Prozent zu.

Wie fällt nun das Fazit der Nachwendegeneration zur Wiedervereinigung aus? Trotz unter-

schiedlicher Bewertungen einzelner Aspekte, die Mehrheit der jungen West- und Ostdeutschen sieht die Wiedervereinigung als gelungen an, wenngleich diese Mehrheit in Westdeutschland deutlicher ausfällt. Im Westen stimmen 74 Prozent zu, die Wiedervereinigung sei gelungen – mehr als jede*r Fünfte auch „voll und ganz“. Im Osten stimmen 61 Prozent zu – und nur jede*r Zehnte „voll und ganz“. Dass etwa ein Drittel der jungen Ostdeutschen die Wiedervereinigung nicht als gelungen ansieht, zeigt, dass das Meinungsbild hier weni-

Ist die Wiedervereinigung insgesamt gelungen?

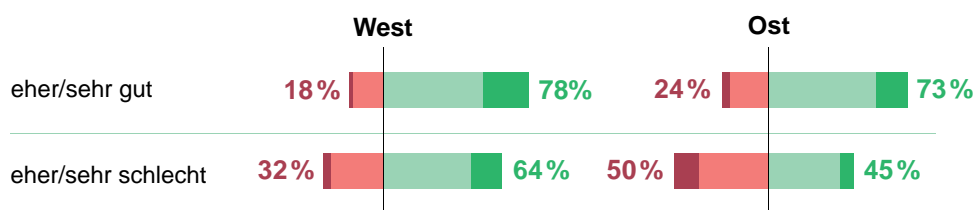
Abbildung 44:

Bewertung der Wiedervereinigung insgesamt nach wirtschaftlicher Lage der Region und Folgen für die Eltern

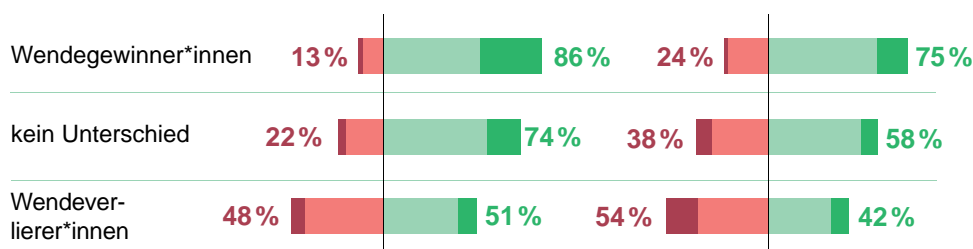
Wie stark stimmen Sie selbst der folgenden Aussage zur deutschen Wiedervereinigung zu?

- stimme überhaupt nicht zu
- stimme eher nicht zu
- stimme eher zu
- stimme voll und ganz zu

Nach wirtschaftl. Lage der Region:



Nach Folgen der Wiedervereinigung für die Eltern:



Basis: Alle Wahlberechtigten zwischen 18 und 29 Jahren. Fehlende Werte: weiß nicht/keine Angabe.

ger eindeutig ist als bei der Frage, ob weiterhin getrennte Staaten besser gewesen wären. Die Wiedervereinigung an sich wird von diesen Bürger*innen also zwar zumeist als richtiger Schritt gesehen, die konkrete Ausgestaltung des Einigungsprozesses und des „Zusammenwachsens“ ruft jedoch Kritik hervor.

Jede*r zweite Ostdeutsche, welche*r die ökonomische Situation der eigenen Region als schlecht empfindet oder die eigenen Eltern als Wendeverlierer*innen sieht, zeigt sich mit dem erreichten Stand der Wiedervereinigung unzufrieden und wertet den Einigungsprozess als nicht gelungen. Unter jungen westdeutschen Bürger*innen zeigt sich dieser Effekt hinsichtlich der wirtschaftlichen Lage der Region nicht so klar. Auch wenn diese als

schlecht empfunden wird, sieht jeweils noch eine deutliche Mehrheit die Wiedervereinigung als gelungen an. Auch unter der geringen Anzahl junger Westdeutscher, die ihre Eltern als Wendeverlierer*innen sehen, sieht noch eine knappe Mehrheit die Wiedervereinigung als gelungen. Allerdings, das zeigen die Tiefeninterviews, hatte die Wiedervereinigung für die meisten Eltern junger Westdeutscher auch kaum persönliche Auswirkungen. Vielen jungen Westdeutschen fehlt daher der persönliche Bezug und das Wissen. Für sie ist die Bewertung, ob die Wiedervereinigung gelungen ist, eine viel abstraktere Einschätzung als für junge Bürger*innen in Ostdeutschland, die mit den Folgen deutlich häufiger direkt konfrontiert worden sind.

7 Schlussfolgerungen

Die Bundesrepublik feiert dieses Jahr das dreißigjährige Jubiläum des Mauerfalls. Dies war für uns Anlass, den Stand der deutschen Einheit erneut auf den Prüfstand zu stellen: Geeint oder noch immer gespalten? Wo stehen wir heute? Anders als vorherige Studien haben wir dazu speziell die Nachwendegeneration unter die Lupe genommen, denn es sind die jungen Bürger*innen dieser Generation, die als erste gemeinsam im wiedervereinigten Deutschland aufgewachsen sind. Sie kennen die alte BRD und DDR nur noch aus Erzählungen und Geschichtsbüchern.

Wie zahlreiche Studien zeigen, weisen vorherige Generationen zum Teil noch deutliche Einstellungsunterschiede zwischen West und Ost auf. Uns hat die Frage angetrieben, ob sich derartige Unterschiede auch in der Nachwendegeneration finden lassen und wie sie gegebenenfalls zu erklären sind. Unterscheiden sich auch die jungen Bürger*innen zwischen West und Ost? Oder ist mittlerweile eine Generation der Einheit herangewachsen? Die Ergebnisse unserer Studie zeigen: Die vielzitierte „Mauer in den Köpfen“ gibt es auch in dieser Generation noch. Aber sie ist – sinnbildlich gesprochen – nicht mehr so hoch und fest zementiert wie in vorherigen Generationen. Neben Unterschieden gibt es zahlreiche Gemeinsamkeiten zwischen jungen West- und Ostdeutschen. Und die Unterschiede haben vorwiegend Ursachen, denen mittels politischer Maßnahmen entgegenwirken werden kann.

Die jungen Bürger*innen in West- und Ostdeutschland unterscheiden sich vor allem hinsichtlich der ökonomischen Situation in ihren

jeweiligen Heimatregionen. Nicht nur wird in Ostdeutschland die wirtschaftliche Lage seltener als gut empfunden, junge Ostdeutsche klagen auch häufiger über die schwierige Lage auf dem regionalen Arbeitsmarkt. Aber, und das ist die gute Nachricht, es trübt ihren Blick in die Zukunft nicht. Die Nachwendegeneration in West wie Ost blickt insgesamt zuversichtlich nach vorne.

Neben der Situation zeigen sich zwischen jungen West- und Ostdeutschen auch Unterschiede in der Sozialisation, obwohl sie gemeinsam im geeinten Deutschland aufgewachsen sind. Vor allem die narrative Weitergabe der Transformationserfahrungen ihrer Elterngeneration zeigt einen Effekt. Je nachdem, ob und wie sich die Wiedervereinigung auf das Leben der eigenen Eltern ausgewirkt hat und wie diese darüber erzählt haben, haben Bürger*innen der Nachwendegeneration einen durchaus unterschiedlichen Blick auf Politik und Gesellschaft.

Was auffällt und dafür spricht, dass auch die Nachwendegeneration noch nicht gänzlich geeint ist, ist ihr Selbstverständnis und ihre Identität. Während junge Ostdeutsche sich durchaus als ostdeutsch identifizieren, zum Teil sogar ähnlich stark wie als deutsch, trifft dies auf gleichaltrige Westdeutsche nicht zu. In der Wahrnehmung junger Westdeutscher gibt es keine verbindende westdeutsche Identität in Abgrenzung zu Ostdeutschland. Ostdeutschland wird auch von der Nachwendegeneration eher als einheitlicher Block wahrgenommen, während sich der Blick auf Westdeutschland als differenzierter erweist.

Ebenso unterscheiden sich die jungen Bürger*innen in West und Ost in Bezug auf ihre Bewertung der Wiedervereinigung. Sie haben eine unterschiedliche Sicht auf die Vergangenheit. Die Mehrheit sieht die Wiedervereinigung zwar als gelungen an und würde sie nicht rückgängig machen wollen. Auch sehen die meisten Bürger*innen der Nachwendegeneration keinen Bezug der Wiedervereinigung zu ihrem eigenen Leben heute. Aber bei vielen Fragen zeigen sich doch unterschiedliche Wahrnehmungen: Wurden Ostdeutsche nach der Wiedervereinigung häufig unfair behandelt? War die Wiedervereinigung zu teuer? Gab es in der DDR Dinge, die besser waren als in der alten BRD? Macht es heute noch einen Unterschied, ob jemand aus West- oder Ostdeutschland kommt? Die jeweiligen Antworten offenbaren, dass es auch in der Nachwendegeneration keine geeinte Sicht auf die Vergangenheit gibt. Durch unterschiedliche Präsenz von und Konfrontation mit den Folgen der Wiedervereinigung, unterschiedliche Berührungspunkte und unterschiedliche Wendenarrative, zeigt sich an dieser Stelle in der Nachwendegeneration noch eine „Mauer in den Köpfen“. Um dieser entgegenzuwirken, empfiehlt es sich, politische und geschichtliche Bildung zum Thema Wiedervereinigung zu stärken. Denn der Wissensstand dazu ist in der Nachwendegeneration zum Teil sehr gering, was unter anderem die Grundlage für die verschiedenen Blickwinkel bildet. Vielen jungen Bürger*innen fehlt ein Bezug zum Thema Wiedervereinigung und Verständnis für die Erfahrungen und Situationen der Bürger*in-

nen im jeweils anderen Teil Deutschlands. Transformationserfahrungen müssen erzählt und Transformationsleistungen anerkannt werden.

Anders sieht es bei der Wahrnehmung zum gegenwärtigen Deutschland aus. Wie ist es um die Einstellungen der Nachwendegeneration gegenüber politischer Partizipation und Demokratie bestellt? Zwar zeigen sich diesbezüglich Unterschiede zwischen jungen west- und ostdeutschen Bürger*innen, aber diese erweisen sich häufig als überraschend gering. Die Nachwendegeneration insgesamt ist politisch interessiert, aber ihr politisches Selbstvertrauen ist zugleich gering – unter Ostdeutschen nochmals geringer als unter Westdeutschen. Viele trauen sich nicht zu, an politischen Gesprächen teilzunehmen oder meiden diese, um Konflikte zu vermeiden. In West wie Ost ist das Gefühl, auf politische Entscheidungen keinen Einfluss nehmen zu können, verbreitet. Und das Verhältnis der jungen Bürger*innen zu Bundesregierung sowie Parteien ist durch einen Mangel an Vertrauen gekennzeichnet.

Was heißt das für die demokratischen Überzeugungen der Nachwendegeneration? Die Demokratieunterstützung erweist sich trotz der eben genannten Befunde unter den jungen Bürger*innen als hoch. Die überwiegende Mehrheit sieht Demokratie als beste Staatsform – junge Westdeutsche wiederum etwas häufiger als junge Ostdeutsche. Außer Acht gelassen werden darf aber nicht, dass etwa jede*r Fünfte in West- und Ostdeutschland zugleich der Forderung nach einem au-

toritären, antidemokratischen Staat etwas abgewinnen kann. Und darüber hinaus geht die hohe Demokratieunterstützung nicht immer mit Begeisterung für und Zufriedenheit mit dem gegenwärtigen demokratischen System in Deutschland einher. Viele junge westdeutsche und vor allem junge ostdeutsche Bürger*innen haben nicht das Gefühl, dass das demokratische System gut funktioniert. Wie lässt sich dies erklären? Und warum zeigen sich die jungen Ostdeutschen von den Leistungen der Demokratie häufiger enttäuscht als die gleichaltrigen Westdeutschen? Regressionsanalysen zeigen, dass sich, nicht nur, aber vor allem die wirtschaftliche Lage der Bürger*innen und die ihrer Region auf die Demokratiezufriedenheit auswirkt. Da diese von jungen Ostdeutschen seltener als gut empfunden wird, ist die Unzufriedenheit dort größer.

Wie blicken die jungen West- und Ostdeutschen auf die Gesellschaft? Teilen sie dieselbe Sichtweise oder macht es für den jeweiligen Blickwinkel immer noch einen Unterschied, ob man aus West- oder Ostdeutschland kommt? Zumindest die Frage, welche Eigenschaften ihnen selbst für ihr eigenes Leben wichtig sind und was die jungen Bürger*innen glauben, wie wichtig diese anderen sind, erweist sich primär nicht als Frage von West und Ost. Hier sind Unterschiede zwischen Frauen und Männern deutlich größer. Ebenso zeigt sich bei der Einschätzung, inwiefern die Gleichstellung von Frauen und Männern mittlerweile realisiert ist, dass es in den Einschätzungen zwar West-Ost-Unterschiede gibt, aber sich die Wahrnehmung von Frauen und Männer we-

sentlich stärker unterscheiden. Zum Teil sind die jungen Bürger*innen in West und Ost sich auch erstaunlich einig, beispielsweise hinsichtlich der Frage, dass die Bekämpfung des Klimawandels eine hohe Priorität verdient. Auch entlang der gegenwärtig stark im Fokus stehenden gesellschaftlichen Konfliktlinie „Weltoffenheit vs. Tradition“ positioniert sich in West und Ost eine klare Mehrheit Richtung „Weltoffenheit“, wenn auch in Westdeutschland etwas deutlicher.

Dennoch zeigen sich bei gesellschaftlichen Fragen West-Ost-Unterschiede, insbesondere in Bezug auf soziale Gerechtigkeit und sozialen Zusammenhalt. Junge Ostdeutsche glauben seltener an das Leistungsversprechen, dass wer hart arbeitet, auch etwas erreichen kann. Eine Mehrheit in der Nachwendegeneration in West und Ost hält steuerliche Umverteilung für wichtig, um sozialer Spaltung entgegenzuwirken, aber junge Bürger*innen im Osten deutlich häufiger als junge Bürger*innen im Westen. In Anbetracht dessen verwundert es nicht, dass die jungen Ostdeutschen häufiger als die gleichaltrigen Westdeutschen das Gefühl haben, in Deutschland gehe es nicht gerecht zu. Die zentrale Frage ist erneut, wie sich diese bestehenden West-Ost-Differenzen beim Gerechtigkeitsempfinden erklären? Wiederum ergaben Regressionsanalysen, dass die Situation und Lebenswirklichkeit der jungen Bürger*innen als Hauptfaktor auszumachen sind. Wenn die eigene wirtschaftliche Lage, aber vor allem, wenn die wirtschaftliche Lage der Region und die regionalen Jobperspektiven als schlecht

eingeschätzt werden, belastet dies das Gerechtigkeitsempfinden. Dass junge Ostdeutsche häufiger als junge Westdeutsche das Gefühl haben, dass es in Deutschland nicht gerecht zugeht, hat also, wie schon bei der Demokratiezufriedenheit, viel mit den unterschiedlichen Lebensrealitäten zu tun.

Wie steht es nun also um die Einheit in der Nachwendegeneration? Die schlechte Nachricht: Nach wie vor bestehen Unterschiede zwischen jungen West- und Ostdeutschen. West und Ost sind zwar selten bewusste Unterscheidungskategorien, aber unterbewusst spielen sie in vielen Fragen noch eine Rolle und prägen das Bild der jeweils anderen. Die – im Grunde – gute Nachricht: Bei zentralen Einstellungsunterschieden zur gegenwärtigen

Gesellschaft, wie Demokratiezufriedenheit und Gerechtigkeitsempfinden, bestehen politische Handlungsmöglichkeiten um dem entgegen zu wirken. Denn die Unterschiede haben viel mit nicht gleichwertigen Lebenslagen und regionalen Perspektiven zu tun. Zudem ist Unzufriedenheit mit Demokratie und Gerechtigkeit kein genuin ostdeutsches Phänomen, sondern findet sich auch in Westdeutschland in Regionen, in denen die wirtschaftliche Lage nicht besonders gut ist. Davon, gute Lebensverhältnisse und Chancen in allen Regionen zu schaffen, in West und Ost, in der Stadt genauso wie auf dem Land, profitieren am Ende junge West- und Ostdeutsche gleichermaßen und ebenso die deutsche Gesellschaft als Ganzes.

Anhang

Verzeichnis der Abbildungen und Tabellen	78
Literatur.....	80
Ergänzende Tabellen	82
Hinweise zu den Autoren	86

Verzeichnis der Abbildungen und Tabellen

Abbildung 1:	Wirtschaftliche Lage in Deutschland.....	11
Abbildung 2:	Wirtschaftliche Lage in der Region	13
Abbildung 3:	Eigene wirtschaftliche Lage	14
Abbildung 4:	Lebenszufriedenheit und Zukunftssorgen	15
Abbildung 5:	Pessimismus vs. Optimismus	16
Abbildung 6:	Folgen der Wiedervereinigung für die Eltern.....	18
Abbildung 7:	Soziale Mobilität.....	19
Abbildung 8:	Thematisierung der Wiedervereinigung	20
Abbildung 9:	Qualitative Thematisierung der Wiedervereinigung	21
Abbildung 10:	Quantitative und qualitative Thematisierung der Wiedervereinigung in relevanten Subgruppen	22
Abbildung 11:	Ostdeutsche Erfahrungen unfairer Behandlung in den Nachwendejahren	23
Abbildung 12:	Heutige Relevanz west- bzw. ostdeutscher Herkunft	25
Abbildung 13:	Fremd- und Eigenbeschreibung Ostdeutscher	26
Abbildung 14:	Fremd- und Eigenbeschreibung Westdeutscher	27
Abbildung 15:	Regionale Verbundenheit	28
Abbildung 16:	Identität.....	29
Abbildung 17:	Politisches Interesse	31
Abbildung 18:	Politisches Selbstvertrauen	32
Abbildung 19:	Demokratieunterstützung.....	33
Abbildung 20:	Politikverdrossenheit.....	34
Abbildung 21:	Institutionenvertrauen	36
Abbildung 22:	Demokratiezufriedenheit.....	37
Abbildung 23:	Eigen- und Fremdwahrnehmung (West/Ost).....	41
Abbildung 24:	Eigen- und Fremdwahrnehmung (Frauen/Männer).....	42
Abbildung 25:	Gleichstellung von Frauen und Männern	44
Abbildung 26:	Bekämpfung des Klimawandels	45
Abbildung 27:	Einwanderung und Weltoffenheit vs. Tradition.....	47
Abbildung 28:	Leistungsversprechen	48
Abbildung 29:	Soziale Spaltung.....	49
Abbildung 30:	Gerechtigkeitsempfinde	50
Abbildung 31:	EU als Friedens- oder Wirtschaftsunion	55
Abbildung 32:	Verbundenheit mit Europa	56
Abbildung 33:	Bewertung der EU	57
Abbildung 34:	Einschätzungen zur wirtschaftlichen Lage nach Parteipräferenz	59
Abbildung 35:	Gerechtigkeitsempfinden nach Parteipräferenz.....	60

Abbildung 36:	Demokratiezufriedenheit nach Parteipräferenz	61
Abbildung 37:	Demokratieunterstützung nach Parteipräferenz	62
Abbildung 38:	Zustimmung zum Autoritarismus nach Parteipräferenz	63
Abbildung 39:	Weltoffenheit vs. Tradition nach Parteipräferenz	64
Abbildung 40:	Einstellungen zur Europäischen Union nach Parteipräferenz	66
Abbildung 41:	Bezug zur Wiedervereinigung	67
Abbildung 42:	Bewertungen zur Wiedervereinigung und ihren Folgen	69
Abbildung 43:	Bewertung der Wiedervereinigung insgesamt	70
Abbildung 44:	Bewertung der Wiedervereinigung insgesamt nach wirtschaftlicher Lage der Region und Folgen für die Eltern	71
Tabelle 1:	Situations- und Sozialisationseffekte auf die Demokratiezufriedenheit	39
Tabelle 2:	Situations- und Sozialisationseffekte auf das Gerechtigkeitsempfinden	53
Tabelle 3:	Situations- und Sozialisationseffekte auf die Demokratiezufriedenheit mit Regressionskoeffizienten	82
Tabelle 4:	Reduzierte Modelle zu Situations- und Sozialisationseffekten auf die Demokratiezufriedenheit mit Regressionskoeffizienten	83
Tabelle 5:	Situations- und Sozialisationseffekte auf das Gerechtigkeitsempfinden mit Regressionskoeffizienten	84
Tabelle 6:	Reduzierte Modelle zu Situations- und Sozialisationseffekten auf das Gerechtigkeitsempfinden mit Regressionskoeffizienten	85

Literatur

Arnold, F.; Freier, R.; Kroh, M. (2015): Geteilte politische Kultur auch 25 Jahre nach der Wiedervereinigung, in: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Hg.): Politische Kultur in Ost- und Westdeutschland (37). Berlin, S. 803-814.

Arzheimer, K. (2005): Freiheit oder Sozialismus? Gesellschaftliche Wertorientierungen, Staatsziele und Ideologien im Ost-West-Vergleich, in: Gabriel, O.W.; Falter, J.W.; Rattinger, H. (Hg.): Wächst zusammen, was zusammen gehört? Stabilität und Wandel politischer Einstellungen im wiedervereinigten Deutschland. Baden-Baden: Nomos, S. 285-313.

Belok, F.; Faus, R. (2017): Kartografie der politischen Landschaft in Deutschland. Die wichtigsten Ergebnisse für Ostdeutschland. Empirische Sozialforschung 8, Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin.

Decker, O.; Kiess, J.; Eggers, E.; Brähler, E. (2016): Die „Mitte“-Studie 2016: Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf, in: Decker, O.; Kiess, J.; Brähler, E. (Hg.): Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellungen in Deutschland. Gießen: Psychosozial-Verlag, S. 23-66.

Decker, O.; Kiess, J.; Schuler, J. Handke, B.; Brähler, E. (2018): Die Leipziger Autoritarismus-Studie 2018: Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf, in: Decker, O.; Brähler, E. (Hg.): Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft. Gießen: Psychosozial-Verlag, S. 65-115.

Faus, J.; Faus, R.; Gloger, A. (2016): Kartografie der politischen Landschaft in Deutschland. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin.

Fuchs, D.; Roller, E. (2013): Einstellungen zu Demokratie und Sozialstaat, in: Statistisches Bundesamt und Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (Hg.): Datenreport 2013. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland. Bonn, S. 370-376.

Geulen, D.; Hurrelmann, K. (1980): Zur Programmatik einer umfassenden Sozialisationstheorie, in: Hurrelmann, K.; Ulich, D. (Hg.): Handbuch der Sozialisationsforschung. Weinheim: Beltz Verlag, S. 51-67.

Haag, H. (2016): Weitergabe von Transformationserfahrungen. Die DDR im Gedächtnis der Nachwendegeneration, in: Lettrari, A.; Nestler, C.; Troi-Boeck, N. (Hg.): Die Generation der Wendekinder – Elaboration eines Forschungsfeldes. Wiesbaden: Springer, S. 89-106.

Hans-Böckler-Stiftung (2018): Deutschland bleibt gespalten, in: Hans-Böckler-Stiftung (Hg.): Böckler Impuls (16), Düsseldorf: S. 1.

Herrmann, U. (2006): Was ist eine „Generation“?, in: Schüle, A.; Abbe, T.; Gries, R. (Hg.): Die DDR aus generationengeschichtlicher Perspektive – Eine Inventur. Universitätsverlag Leipzig, S. 23-46.

Hopf, C.; Hopf, W. (1997): Familie, Persönlichkeit, Politik – Eine Einführung in die politische Sozialisation. Weinheim: Juventa.

Klein, A.; Heitmeyer, W. (2009): Ost-westdeutsche Integrationsbilanz, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.): Deutschland seit 1990. Aus Politik und Zeitgeschichte (28), S.16-21.

Lettrari, A.; Nestler, C.; Troi-Boeck, N. (2016): Einleitung – Der Werkzeugkasten zur Elaboration eines Forschungsfeldes, in: Lettrari, A.; Nestler, C.; Troi-Boeck, N. (Hg.): Die Generation der Wendekinder – Elaboration eines Forschungsfeldes. Wiesbaden: Springer, S. 3-26.

Mannheim, K. (1928): Das Problem der Generationen, in: Kölner Vierteljahrshefte für Soziologie 7 (2), S. 157-185, 309-330.

Notz, G. (2012): Die Geschichte der Frauenbewegung in Ost- und Westdeutschland, in: Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft (188), S. 35-39.

Pickel, G. (2002): Jugend und Politikverdrossenheit – Zwei politische Kulturen im Deutschland nach der Vereinigung? Wiesbaden: Springer.

Walz, D.; Brunner, W. (1998): It's the Economy, Stupid! – Revisited, in: Pickel, G.; Walz, D. (Hg.): Politische Einheit – kultureller Zwiespalt? Die Erklärung politischer und demokratischer Einstellungen in Ostdeutschland vor der Bundestagswahl 1998. Frankfurt/M.: Peter Lang, S. 113-126.

Westle, B.; Schoen, H. (2002): Ein neues Argument in einer alten Diskussion: ‚Politikverdrossenheit‘ als Ursache des gender gap im politischen Interesse?, in: Brettschneider, F.; Deth, J. W. van; Roller, E. (Hg): Das Ende der politisierten Sozialstruktur? Opladen: Leske + Budrich, S. 215-244.

Wippermann, C. (2015): 25 Jahre Deutsche Einheit. Gleichstellung und Geschlechtergerechtigkeit in Ostdeutschland und Westdeutschland. Berlin. Abrufbar unter <https://www.bmfsfj.de/blob/93168/8018cef974d4ecaa075ab3f46051a479/25-jahre-deutsche-einheit-gleichstellung-und-geschlechtergerechtigkeit-in-ostdeutschland-und-westdeutschland-data.pdf>

Tabelle 3:				
Situations- und Sozialisationseffekte auf die Demokratiezufriedenheit mit Regressionskoeffizienten				
„Alles in allem funktioniert das demokratische System in Deutschland gut.“				
OLS-Regression		Gesamt	West	Ost
soziodemografische Kontrollvariablen				
Region (Dummy-Variablen)	Westdeutschland <i>Ref.: Ostdeutschland</i>	0,00		
Geschlecht (Dummy-Variablen)	Männer <i>Ref.: Frauen</i>	0,01	0,02	0,00
Alter (Dummy-Variablen)	25-29 Jahre <i>Ref.: 18-24 Jahre</i>	0,01	0,04	-0,10
Bildung (Dummy-Variablen)	(Fach-)Hochschulreife <i>Ref.: keine (Fach-)Hochschulreife</i>	0,20***	0,16**	0,36***
Sozialisation				
Folgen der Wiedervereinigung für Eltern (Dummy-Variablen)	Wendegewinner*innen	0,09*	0,06	0,28***
	Wendeverlierer*innen <i>Ref.: „kein Unterschied“</i>	-0,20**	-0,22*	-0,04
Wendenarrativ der Familie (Dummy-Variablen)	positives Narrativ	0,06	0,08	-0,10
	negatives Narrativ <i>Ref.: kein Wendenarrativ</i>	0,10	0,13	-0,06
Situation				
fi anzieller Druck (4er-Skala)		-0,07**	-0,09**	-0,01
Hektik und Stress (4er-Skala)		0,00	-0,02	0,08
regionale Jobperspektive (4er-Skala)		0,02	0,00	0,09**
wirtschaftliche Lage der Region (4er-Skala)		0,30***	0,31***	0,23***
eigene wirtschaftliche Lage (4er-Skala)		0,14***	0,15***	0,11*
allgemeine statistische Angaben				
Konstante		0,77***	0,84***	0,51**
N		1.582	839	743
R ²		0,23	0,24	0,22
*p<0,05 **p<0,01 ***p<0,001				

Tabelle 4:				
Reduzierte Modelle zu Situations- und Sozialisationseffekte auf die Demokratiezufriedenheit mit Regressionskoeffizienten				
„Alles in allem funktioniert das demokratische System in Deutschland gut.“				
OLS-Regression		Gesamt	West	Ost
soziodemografische Kontrollvariablen				
Region (Dummy-Variablen)	Westdeutschland <i>Ref.: Ostdeutschland</i>	0,00	0,09	-0,1
Geschlecht (Dummy-Variablen)	Männer <i>Ref.: Frauen</i>	0,01	0,12**	0,00
Alter (Dummy-Variablen)	25-29 Jahre <i>Ref.: 18-24 Jahre</i>	0,01	-0,05	0,01
Bildung (Dummy-Variablen)	(Fach-)Hochschulreife <i>Ref.: keine (Fach-)Hochschulreife</i>	0,20***	0,35***	0,19***
Sozialisation				
Folgen der Wiedervereinigung für Eltern (Dummy-Variablen)	Wendegewinner*innen Wendeverlierer*innen <i>Ref.: „kein Unterschied“</i>	0,09* -0,20**	0,07 -0,36***	
Wendenarrativ der Familie (Dummy-Variablen)	positives Narrativ negatives Narrativ <i>Ref.: kein Wendenarrativ</i>	0,06 0,10	0,07* 0,10	
Situation				
finanzieller Druck (4er-Skala)		-0,07**		-0,07**
Hektik und Stress (4er-Skala)		0,00		0,00
regionale Jobperspektive (4er-Skala)		0,02		0,02
wirtschaftliche Lage der Region (4er-Skala)		0,30***		0,31***
eigene wirtschaftliche Lage (4er-Skala)		0,14***		0,16***
allgemeine statistische Angaben				
Konstante		0,77***	1,31***	0,77***
N		1.582	1.582	1.582
R ²		0,23	0,09	0,22
*p<0,05 **p<0,01 ***p<0,001				

Tabelle 5:				
Situations- und Sozialisationseffekte auf das Gerechtigkeitsempfinden mit Regressionskoeffizienten				
„Alles in allem geht es in Deutschland gerecht zu.“				
OLS-Regression		Gesamt	West	Ost
soziodemografische Kontrollvariablen				
Region (Dummy-Variablen)	Westdeutschland <i>Ref.: Ostdeutschland</i>	0,02		
Geschlecht (Dummy-Variablen)	Männer <i>Ref.: Frauen</i>	0,08	0,08	0,07
Alter (Dummy-Variablen)	25-29 Jahre <i>Ref.: 18-24 Jahre</i>	-0,06	-0,7	0,01
Bildung (Dummy-Variablen)	(Fach-)Hochschulreife <i>Ref.: keine (Fach-)Hochschulreife</i>	0,05	0,01	0,27***
Sozialisation				
Folgen der Wiedervereinigung für Eltern (Dummy-Variablen)	Wendegewinner*innen	0,11*	0,08	0,20***
	Wendeverlierer*innen <i>Ref.: „kein Unterschied“</i>	-0,18**	-0,19*	-0,12
Wendenarrativ der Familie (Dummy-Variablen)	positives Narrativ	0,01	0,05	-0,21***
	negatives Narrativ <i>Ref.: kein Wendenarrativ</i>	0,10	0,02	-0,09
Situation				
fi anzieller Druck (4er-Skala)		-0,08**	-0,09**	-0,02
Hektik und Stress (4er-Skala)		-0,02	-0,02	-0,01
regionale Jobperspektive (4er-Skala)		0,05*	0,03	0,14***
wirtschaftliche Lage der Region (4er-Skala)		0,33***	0,33***	0,31***
eigene wirtschaftliche Lage (4er-Skala)		0,10**	0,11*	0,07
allgemeine statistische Angaben				
Konstante		0,70***	0,79***	0,44**
N		1.588	841	747
R ²		0,23	0,23	0,28
*p<0,05 **p<0,01 ***p<0,001				

Tabelle 6:				
Reduzierte Modelle zu Situations- und Sozialisationseffekte auf das Gerechtigkeitsempfinden mit Regressionskoeffizienten				
„Alles in allem geht es in Deutschland gerecht zu.“				
OLS-Regression		Gesamt	West	Ost
soziodemografische Kontrollvariablen				
Region (Dummy-Variablen)	Westdeutschland <i>Ref.: Ostdeutschland</i>	0,02	0,12*	0,02
Geschlecht (Dummy-Variablen)	Männer <i>Ref.: Frauen</i>	0,08	0,20***	0,07
Alter (Dummy-Variablen)	25-29 Jahre <i>Ref.: 18-24 Jahre</i>	-0,06	-0,11*	-0,07
Bildung (Dummy-Variablen)	(Fach-)Hochschulreife <i>Ref.: keine (Fach-)Hochschulreife</i>	0,05	0,22***	0,05
Sozialisation				
Folgen der Wiedervereinigung für Eltern (Dummy-Variablen)	Wendegewinner*innen Wendeverlierer*innen <i>Ref.: „kein Unterschied“</i>	0,11* -0,18**	0,08 -0,36***	
Wendenarrativ der Familie (Dummy-Variablen)	positives Narrativ negatives Narrativ <i>Ref.: kein Wendenarrativ</i>	0,01 0,01	0,07 0,01	
Situation				
finanzieller Druck (4er-Skala)		-0,08**		-0,08**
Hektik und Stress (4er-Skala)		-0,02		-0,02
regionale Jobperspektive (4er-Skala)		0,05*		0,05*
wirtschaftliche Lage der Region (4er-Skala)		0,33***		0,34***
eigene wirtschaftliche Lage (4er-Skala)		0,10**		0,12***
allgemeine statistische Angaben				
Konstante		0,70***	1,23***	0,68***
N		1.588	1.588	1.588
R ²		0,23	0,07	0,22
*p<0,05 **p<0,01 ***p<0,001				

Hinweise zu den Autoren

Rainer Faus ist Diplom-Sozialwissenschaftler, Autor sowie Gründer und Geschäftsführer der Berliner Forschungs- und Beratungsagentur pollytix strategic research gmbh. In den vergangenen zehn Jahren hat er zahlreiche Publikationen zu politischen und gesellschaftlichen Themen veröffentlicht, unter anderem „Kartografie der politischen Landschaft in Deutschland“, „Politische Kultur in Süd- und Ostdeutschland“ sowie „Gesundes Misstrauen oder Vertrauenskrise?“. Mit pollytix berät er auf Basis qualitativer und quantitativer Forschung Kunden aus Politik, Gesellschaft und Wirtschaft strategisch zu gesellschaftlichen und politischen Fragen.

Simon Storks ist Soziologe M.A. und spezialisiert auf politische Partizipationsforschung sowie Methoden der empirischen Sozialforschung. Zusammen mit Rainer Faus hat er die Studie „Gesundes Misstrauen oder Vertrauenskrise?“ verfasst. Seit 2017 ist er als Berater bei der Berliner Forschungs- und Beratungsagentur pollytix strategic research gmbh tätig.

OBS-Arbeitspapiere Infos und Download: www.otto-brenner-stiftung.de

- | | |
|--------|---|
| Nr. 34 | Demoskopie, Medien und Politik – Ein Schulterschluss mit Risiken und Nebenwirkungen (Thomas Wind) |
| Nr. 33 | Zwischen Fanreportern und Spielverderbern – Fußballjournalismus auf dem Prüfstand (Tonio Postel) |
| Nr. 32 | Unsichere Arbeit – unsichere Mitbestimmung. Die Interessenvertretung atypisch Beschäftigter (Berndt Keller) |
| Nr. 31 | Aufstocker im Bundestag III – Eröffnungsbilanz der Nebenverdienste der Abgeordneten zu Beginn der 19. Wahlperiode (Sven Osterberg) |
| Nr. 30 | Netzwerk AfD. Die neuen Allianzen im Bundestag (Malene Gürgen, Christian Jakob, Sabine am Orde) |
| Nr. 29 | Lindners FDP. Profi – Strategie – Perspektiven (Michael Freckmann) |
| Nr. 28 | Unternehmensteuern in Deutschland. Rechtliche Grauzonen und zivilgesellschaftliche Alternativen (Christoph Trautvetter, Silke Ötsch, Markus Henn) |
| Nr. 27 | Polarisiert und radikalisiert? Medienmisstrauen und die Folgen (Oliver Decker, Alexander Yendell, Johannes Kiess, Elmar Brähler) |
| Nr. 26 | Aufstocker im Bundestag II – Bilanz der Nebenverdienste der Abgeordneten in der 18. Wahlperiode (Sven Osterberg) |
| Nr. 25 | Unterhaltung aus Bayern, Klatsch aus Hessen? Eine Programmanalyse von BR und hr (Eva Spittka, Matthias Wagner und Anne Beier) |
| Nr. 24 | #MythosTwitter – Chancen und Grenzen eines sozialen Mediums (Mathias König und Wolfgang König) |
| Nr. 23 | Informationsfreiheit – Mehr Transparenz für mehr Demokratie (Arne Semsrott) |
| Nr. 22 | Journalist oder Animateur – ein Beruf im Umbruch. Thesen, Analysen und Materialien zur Journalismusdebatte (Hans-Jürgen Art und Wolfgang Storz) |
| Nr. 21 | Ausverkauf des Journalismus? – Medienverlage und Lobbyorganisationen als Kooperationspartner (Marvin Oppong) |
| Nr. 20 | Die AfD vor den Landtagswahlen 2016 – Programme, Profile und Potenziale (Alexander Hensel, Lars Geiges, Robert Pausch und Julika Förster) |
| Nr. 19 | Bürgerbeteiligung im Fernsehen – Town Hall Meetings als neues TV-Format? (Nils Heisterhagen) |
| Nr. 18 | „Querfront“ – Karriere eines politisch-publizistischen Netzwerks (Wolfgang Storz) |

OBS-Arbeitspapiere Infos und Download: www.otto-brenner-stiftung.de

- Nr. 17 Information oder Unterhaltung? – Eine Programmanalyse von WDR und MDR (Joachim Trebbe, Anne Beier und Matthias Wagner)
- Nr. 16 Politische Beteiligung: Lage und Trends (Rudolf Speth)
- Nr. 15 Der junge Osten: Aktiv und Selbstständig – Engagement Jugendlicher in Ostdeutschland (Jochen Roose)
- Nr. 14 Wettbewerbspopulismus – Die Alternative für Deutschland und die Rolle der Ökonomen (David Bebnowski und Lisa Julika Förster)
- Nr. 13 Aufstocker im Bundestag – Nebeneinkünfte und Nebentätigkeiten der Abgeordneten zu Beginn der 18. Wahlperiode (Herbert Hönigsberger)
- Nr. 12 Zwischen Boulevard und Ratgeber-TV. Eine vergleichende Programmanalyse von SWR und NDR (Joachim Trebbe)
- Nr. 11 Die sechste Fraktion. Nebenverdiener im Deutschen Bundestag (Herbert Hönigsberger)
- Nr. 10 Chancen der Photovoltaik-Industrie in Deutschland (Armin Räuber, Werner Warmuth, Johannes Farian)
- Nr. 9 Logistik- und Entwicklungsdienstleister in der deutschen Automobilindustrie – Neue Herausforderungen für die Gestaltung der Arbeitsbeziehungen (Heinz-Rudolf Meißner)
- Nr. 8 Wirtschaftsförderung und Gute Arbeit – Neue Herausforderungen und Handlungsansätze (Martin Grundmann und Susanne Voss unter Mitarbeit von Frank Gerlach)
- Nr. 7 Wahlkampf im medialen Tunnel – Trends vor der Bundestagswahl 2013 (Thomas Leif und Gerd Mielke)
- Nr. 6 Wer sind die 99%? Eine empirische Analyse der Occupy-Proteste (Ulrich Brinkmann, Oliver Nachtwey und Fabienne Décieux)
- Nr. 5 Wie sozial sind die Piraten? (Herbert Hönigsberger und Sven Osterberg)
- Nr. 4 Solarindustrie: Photovoltaik. Boom – Krise – Potentiale – Fallbeispiele (Ulrich Bochum und Heinz-Rudolf Meißner)
- Nr. 3 Gewerkschaftliche Netzwerke stärken und ausbauen (Anton Wundrak)
- Nr. 2 Werkverträge in der Arbeitswelt (Andreas Koch)
- Nr. 1 Soziale Ungleichheit und politische Partizipation in Deutschland (Sebastian Bödeker)

Die Otto Brenner Stiftung ...

... ist die gemeinnützige Wissenschaftsstiftung der IG Metall. Sie hat ihren Sitz in Frankfurt am Main. Als Forum für gesellschaftliche Diskurse und Einrichtung der Forschungsförderung ist sie dem Ziel der sozialen Gerechtigkeit verpflichtet. Besonderes Augenmerk gilt dabei dem Ausgleich zwischen Ost und West.

... initiiert den gesellschaftlichen Dialog durch Veranstaltungen, Workshops und Kooperationsveranstaltungen (z. B. im Herbst die OBS-Jahrestagungen), organisiert Konferenzen, lobt jährlich den „Brenner-Preis für kritischen Journalismus“ aus, fördert wissenschaftliche Untersuchungen zu sozialen, arbeitsmarkt- und gesellschaftspolitischen Themen, vergibt Kurzstudien und legt aktuelle Analysen vor.

... informiert regelmäßig mit einem Newsletter über Projekte, Publikationen, Termine und Veranstaltungen.

... veröffentlicht die Ergebnisse ihrer Forschungsförderung in der Reihe „OBS-Arbeitshefte“ oder als Arbeitspapiere (nur online). Die Arbeitshefte werden, wie auch alle anderen Publikationen der OBS, kostenlos abgegeben. Über die Homepage der Stiftung können sie auch elektronisch bestellt werden. Vergriffene Hefte halten wir als PDF zum Download bereit.

... freut sich über jede ideelle Unterstützung ihrer Arbeit. Aber wir sind auch sehr dankbar, wenn die Arbeit der OBS materiell gefördert wird.

... ist zuletzt durch Bescheid des Finanzamtes Frankfurt am Main V (-Höchst) vom 29. Mai 2018 als ausschließlich und unmittelbar gemeinnützig anerkannt worden. Aufgrund der Gemeinnützigkeit der Otto Brenner Stiftung sind Spenden steuerlich absetzbar bzw. begünstigt.

Unterstützen Sie unsere Arbeit, z. B. durch eine zweckgebundene Spende

Spenden erfolgen nicht in den Vermögensstock der Stiftung, sie werden ausschließlich und zeitnah für die Durchführung der Projekte entsprechend dem Verwendungszweck genutzt.

Bitte nutzen Sie folgende Spendenkonten:

Für Spenden mit zweckgebundenem Verwendungszweck zur Förderung von Wissenschaft und Forschung zum Schwerpunkt:

- Förderung der internationalen Gesinnung und des Völkerverständigungsdankens

Bank: HELABA Frankfurt/Main
IBAN: DE11 5005 0000 0090 5460 03
BIC: HELA DE FF

Für Spenden mit zweckgebundenem Verwendungszweck zur Förderung von Wissenschaft und Forschung zu den Schwerpunkten:

- Angleichung der Arbeits- und Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland (einschließlich des Umweltschutzes)
- Entwicklung demokratischer Arbeitsbeziehungen in Mittel- und Osteuropa
- Verfolgung des Zieles der sozialen Gerechtigkeit

Bank: HELABA Frankfurt/Main
IBAN: DE86 5005 0000 0090 5460 11
BIC: HELA DE FF

Geben Sie bitte Ihre vollständige Adresse auf dem Überweisungsträger an, damit wir Ihnen nach Eingang der Spende eine Spendenbescheinigung zusenden können. Oder bitten Sie in einem kurzen Schreiben an die Stiftung unter Angabe der Zahlungsmodalitäten um eine Spendenbescheinigung. Verwaltungsrat und Geschäftsführung der Otto Brenner Stiftung danken für die finanzielle Unterstützung und versichern, dass die Spenden ausschließlich für den gewünschten Verwendungszweck genutzt werden.

Aktuelle Ergebnisse der Forschungsförderung in der Reihe „OBS-Arbeitshefte“

- **OBS-Arbeitsheft 95***
Bernd Gäbler
AfD und Medien
Erfahrungen und Lehren für die Praxis
- **OBS-Arbeitsheft 94***
Olaf Hoffmann, Oliver Haidukiewicz
Deutschlands Blogger
Die unterschätzten Journalisten
- **OBS-Arbeitsheft 93***
Michael Haller
Die „Flüchtlingskrise“ in den Medien
Tagesaktueller Journalismus zwischen Meinung und Information
- **OBS-Arbeitsheft 92***
Bernd Gäbler
AfD und Medien
Analyse und Handreichungen
- **OBS-Arbeitsheft 91***
Alexander Hensel, Florian Finkbeiner u. a.
Die AfD vor der Bundestagswahl 2017
Vom Protest zur parlamentarischen Opposition
- **OBS-Arbeitsheft 90***
Hans-Jürgen Arlt, Martin Kempe, Sven Osterberg
Die Zukunft der Arbeit als öffentliches Thema
Presseberichterstattung zwischen Mainstream und blinden Flecken
- **OBS-Arbeitsheft 89**
Christina Köhler, Pablo Jost
Tarifkonflikte in den Medien
Was prägt die Berichterstattung über Arbeitskämpfe?
- **OBS-Arbeitsheft 88***
Bernd Gäbler
Quatsch oder Aufklärung?
Witz und Politik in heute show und Co.
- **OBS-Arbeitsheft 87***
Kim Otto, Andreas Köhler, Kristin Baars
„Die Griechen provozieren!“
Die öffentliche-rechtliche Berichterstattung über die griechische Staatsschuldenkrise
- **OBS-Arbeitsheft 86***
Lutz Frühbrodt
Content Marketing
Wie „Unternehmensjournalisten“ die öffentliche Meinung beeinflussen
- **OBS-Arbeitsheft 85***
Sabine Ferenschild, Julia Schniewind
Folgen des Freihandels
Das Ende des Welttextilabkommens und die Auswirkungen auf die Beschäftigten

* Printfassung leider vergriffen; Download weiterhin möglich.

OBS-Arbeitsheft 96

**Im vereinten Deutschland geboren –
in den Einstellungen gespalten?**

OBS-Studie zur ersten Nachwendegeneration